

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. vierteljährlich, 3,50 M. halbjährlich, 7,00 M. jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Regulierungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern- und Seitennummern-Verzeichnisse 20 Pf. für die ersten 10 Zeilen, für die folgenden 10 Pf. für die übrigen Zeilen. Für die sechsstelligen Nummern- und Seitennummern-Verzeichnisse 20 Pf. für die ersten 10 Zeilen, für die folgenden 10 Pf. für die übrigen Zeilen. Für die sechsstelligen Nummern- und Seitennummern-Verzeichnisse 20 Pf. für die ersten 10 Zeilen, für die folgenden 10 Pf. für die übrigen Zeilen.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 29. März 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1984.

Die Orgie des Militarismus.

Die neue Heeres- und Steuervorlagen.

Eine ins Gigantische gehende Revolutionierung des ganzen militaristischen Apparates — das ist das Charakteristikum der jetzt in ihren Einzelheiten vorliegenden Wehrvorlage. Was hier an Vermehrung des Mannschaftsbestandes und der Offizier- und Unteroffizierskadern, an Neuformationen und Materialausgaben gefordert wird, stellt als das, was Frankreich mit seiner Militärvorlage und seiner Einführung der dreijährigen Dienstzeit verlangt, weit in den Schatten. Der ganze militaristische Paroxysmus der Wehrvereinsheer hat in dem Befehlswort seinen Niederschlag gefunden. Diese Heeresvermehrungen, gegen die alle früheren nur als Kinderspiel erscheinen, müssen einen internationalen Rüstungsschreden erzeugen, anstatt der Friedenszukunft die ständige Kriegsgefahr auf den Völkern Europas lasten. Und alles das nur, weil die militaristischen Treiber die Konjunktur für ihr kulturfeindliches und egoistisches Streben für günstig erachten.

3000 junge Leute mehr sollen in Zukunft auf zwei resp. drei Jahre in die Kasernen gesteckt werden, 631 176 Mann ohne Offiziere, Unteroffiziere usw. soll von jetzt an das deutsche Heer zählen. Alle Mannschaften, Schwadronen oder Batterien werden in ihrem Etat erhöht, d. h. sie sollen eine noch weit schneidigere Waffe in der Hand offensivblustiger Militärs werden, gegen den äußeren wie gegen den inneren Feind. Das stehende Heer mit seiner ein-, zwei- und dreijährigen Dienstzeit und seiner aristokratischen und plutokratischen Offizierskaste wird noch mehr als bisher ein Heer auf das „Volk in Waffen“ bleiben. Ein stehendes Heer mit langer Dienstzeit und einem solchen Massenaufgebot von Wehrpflichtigen muß auf die Dauer wie eine Rüstung wirken, die nicht schützt, sondern den, der in ihr steckt, ersticht. Dem gewiß anzuerkennenden Grundgedanken der allgemeinen Wehrpflicht kann ein modernes Kulturvolk nur durch ein Milizsystem gerecht werden, das von den demokratischen und sozialen Ideen unserer Zeit durchdrungen ist. Die vorliegende Wehrvorlage aber macht aus Deutschland eine Riesenkaserne und ein gewaltiges Versorgungsinstitut für die Söhne der Junker- und Bourgeoischicht.

Das Bestreben, den ewigen Abzweckungssehnen der Offiziere einmal ein Riesensplaster aufzulegen, ist sicher nicht das nebenfächlichste Motiv, das dieses militaristische Monstrum in die Welt gesetzt hat. Nicht allein daß 4000 neue Offizierstellen gefordert werden, nein, es werden auch eine Unmenge von höheren Kommandosstellen, von Stabs- und Hauptmannstellen usw. verlangt, so daß heute beim Bekanntwerden der Vorlage sicherlich heller Jubel in sämtlichen Offizierskasernen Deutschlands herrschen wird. Bis in einigen Jahren die Beförderungsmaschine stockt und eine neue Wehrvorlage sie in Gang bringen muß.

In einem Punkt scheint die Regierung den Wünschen des Wehrvereins nicht Rechnung getragen zu haben. Das betrifft die Schaffung selbständiger Kavalleriedivisionen. Aber das scheint nur so. In Wirklichkeit werden für die kostspielige Waffe nicht weniger als 34 neue Schwadronen und sechs neue Regimentsstäbe gefordert, eine Forderung, die nicht allein aus finanziellen, sondern auch aus militärtechnischen Gründen mit aller Energie bekämpft werden muß. Zu übrigen ist es das alte, unehrliche Spiel: man verzichtet zunächst auf die Divisionen und bildet neue Regimenter, um eine von den berühmten „Vätern“ zu haben, die man dann zur Begründung der übernächsten Wehrvorlage in Feld führen kann.

Diese Neuformationen der Kavallerie, die Erhöhung der Bespannung aller Feldbatterien auf sechs Geschütze, die neuen Trainformationen usw. erfordern nicht weniger als 27 000 Pferde mehr als bisher. Glänzende Aussichten für die agrarischen Remontezüchter und Furagelieferanten, die natürlich auch bei dieser Gelegenheit einen Extraprofit haben müssen!!

Natürlich wird auch die Zahl der Unteroffiziere enorm erhöht. 15 000 neue Korporale, Sergeanten, Feldwebel und Wachtmeister kommen zu den jetzt vorhandenen 92 347 Treppenträgern. Mein das Unteroffizierkorps mit seinen 107 347 Mann wird in Zukunft ein stattliches stehendes Heer repräsentieren. Um diese Unteroffiziere zu willigen Werkzeugen des Militarismus und eifrigen Stützen der Kasernenkultur zu machen, wird ihnen in der Vorlage nicht allein eine Verbesserung der Verpflegung und Besoldung in Aussicht gestellt, auch die Dienstprämien werden um 50 Proz. erhöht. In Zukunft soll der Unteroffizier nach zwölfjähriger Dienstzeit nicht mehr 1000, sondern 1500 M. erhalten. Diejenigen, die ihren

Zivilversorgungsschein nicht benutzen, werden eine einmalige Geldabfindung von 3000 M. anstatt bisher von 1500 M. einstreichen können.

Der bitteren militaristischen Arznei, die das deutsche Volk in Masse schlucken soll, ist ein klein wenig Zucker beigemischt. In ganz allgemeiner und unverbindlicher Form wird eine bessere Verpflegung der Mannschaften in Aussicht gestellt. Außerdem soll den Soldaten auch freie Urlaubsfahrt gewährt werden. Von einem Recht auf Urlaub ist natürlich nicht die Rede. Die Urlaubserteilung wird nach wie vor von der guten oder schlechten Laune des Herrn Vorgesetzten abhängen. Wie die umfangreiche Vorlage überhaupt kein Wortchen von den Rechten der Soldaten enthält. Es bleibt bei der Karikatur eines Wehrdienstrechtes, es bleibt bei den barbarischen Strafen des Militärstrafgesetzbuches gegen Untergebene. Auf diesem Gebiete verlagert der unbändige Latendrang unserer Militaristen vollständig.

Es bleibt auch bei dem alten, so oft gerügten Vorkurswesen. Nur bei den Zeug-, Feuerwerks- und Festungsbaufachoffizieren, die aus dem Unteroffizierkorps hervorgegangen sind und von den meist patentierten Epauletenträger nicht für voll angesehen werden, soll die Vorkursstellung „abgelöst“ werden. Im übrigen sollen auch in Zukunft rund 40 000 Mann ihr zweites resp. drittes Dienstjahr als uniformiertes Dienstmädchen oder Reiknecht absolvieren.

Daß bei dem Riesensplender für den Moloch diesmal auch der Luftmilitarismus besonders berücksichtigt werden würde, war ja bekannt. Daß aber die Mehrausgaben für dieses jüngste Kind des Mars so kolossal sein würden, wie sie uns jetzt zugemutet werden, dürfte kaum erwartet worden sein. Noch sind die Ausgaben ja nicht spezialisiert, so daß sich nicht übersehen läßt, wieviel von den insgesamt 1291 Millionen, die in den nächsten paar Jahren für unseren Militarismus zu Lande und in der Luft mehr ausgegeben werden sollen, speziell auf den Luftmilitarismus entfallen. Bisher war immer von 20 Millionen die Rede. Wenn nun aber die „Nationalzeitung“ jetzt von 80 Millionen spricht, so erscheint diese Ziffer den gewaltigen Neuorganisationen gegenüber, die zu Zwecken des Luftmilitarismus erfolgen sollen, keineswegs unsinnig. Die Neuformationen für Luftschifferei und Fliegerei werden unter den Verkehrsgruppen aufgeführt. Für die Verkehrsgruppen werden nicht weniger als 13 neue Bataillone gefordert, darunter aber für Preußen allein zwei Luftschiffbataillone und vier Fliegerbataillone. Hinzu kommen für Bayern eine Luftschiffkompanie und ein Fliegerbataillon, für Sachsen eine Fliegerkompanie und für Württemberg eine Luftschiffkompanie.

Es ist nunmehr kein Zweifel mehr möglich, daß Deutschland, das sich binnen wenigen Jahren die zweitstärkste Flotte der Welt geschaffen hat, nunmehr ohne Rücksicht auf die Kosten daran geht, auch auf dem Gebiete des Luftmilitarismus alle konkurrierenden Militärstaaten zu überflügeln!

Ueber diese Einzelheiten wird noch manches zu sagen sein. Daß die Sozialdemokratie sich mit aller Gewalt einer solchen Orgie des Militarismus widersetzen muß, ist selbstverständlich. Eine solche Ueberspannung der militaristischen Forderungen kann die Arbeiterklasse auf die Dauer nicht mehr ertragen. Unsere Milizforderung stößt auf den Widerstand aller kapitalistischen Gewalten; indem wir den Militarismus bekämpfen, bekämpfen wir den Kapitalismus in seiner Gesamtheit. Das zunächst liegende Kampffeld ist das Parlament, und unsere Fraktion wird bei der Beratung sicherlich ihre Schuldigkeit tun, vor allem aber die von der Regierung gewünschte und von den bürgerlichen Parteien beabsichtigte Durchpeitschung verhindern. Aber dieser parlamentarische Kampf allein genügt nicht; auch außerhalb des Parlaments müssen die Massen mobil gemacht werden. Gegen den militaristischen Rüstungswahnwitz, für ein wahres Volksheer und damit für demokratische Freiheit und für soziale Gerechtigkeit, das muß unsere Parole sein.

Die Steuerreform des Dilettantismus.

Die Revolutionierung der Militärverhältnisse bedingt auch eine Revolutionierung der Finanzwirtschaft. In den nächsten drei Jahren sollen mehr als 1300 Millionen Mark der Volkswirtschaft entzogen und für die unproduktiven Ausgaben des Militarismus ver-

gendet werden. Die Art aber, wie die Kosten aufgebracht werden, fordert die schärfste Kritik heraus. Da ist zunächst die Vermögensabgabe. Es ist zu billigen, daß zu der Abgabe auch die hohen Einkommen von über 50 000 M. mit einem einmaligen Beitrag von zwei vom Hundert herangezogen werden, wenn man auch erst den Wortlaut des Entwurfes wird abwarten müssen, um beurteilen zu können, ob diese Einkommen genügend erhöht werden. Was aber jedem Gerechtigkeitsempfinden ins Gesicht schlägt, was völlig unannehmbar ist, ist der Vorschlag der Regierung, ohne Rücksicht auf die Größe des Vermögens eine gleiche Abgabe von einem halben Prozent zu erheben. Die kleinen Vermögen von 10 000 M. an sollen ebenso besteuert werden, wie die Riesenermögen der Allerreichsten. Es sind saure Klauen, was die Regierung zur Entschuldigung dieses grotesken Vorschlags vorbringt, und wir denken, daß im Reichstage dafür gesorgt werden wird, daß eine ausgiebige Staffelung und stärkere Heranziehung der großen Vermögen stattfindet.

Weitaus schlimmer aber ist das Attentat auf die Verfassung, das die Regierung mit ihren Steuervorschlägen begeht. Herr von Bethmann Hollweg hat sich dem Machtpruch Seydewitz gefügt. Die Regierung will den Reichstag zugunsten der Privilegienlandtage entrichten. Herr von Oldenburg kann triumphieren, das Portemonnaie der Besitzenden soll geschüttelt, das Deutsche Reich wieder zum Kostgänger der Länder herabgedrückt werden. Eine allgemeine Besitzsteuer vorzulegen hatte der Reichstag der Regierung zur Pflicht gemacht. Statt dessen bringt sie eine „Veredelung der Matrularbeiträge“. Diese sollen nicht mehr nach der Bevölkerungszahl, sondern nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen Bundesstaaten aufgebracht werden, für die in Zukunft die jetzt geplante Erhebung des Vermögens als Grundlage wird dienen können. Die Regierung wirft also die prinzipielle Frage auf, ob der Reichstag die ihm zustehende Souveränität der Besteuerung auch weiterhin ausüben darf, oder ob er sich selbst entrichten und die Landtage zu seinem Vormund machen soll, nur weil die Konservativen das gleiche Stimmrecht verabschieden und dem Reichstag mehr Gerechtigkeitsgefühl in Steuerfragen zutrauen als ihrem preußischen Dreiklassenparlament.

Gegenüber dieser prinzipiellen Frage tritt beinahe in den Hintergrund, daß die Regierung zwar mit diesen Worten behauptet, die Landtage dürften nur durch allgemeine Besitzsteuern die erhöhten Lasten ausbringen, daß aber in Wirklichkeit von einer allgemeinen Besitzsteuer nicht die Rede ist. Die Bundesstaaten können zwar Einkommens-, Vermögens- oder Erbschaftssteuern erheben, tun sie es jedoch nicht, so soll das Reich ihnen den Weg weisen. Und als Besitzsteuer schlägt da die Regierung vor — die Vermögens- und Erbschaftsteuer. Die Vorliebe für die Vermögenswachstumssteuer hat aber nur darin ihren Grund, daß sie keine allgemeine Besitzsteuer ist, sondern alle bisherigen Vermögen, und seien sie noch so groß, und handele es sich um die größten Agrarier und Fideikommißbesitzer, steuerfrei läßt. Entrechtung des Reichstags und Denaturierung der Besitzsteuer, das ist also der Vorschlag, den die Regierung Bethmann Hollwegs dem deutschen Volke zu machen hat!

Aber die Regierung wagt es natürlich nicht, den Besitz so anzufassen, daß die dauernden Kosten durch ihn nun auch völlig gedeckt werden. Und so schlägt sie auch indirekte und Verkehrssteuern vor. Die immer wieder versprochene Herabsetzung der Zuckerversteuer soll wiederum unterbleiben. Und der Versicherung der Regierung, daß der Aufschlag nur bis 1917 dauern solle, wird wohl kein Mensch Glauben schenken. Ebenso soll der Grundsteuereinstempel in der bisherigen Höhe bleiben. Ferner soll das Reichssteuerwesen ausgestellt und zum Teil unter Beseitigung von Landessteuern erhöhte Beträge nicht nur von den Aktiengesellschaften und den Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sondern auch von den Versicherungsvorträgen erhoben werden, wobei nur die kleinsten Versicherungen und die Sozialversicherungen von der Abgabe befreit bleiben. Schließlich schlägt die Regierung vor, daß an Stelle des Erbrechts entfernter Verwandter

bei Mangel des Testaments das Erbrecht des Staates treten solle, eine Reform, deren Ertrag die Regierung selbst nur auf 15 Millionen anschlägt.

Um gleich ganze Arbeit zu machen, will die Regierung auch den bisherigen Kriegsschatz von 120 Millionen in Gold verdoppeln und sich diesen neuen Goldschatz auf dem sehr merkwürdigen Weg der Ausgabe von unterwertigen Silbermünzen und Papiergeld verschaffen.

Es wird noch ausführlicher über die einzelnen Gesetze zu sprechen sein, bis der Wortlaut vorliegt. Aber schon jetzt läßt sich sagen, daß man es mit einem kümperhaften, dilettantischen Verlegenheitsprodukt zu tun hat, das in dieser Form nie Gesetz werden kann, das dem Reichstag in Wirklichkeit die Aufgabe, die Deckung zu finden, ganz allein überläßt.

Wie diese Aufgabe gelöst werden wird, ob wirklich diese ungeheuerliche Vergewaltigung von Gut und Kraft, die die neuen Vorlagen bedeuten, in ihrem ganzen Umfang Wirklichkeit werden wird, das hängt vor allem ab von dem Widerstand, den die Volksmassen diesen tollen Plänen entgegenlegen werden. Am nächsten Dienstag tritt der Reichstag zusammen und binnen zwei Wochen sollen die Vorlagen zur Verhandlung kommen. Die Zeit ist kurz und um so intensiver muß sie dazu ausgenutzt werden, den Vorschlägen der Herrschenden das entschlossene Nein der Massen entgegenzusetzen!

Der Balkankrieg.

Die Friedensbereitschaft der Balkanmächte.

Wien, 28. März. Der Berichterstatter der „Politischen Korrespondenz“ in Sofia erzählt von kompetenter Seite, daß die Einigung der verbündeten Balkanstaaten über die Annahme des Vorschlages der Großmächte als Grundlage für die Friedensverhandlungen bereits erfolgt ist. Die Balkanstaaten beabsichtigen nicht, die kriegerische Aktion bis zur Erlangung einer Verständigung mit der Türkei fortzusetzen, sind vielmehr von dem aufrichtigen Willen geleitet, mit größter Beschleunigung zum Friedensschluß zu gelangen. Hinsichtlich der Feststellung der neuen Obergrenze zwischen Bulgarien und der Türkei wird das Kabinett in Sofia aus strategischen Rücksichten eine Linie verlangen, die etwa vom Golf von Saros gegen Midia verläuft.

Die Antwort Bulgariens.

London, 28. März. Wie das Reutersche Bureau erfährt, stimmt Bulgarien in seiner Antwort, die den Mächten nicht übermittelt worden ist und die sich noch in den Händen der Verbündeten befindet, den Vorschlägen Europas zu, mit Ausnahme der vorgeschlagenen Grenzlinie Enos-Midia und der Frage der Kriegsentwidlung. Dem Vernehmen nach will Bulgarien die Vorschläge der Mächte, dem Maramarameer zuzuleihen, annehmen, falls die Mächte einer Grenzlinie von Midia zum Golf von Saros zustimmen, welche das Maramarameer und die Dardanellen den Türken belassen würde.

Falls das Recht auf eine Kriegsentwidlung im Prinzip zugebilligt wird, will Bulgarien gestehen, daß die Höhe der Entschädigung durch die Mächte und die verbündeten Balkanstaaten festgesetzt wird. Die Tatsache, daß die Türkei

selbst jetzt noch nicht bereit zu sein scheint, sich für besiegte zu erklären, könnte Bulgarien, mehr aus militärischen als aus politischen Gründen, dazu zwingen, die Tschataldalinie anzugreifen. Die Feindseligkeiten werden daher nicht aufhören, bis die von den verbündeten Balkanstaaten aufgestellten hauptsächlichsten Friedensbedingungen von den Türken angenommen worden sind.

Gile tut not.

London, 28. März. Die „Times“ drängen auf eine Beschleunigung der diplomatischen Aktion der Mächte. Es sei nicht so sehr Feindschaft der diplomatischen Sprache nötig, als ein paar derbe Sätze, deren Sinn nicht mißverstanden werden könnte. Es sei die Pflicht der Mächte, Montenegro an der Erstürmung Sutaris zu hindern. Sie könnten eine Ignorierung ihrer Vorstellungen nicht ohne große Verluste an dem Prestige zulassen, auf dem die Autorität des einzigen Europas beruhe. Ebenso müßte den Kämpfern bei Tschataldcha ein Ende gemacht werden. Das Blatt schließt: Die Zeit der Erwägungen und Klatschläge ist vorbei. Jetzt ist die Zeit für Entscheidungen gekommen, die prompten und gründlichen Nachdruck erhalten müßten. Wird Europa den Augenblick wahrnehmen, oder wird es sich mit Verhandlungen und Protokollieren weiter treiben lassen, wofür das Glück der Waffen bei Tschataldcha es bringen mag?

Die Abgrenzung Albanien.

Wien, 28. März. Die Reichspost erzählt über die Abgrenzung Nordalbanien, daß zwar die Städte Prizrend, Ipek, Djakowa und Dibra nicht Albanien zugesprochen, daß aber weite Gebiete dieser Städte in das autonome Albanien einbezogen wurden. Der Hafen San Giovanni di Medua soll neutralisiert und unter internationale Kontrolle gestellt werden. Er soll der Serbien zugestanden werden für die freie Ausfuhr und Einfuhr werden.

Adrianopels letzter Widerstand.

Konstantinopel, 28. März. Das letzte Funkentelegramm Schüris Paschas vom 25. d. Mis. an das Kriegsministerium lautet: Der Feind hat einen heftigen Angriff gemacht. Ein blutiger Kampf hat begonnen. Ich kann nicht wissen, wie der Ausgang sein wird, aber sobald der Erfolg des Feindes festgestellt ist, werde ich sämtliche Befestigungen in die Luft sprengen. Ich werde nicht zögern, die heiligen Bauten zu zerstören, um zu verhindern, daß sie von unreinen Händen entweiht werden. Ich werde jetzt die funktentelegraphischen Apparate zerstören. Wenn der Feind reichlich ist, soll er nicht in eine Stadt einziehen, sondern in einen Trännenhaufen.

Der Einzug der Sieger.

Adrianopel, 27. März. Der König von Bulgarien ist heute in Adrianopel eingezogen. Die türkische Besatzung hatte in letzter Stunde den Versuch gemacht, die große Bahndrüse über den Adrakfluß zu sprengen, was jedoch nur teilweise gelang. Innerhalb wurde der König dadurch gezwungen, die Landstraße zu wählen und die Fahrt in die Stadt zwischen endlosen Reihen von türkischen Kriegsgefangenen zu machen. Nach einer Fahrt durch die Straßen der Stadt begab er sich zum Militärklub, wo Schüris Pascha mit seinem Generalstab sich aufhielt. Der König nahm hier die Parade der bulgarischen Truppen ab, worauf er Schüris Pascha empfing, welcher ihm seinen Säbel überreichte, den der König dem Verteidiger Adrianopels mit einigen ehrenden Worten zurückgab.

Die türkische Presse über Adrianopel.

Konstantinopel, 28. März. Die türkische Presse nimmt einstimmig den Fall Adrianopels als ein nationales Unglück auf, das aber, statt zu entmutigen, als Ansporn für die

Fortsetzung des Krieges dienen sollte; denn die Tschataldchaarmee sei imstande, den Fall Adrianopels zu rächen. Die Zeitungen heben den Heroismus Schüris Paschas und der Garnison hervor. Der Fall Adrianopels sei voranzuführen gewesen. Die Verteidigung habe nur den Zweck gehabt, einen Teil der bulgarischen Streitkräfte zu binden. „Tanin“ sagt, der Fall Adrianopels könne die Türkei nicht nötigen, die übertriebenen Forderungen der Verbündeten anzunehmen. Die Armeen seien entschlossen, sich gegen die neuen militärischen Unternehmungen der Verbündeten zu verteidigen. Die Mächte müßten auf die Verbündeten einen Druck ausüben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. März 1918.

Zentrum und Wahlrecht.

Daß das Zentrum auch im neuen Landtage nur das alte Gaukelspiel zu erneuern beabsichtigt, beweist die Annahme von fünf Theisen, die auf einem Zentrumsparteitag für die Grasschaft Raft in Gelsenkirchen beschlossen wurden. Diese Theisen lauten:

1. Das Landtagswahlrecht ist zwar reformbedürftig, aber die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Frauen ist nach Lage der Verhältnisse abseits auszuschießen.
2. Die Bestrebungen, das Reichstagswahlrecht auf Frauen zu übertragen, sind stark diskreditiert durch die Sozialdemokratie und die links sozialdemokratischen Abgeordneten des Abgeordnetenhauses.
3. Eine partielle Verbesserung des Landtagswahlrechts muß das nächste Ziel sein, und zwar zunächst durch Einführung der geheimen Wahl für die Urwahlen.
4. Die direkte Wahl ist erstrebenswert, darf aber kein Hindernis sein für die Erreichung der geheimen Wahl.
5. So lange das Dreiklassenwahlrecht besteht, muß es unsere größte Sorge sein, daß es nicht verflüsslicht wird, wie es durch Aufhebung der Dreiteilung in den Urwahlbezirken geschehen würde.

Aus diesen Theisen ergibt sich, daß das Zentrum sich wiederum mit der Eringung der geheimen Wahl begnügen will. Die direkte Wahl lehnt es unter dem Vorwand ab, daß dadurch die Dreiteilung in Urwahlbezirken fallen und damit gerade den nichtbestehenden Klassen ein schwerer Nachteil zugefügt werden könne. Daß die direkte Wahl verbunden mit einer Dreiteilung über den ganzen Ort resp. den ganzen Wahlkreis nicht nur keinen Fortschritt, sondern im Gegenteil nur ein Attentat gegen die minimalen Rechte der proletarischen Wähler wäre, bedarf keines Wortes. Aber gerade deshalb muß der Sturm aller wirklich christlichen wahrheitsfreundlichen Elemente gegen das empörende Dreiklassenwahlrecht selbst gerichtet sein. Reformen so minimaler Art, wie sie die Wahlrechtsvorlage der Regierung oder das konservativ-ultramontane Wahlrechtskompromiß bieten, sind nichts als eine Verhöhnung der entrechteten Wählermassen. Und daß die preussischen Wahlrechtsheloten sich solchen Hohn nicht gefallen lassen, wird das Zentrum empfindlich zu spüren bekommen!

Heute so, morgen so!

Das Mosseblatt orakelt wieder einmal über den preussischen Wahlkampf und die angeblich verpackte Gelegenheit eines liberal-sozialdemokratischen Zusammenschlusses. Dabei ist das Blatt keineswegs blind genug, um die erzkonservative Haltung der preussischen Nationalliberalen der Wahlreform gegenüber zu übersehen. Ja, es geht noch weiter und konstatiert auch, daß die fortschrittliche Volkspartei sich „dem Geiste der preussischen Wähler“, der Anpassung an die reaktionären Zustände, unterwerfe. Das Beweise der Fortschritt auch durch seinen „jugendhaften Abscheu vor einer tatsächlichen Verständigung mit der Sozialdemokratie“. Daran freilich trage die preussische Sozialdemokratie selbst die Hauptschuld: statt „positive Arbeit zu leisten“, lege sie ihre Aufgabe darin, „den Bourgeois vor den Leib zu stoßen“. Vor allem aber:

„Seit vielen Monaten leide ich an einer schweren Halsentzündung. Der Arzt empfahl mir große Spaziergänge ins Freie. Ich kann sie aber nicht ausführen, weil mir der Aufenthalt außerhalb verweigert ist. Ein Besuch, mir das Aufenthaltsgelände um 1 oder 2 Meilen zu erweitern, wurde abgelehnt.“

Wie solch schändiger Niederknecht laute der „große“, der „eisernen“ Kanzler seine politischen Gegner zu behandeln. Mit der schändlichen Bemerkung, daß es ja auch in der Stadt Dresden schöne Spaziergänge gäbe, ist der sächsische Bundesratsvertreter im Reichstage den Aufrechten des Mittelstandes ab und damit war die Sache auch für den Reichstag erledigt.

Marx Kaufers idiosynkratische Redefertigung machte unter solchen Umständen schnelle Fortschritte. Das hielt den Papstern nicht ab, seine Parolplättchen bis aufs äußerste zu erfüllen. Er unterzeichnete nicht nur den Aufruf zur Einberufung des St. Gallener Parteitag, er kam auch selbst, ein Schwermacher, zu den Parteitagverhandlungen nach St. Gallen. Nach Beendigung des Parteitages hat Schröder dieser Jellen noch ein paar unergiebliche Abendstunden in Zürich im Kreise einiger Genossen mit Marx Kaufers verbracht. Von Schmerzen und Beschwerden geplagt, stimmunglos, aber doch in bester Stimmung, mit dem ihm eigenen lebhaften Geistes das rasche, wichtige Wort begleitend, so gab sich Kaufers an seinem Abend und so ist er dem Verfall dieses Aufzuges, der ihn lebend nicht wiederzusehen sollte, in unauflöslicher Erinnerung geblieben.

Auch den Sterbenden und selbst den Toten verdröhnte nicht die gütige Verfolgungswut der Wächtigen. Der Rechtschaffenheit und die nachfolgende teilweise Entfernung des Rechtschaffenheit den Unschuldlichen nicht mehr retten. Da wollte er in die Heimat, nach Breslau, um in den Armen der Mutter zu sterben. Mit großer Mühe nur war die Erlaubnis zur Überführung des Sterbenden nach Breslau von der dortigen Polizei zu erlangen, sie verweigerte nicht einmal auf besondere Heberwachungsmaßnahmen beim Transport. Nach einigen Tagen schon, am 26. März 1888, erlag Kaufers der furchtbaren Krankheit, die Sorge der Breslauer Polizei um die von Kaufers gefährdete Sicherheit und Ordnung des Staates hatte aber auch jetzt noch sein Ende. Am Donnerstag, den 1. April, wurde der müde Leib des mahllos Verstorbenen auf dem jüdischen Friedhof zu Breslau zur letzten Ruhe bestattet. Des harten Regens ungeachtet hatten sich Tausende von Arbeitern auf dem Friedhof, von dessen Halle aus die Beisetzung erfolgte, eingefunden, ebenso aber auch nicht wie hundert Polizisten, die eifrig die „Ordnung“ aufrecht hielten, jeden Versuch, am Grab zu reden, brutal verhinderten, die roten Kränze sofort wegnahmen, die weihen zum Teil wenigstens später entwanden, trotzdem die Vorschriften denkbar vorsichtig und harmlos gehalten waren. Daß bei den von Berlin und Dresden gekommenen Teilnehmer am Begräbnis unmittelbar nach ihrem Eintreffen in Breslauer Gassen nach verbotenen Schriften gebauht wurde, vervollständigt nur das liebliche Bild preussischer Polizeikultur.

Seit einem Vierteljahrhundert ruht nun schon Marx Kaufers an der gleichen Stelle, die auch die Gebeine unseres großen Vorkämpfers Ferdinand Lassalle birgt. Daß man bedenken wir heute seiner und wiederholen, was vor 25 Jahren einer unserer Besten im Züricher „Sozialdemokraten“ sagte:

„Marx Kaufers ist geehrt worden wie ein mildes Tier. Das „baterlandlose Gefindel“ aber, das wie mit Stolz uns nennen, es hat in seinem Herzen dem totergebliebenen Vorkämpfer eine Heimat bereitet, es wird den treuen Genossen nicht vergehen.“

Julius Bruns.

Dem Andenken Max Kaylers.

Zur 25. Wiederkehr seines Todestages.

(29. März 1888.)

Von den vielen Opfern des schmachtvollen Sozialkämpfers ist besonders Max Kayler aus den jüngeren Parteigenossen noch im Gedächtnis; sowohl die unsagbar raffinierte Organisationsfertigkeit der Verfassungen, die gerade Max Kayler von den Volksgesetzern Vismars ertrug, wie Kaylers unerschöpfliche, geistige, eifervolle parlamentarische und agitatorische Tätigkeit im Dienste der mahllos verfolgten sozialdemokratischen Partei sichern ihm heute noch, 25 Jahre nach seinem frühen und tragischen Tode, das dankbare Gedächtnis aller Parteigenossen.

Als bei den Attentatsversuchen des Jahres 1878 der sächsische Wahlkreis Freiberg-Cederau den Wählbaren Max Kayler als jüngsten aller Volksvertreter in den deutschen Reichstag schickte — beiläufig hat derselbe Wahlkreis auch jetzt wieder in der Person des Genossen Hermann Wendel dem Reichstag seinen „Benjamin“ gegeben — da gehörte dieser Kämpfer schon zu den erprobtesten Kämpfern der Partei. Mit 18 Jahren schon verdiente sich der junge Kaufmann Max Kayler die Sporen und zwar in Berlin, wo er durch sein rednerisches Talent, seinen schlagfertigen Witz, wie durch seine frische Kraft in den Jahren 1871 bis 1873 wesentlich zur reichen Entwicklung der Eisenacher Gruppe beitrug. Nach einem kurzen Aufenthalt in Mainz zog Kayler im Jahre 1874 nach Dresden. Er trat hier in die Redaktion des „Volksboten“ ein, aber insbesondere bemühte er sich als äußerst fruchtbringender Agitator und Organisator. Die Journalistik war dagegen nicht die starke Seite unseres Max Kayler.

Auch im Reichstag wählte der junge Politiker bald eine angesehene Position zu erlangen. Kayler war keine aggressive Natur; verständig geschimmt, von gemäßigten Anschauungen — die ihm gelegentlich Angriffe aus der eigenen Partei zuzogen — gelang es ihm Reichstag doch mit Respekt bei Freund und Feind durch seine gründliche Kenntnis der gesetzgeberischen Materialien, insbesondere der Arbeitergesetzgebung, seine Beherrschung der parlamentarischen Geschäftsordnung wie nicht minder durch sein rednerisches Geschick, seine Schlagfertigkeit und seinen immer bereiten Witz. Von letzteren Eigenschaften mag eine parlamentarische Episode Zeugnis geben, die hier unter vielen ähnlichen ausgewählt sei. Der Abg. v. Köller (der spätere preussische Polizeiminister, dem Grillenberger einst im Reichstage das spöttische „Herr v. Köller, es wird immer böller“ widmete) hatte in einer Rede in seiner burlesken und temperamentvollen Art den ihm zuzuhörenden Abg. Kayler wie folgt apostrophiert: „Ob der Herr Abgeordnete Kayler seinen Witz Kopf dazu schüttelt oder nicht, das ist mir ganz egal.“ In einer persönlichen Bemerkung zahlte ihm Kayler das wie folgt heim: „Herrn v. Köller genießt besonders mein Kopf. Ueber den Kopf des Herrn v. Köller zu reden, hat man keinen Grund — der genießt niemand.“ Stürmische Heiterkeit des ganzen Hauses quittierte über diese Abfertigung des anmaßenden Tuntlers.

Die sozialdemokratische Fraktion, die gewiß nicht arm an guten und selbst glänzenden Rednern war, schickte sehr oft auch bei großen Gelegenheiten ihr jüngstes Mitglied vor. So im Januar 1883 (Kayler wurde 1881 in Freiberg-Cederau wieder, 1884 im sächsischen Wahlkreis Auerbach-Kirchberg neu gewählt), wo Kayler zusammen mit Wilhelm Liebknecht den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung aller Ausnahmegeetze zu vertreten hatte. Es ist heute noch und heute befeuert ein Vergnügen, nachzulesen, wie

Max Kayler in jener Rede schon, vor mehr wie dreißig Jahren, die hitzige, hinterhältige Hochpolitik des heuchlerischen, damals noch mit einem demokratischen Mantelchen drapierten Zentrums scharf und treffend zu charakterisieren mußte. Erwähnung verdient auch heute noch die großartige Rede, die Max Kayler am 10. Dezember 1885 über die von der Reaktion geplante Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages hielt. Die am 15. Dezember 1888 im Reichstage gehaltenen große Rede Max Kaylers über das politische und gewerkschaftliche Vereinigungsrecht der Arbeiter war sein parlamentarischer Schwannengesang, denn vier Wochen später löste Bismarck den Reichstag auf und bei den Reichstagswahlen des Jahres 1887 unterlag Max Kayler sowohl in seinem bisherigen sächsischen Kreise wie auch im Preussischen Ostpreußen den Sozialdemokraten und Reichstagsmitgliedern zur Wahlurne gelangten Speicherkorden. Und wenig mehr wie ein Jahr danach bedte schon der Kaiser den tapferen Kämpfer.

Die Schreden des Sozialkämpfers hat Max Kayler wie kein anderer zu tragen gehabt. Daß er im ganzen mehr wie anderthalb Jahre seines Lebens hinter Gefängniswänden verbringen mußte, war nicht das Schlimmste und jedenfalls etwas, das mander andere unserer Kämpfer in gleichem und höherem Maße zu tragen gehabt hat. Niemand aber ist so kraßlich grauhaft durch das „teure Vaterland“ geübt worden, buchstäblich geht gleich einem jagdbaren Wild, wie dieser gütige Mann mit den urbanen Formen und dem milden Charakter. Als Max Kayler im Jahre 1881 wegen angeblicher „Anstiftung zur Verbreitung verbotener Schriften“ in Dresden zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, sprach das Gericht gegen ihn zugleich die Zulässigkeit der Aufenthaltsgeländerverweigerung nach § 29 des Ausnahmengesetzes aus. Der Staatsanwalt hatte einen dahingehenden Antrag gar nicht gestellt, diese Zustimmung des Schenkengesetzes wurde auch sonst selten oder nie angewendet. Nach diesem Paragraphen konnte Personen, welche sich „die Agitation zum Geschäft machen“ und wegen Hebertragung des Sozialkämpfers verurteilt waren, der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Ortsteilen durch die Landespolizei verweigert werden, am Wohnort des Verurteilten jedoch nur dann, wenn er diesen nicht bereits seit sechs Monaten inne hatte. Kayler konnte also überall in Deutschland, nur nicht von Dresden, wo er länger als sechs Monate wohnte, ausgewiesen werden. Während er aber noch im Gefängnis lag, erhielt er die Ausweisung aus Dresden, und zwar auf Grund einer berechneten, sonst höchstens noch gegenüber gemeinen Verbrechern angewendeten Bestimmung des sächsischen Heimatsgesetzes. Als Kayler dann das Gefängnis verließ, begann die Verfolgung hinter den Armen. Wohin er sich auch wandte, überall wurde er ausgewiesen, zunächst aus ganz Sachsen, dann aus Breslau (seiner Heimat), aus Elberfeld-Parzen, Solingen, Remscheid, Vennep und anderen rheinischen Städten, aus Erfurt usw. Schließlich nahm Kayler gar keine Wohnung mehr, fuhr von Ort zu Ort und übernachtete im Eisenbahnwagen. Dabei war er deutscher Reichstagsabgeordneter! Das hatte allerdings das Gute für ihn, daß er wenigstens während der Reichstagsession in Berlin bleiben durfte. Als Kayler später, nach Ablauf der Ausweisungsdauer, nach Dresden zurückkehren konnte, wurde er hier gewissermaßen interniert, denn die Aufenthaltsgeländerverweigerung nach § 29 des Sozialkämpfers war von unbefränkter Dauer und galt auch für den die Stadt umgebenden Landkreis Dresden; Kayler durfte deshalb ohne besondere polizeiliche Erlaubnis die Stadtgrenze nicht überschreiten. Diese Bestimmung ist bis zum Tode Kaylers in Geltung geblieben. Er starb im Jahre 1888 selbst darüber in einer an den Reichstag gerichteten Denkschrift:

„Ihre ideologischen Bedingungen für ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken waren unerschütterlich. Das wußten die preussischen Sozialdemokraten natürlich ebenso wie die Reichstinggen. Aber sie formulierten sie mit der äußersten Schärfe, um nachher triumphierend auf die neue Bestätigung der alten These von der einen reaktionären Masse hinweisen zu können.“

Es ist erstaunlich, wie oft das „Berliner Tageblatt“ seine Auffassungen wechselt! Schrieb es doch im Januar, nach der Annahme der „ideologischen Bedingungen“ durch den preussischen Parteitag, wärdlich:

„Dah die jetzt vom Preussentage angenommene Resolution einem tatsächlichen Zusammengehen zwischen Fortschrittlichen und Sozialdemokraten nicht durchweg günstig sei, das haben wir wiederholt ausgeführt, und wir brauchen es nicht zu wiederholen. Aber man darf auch nicht so weit gehen, zu behaupten, daß sie eine solche tatsächliche Verständigung geradezu verhindert. Es kommt noch mehr als auf eine theoretische Resolution auf ihre praktische Anwendung an. So viel wir sehen, soll durch die angenommene Resolution nicht ausgeschlossen werden, daß auch Ausnahmen zugelassen werden, wo ihre strikte Durchführung sich als unmöglich erweist. Notwendig ist dabei, daß auch der Fortschritt der Sozialdemokratie gegenüber entgegenkommen zeigt.“

Die Einsicht des Moskittes hat nicht lange vorgehalten.

Die genaugeführten Schacherer.

In Schleswig-Holstein haben die Nationalliberalen im Gegensatz zu ihren Gefinnungsgegnern der meisten übrigen preussischen Provinzen ein Zusammengehen mit der fortschrittlichen Volkspartei für die Landtagswahlen abgelehnt und sich mit dem Verbands der Freikonservativen und Deutschkonservativen verbündet. Dieses Vorgehen hat nicht die Prinzipienfestigkeit der Fortschrittler verschuldet: im Gegenteil, die Fortschrittler haben vielmehr die Nationalliberalen bis zur Würdelosigkeit umwinkt, doch mit ihnen ein Wahlbündnis einzugehen. Die Ursache des konservativ-nationalliberalen Bündnisses liegt darin, daß das Gros des nationalliberalen Heeres in Schleswig-Holstein von den großen und mittleren Bauern gestellt wird, die sich viel mehr zur Konservativen als zur liberalen Politik hingezogen fühlen.

Auf dem Provinzialtage der Schleswig-Holsteinischen Wähler und ebenso auf dem Provinzialtage der Konservativen Schleswig-Holsteins sind nun vor einigen Wochen allerhand Einzelheiten über das konservativ-nationalliberale Wahlbündnis ausgesäubert worden, die dem Parteisekretär der fortschrittlichen Volkspartei in Schleswig-Holstein, einem Herrn v. Nautenkranz, Veranlassung gegeben haben, in der Presse noch einmal auf den Schacher zwischen Fortschrittlichen und Nationalliberalen zurückzukommen. Herr v. Nautenkranz erklärt, zuerst seien die Fortschrittler an die Nationalliberalen wegen eines Bündnisses herangetreten, eine Kommission beider Parteien habe verhandelt und man sei übereingekommen, so lange diese Verhandlungen dauerten, dürften die Nationalliberalen nicht in Verhandlungen mit den Konservativen eintreten. Tatsächlich sei aber schon ein generelles Abkommen zwischen Nationalliberalen und Konservativen zustande gekommen, als noch zwischen Fortschrittlichen und Nationalliberalen verhandelt wurde.

Der freisinnige Parteisekretär nennt das eine Komödie, „die aller politischen Moral bar und ledig ist“. Die Fortschrittler wären demnach also bei dem politischen Schacher durch eine grobe Hochverratslist von den Nationalliberalen hingeleitet worden. Die nationalliberale Geschäftsleitung in Kiel bestreitet das aber, sie behauptet, die Nationalliberalen hätten bei den Verhandlungen durchaus korrekt gehandelt.

Politisch interessanter als diese Circuitfrage ist das Urteil, das der fortschrittliche Parteisekretär in seinem Angriff gegen die nationalliberale Geschäftsleitung über das konservativ-nationalliberale Wahlbündnis fällt. Er schreibt:

„Tatsächliche Wahlabkommen kann jede Partei nach rechts oder links schließen, wenn sie dadurch ihrem politischen Ziele näher kommt. Amoralisch sind dagegen solche Bündnisse, wenn sie nur dem Wandaussehen dienen und dazu verhelfen, die Partei in der Gesetzgebung auszuhebeln und von der Partei als absolut notwendig bezeichnete Gesetzesänderungen und Fortschritte durch solche Abkommen unmöglich zu machen.“

In diesem Sinne darf das konservativ-nationalliberale Bündnis als unbedingt unmoralisch bezeichnet werden, da es lediglich dazu dienen soll, den Fortschrittlichen einige Mandate zu entreißen, während den Konservativen der Mandatsbestand und damit die Mehrheit in Preußen gesichert bleibt.

Es fehlt diesem Bündnis jedes politische Ziel, und es ist ein Hohn, wenn die Nationalliberalen davon reden, daß sie erstlich eine Aenderung des preussischen Wahlrechts erstreben, wenn sie zur selben Zeit die Gegner einer Wahlrechtsänderung wieder in den Landtag bringen.“

Der freisinnige Parteisekretär scheint in seiner politischen Unschuld gar nicht gemerkt zu haben, daß er mit seinem Urteil nicht nur das konservativ-nationalliberale Wahlbündnis in Schleswig-Holstein, sondern auch das fortschrittlich-nationalliberale Wahlbündnis in den übrigen Provinzen für unmoralisch erklärt hat; denn wie will denn die fortschrittliche Volkspartei durch ein Wahlbündnis mit den reaktionären Nationalliberalen ihren politischen Zielen näher kommen? Ist es nicht ein Hohn, wenn die Fortschrittler davon reden, daß sie erstlich eine Aenderung des preussischen Wahlrechts erstreben, und sich trotzdem verpflichten, Kandidaten einer Partei zu wählen, die gegen das gleiche Wahlrecht ist und die die Drittelung der Wähler in einer Form will, durch die die bloßere Wahl von wenigstens einigen wenigen wahren Volkvertretern ganz unmöglich gemacht wird? Und wie soll dann erst das Wahlbündnis zwischen fortschrittlicher Volkspartei und Bund der Landwirte im Landtagswahlkreis Plensburg gewertet werden, dem der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Duno sein Mandat verdankt? Die Fortschrittler sollten wirklich das Moralpredigen im politischen Kampfe lassen.

Reichsverband-Terrorismus.

Der Lieberichts Reichsverband gegen die Sozialdemokratie eifert in seinen Flugblättern mit dem Aufgebot der albernsten Moralphrasen gegen die „vaterlandlose“ Sozialdemokratie, die angeblich die von der Arbeiterkundschaft abhängigen kleinen bürgerlichen Geschäftsleute in terroristischer Weise mit den größten geschäftlichen Nachteilen bedroht, falls sie sich nicht willig den sozialdemokratischen Machtgeboten unterwerfen. Wie jedoch die Häupter des Reichsverbands dort, wo sie die Macht haben, die von ihnen abhängigen Elemente für ihre lauberen Zwecke einzuspannen verstehen, zeigt folgende hektographierte Aufforderung, die die „Fürstlich-Blessische Generaldirektion“ an ihre Aeseranten gerichtet hat:

Vom 1. April 1913 ab erscheint in Breslau unter dem Titel „Schlesische Landpost“ ein gegen die Sozialdemokratie gerichtetes Wochenblatt, das nicht nur in der ganzen Provinz Schlesien Eingang findet, sondern das auch besonders in allen landwirtschaftlichen Kreisen gelesen werden wird. Da Seine Durchlaucht der Fürst von Pleß, als Vorsitzender des Schlesischen

Landesausschusses des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, an der Verbreitung dieses Blattes ein weitgehendes Interesse hat, hofft Seine Durchlaucht, daß das Blatt auch Ihrerseits durch Geschäftsanzeigen unterstützt werden wird.

Entsprechende Aufträge wollen Sie an Herrn Generalsekretär Kurt Doerr in Breslau IX, Kreuzstraße 47, gefälligst möglichst umgehend ausgeben.

Gechachtungsvoll
Dr. Rasse.“

Der Kasz besagt kurzweg: „Inferiere gefällt in der „Schlesischen Landpost“, sonst wird Seine Durchlaucht das selb bemerken und bei der Erteilung von Aufträgen in Betracht ziehen.“ Zwar heißt es in dem Schreiben nur, der Fürst von Pleß „hofft“, daß er in dem von ihm begünstigten Blatt die Geschäftsanzeigen seiner Lieferanten findet, aber jeder dieser letzteren weiß, was die kuziosen Hoffnungen bedeuten, die sich Seine Durchlaucht zu machen beliebt.

Konservative Wünsche zur preussischen Landtagswahl.

In einer Landtagswählerversammlung der rechtsstehenden Parteien zu Wigenhausen, Bezirk Kassel, forderte der Redner der Konservativen, Landtagsabgeordneter v. Pappenheim, die Nationalliberalen auf, sich von ihrem Bündnis mit dem Freisinn wieder freizumachen. Er meinte, ein Weg zum Zusammenarbeiten zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen in Norddeutschland lasse sich sicher finden.

Die Konservativen — Herr v. Pappenheim ist einer der bekanntesten Vertreter der Junlerpartei — müssen vor dem erneuten Anturk der Volksmassen auf die Dreiklassenbeste doch allerhand Respekt haben, andernfalls würden sie gewiß nicht auf öffentlichem Markte um die Wahlgemeinschaft mit den so oft geschmähten Nationalliberalen buhlen.

Frankreich.

Dreijährige Dienstzeit und Urlaub.

Paris, 27. März. Am Heeresauschuh der Kammer wurde der Kriegsminister gefragt, wie er die Frage des den dreijährigen Dienst abkürzenden Urlaubs zu regeln gedächte. Der Kriegsminister erklärte darauf, daß Leute, die einer Familie mit mehr als vier Kindern angehörten, zwei Jahre dienen sollten bei einem Urlaub von einem Monat; Leute, die einer Familie mit vier Kindern angehörten, dreißig Monate bei einem dreimaligen Urlaub von je einem Monat; Leute, die einer Familie mit weniger als vier Kindern angehörten, 36 Monate bei einem dreimaligen Urlaub von je einem Monat. Die Kommission nahm darauf mit 20 gegen 9 Stimmen den Artikel der Vorlage an, durch den die dreijährige Dienstzeit im Prinzip festgelegt wird.

Vertagung der Heereskommission.

Paris, 29. März. Die Heereskommission der Kammer hat sich bis zum 24. April vertagt.

Die Aussichten der Militärvorlage.

Paris, 28. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Jaurès stellt in der heutigen „Gummanit“ fest, daß die Sozialisten, wenngleich scheinbar im Heeresauschuh besieg, schon Wesentliches erzielten. Eine Ueberrumpelung der Kammer sei verhütet und dadurch ein Monat gewonnen. Um die Demokratie aufzuklären, biete die Kammerdebatte im Mai die günstigsten Bedingungen. Barthou habe zwar die Gerüchte einer zeitigen Entscheidung über die Zurückhaltung des zweiten Jahrganges dementiert und für den Mai vorgehalten. Die Sozialisten werden aber sicher und erfolgreich nachweisen, daß eine solche Verfügung vor einer Entscheidung über die Einführung der dreijährigen Dienstzeit ungesetzlich ist. Barthou gab zwar die Bereitschaft zu Beurteilungen zu. Diese Zugeständnisse seien indes wertlos. Nebenfalls entfiel den Militaristen ihr Plan.

Die radikale Presse ironisiert Barthous Phrase von der Unnahgiebigkeit im Prinzip. Der „Kappel“ glaubt vorauszuweisen, daß die dreijährige Dienstzeit mit zehn Monaten Urlaub angenommen wird. Der „Radikal“ spottet, dreißig Monate wären ungenügend, drei Jahre weniger sechs Monate dagegen ausgezeichnet. Der „Temps“ heudelt Zufriedenheit, aber das „Echo de Paris“ zetert über Barthous Einlenken, weil dadurch den Gegnern der dreijährigen Dienstzeit ein Monat für ihre Agitation belassen sei. Es erklärt, vom Parlament nichts mehr zu erhoffen.

Freigesprochene Antimilitaristen.

Paris, 28. März. Vor dem Pariser Schmutzgericht standen gestern zwei Antimilitaristen namens Chamois und Pasquet unter der Anklage, daß sie in einer öffentlichen Versammlung die Soldaten zur Insubordination und zur Ermordung der Offiziere aufgefördert hätten und für die Sabotage der Mobilisierung eingetreten seien. Beide leugneln. Pasquet erklärte, er habe nur gesagt, daß die sozialistischen Soldaten auf ein anderes Ziel als das von den Offizieren angegebene schießen sollten. Auf die Frage des Präsidenten, warum er den Soldaten empfohlen habe, Geschieße zu sabotieren, antwortete Pasquet, er habe darauf geredet, im Einvernehmen mit den deutschen Kameraden zu handeln, was den Präsidenten zu der Bemerkung veranlaßte, die deutschen Kameraden würden sich wohl hüten, sein Beispiel zu befolgen. Chamois und Pasquet wurden von den Geschworenen freigesprochen.

Belgien.

Streikvorbereitungen.

Unser Brüsseler Korrespondent meldet uns unterm 27. März:

Die Streikkomitees, die nach dem ersten Generalstreikbeschlus mit ihrer Tätigkeit einsetzten, hatten seit dem 6. März, als das Landesstreikkomitee die Proklamation zurückzog, ihre Tätigkeit sistiert. Nun ist der Generalstreik aufs neue verkündet und die Komitees sind bereits in voller Arbeit begriffen: denn in nicht ganz drei Wochen werden die Häder stille stehen in Belgien.

Die Brüsseler Streikkomitees haben ihre Sitzungen für die ganze Woche angekündigt. Es arbeiten bekanntlich eine Finanzkommission, eine Lebensmittelkommission, eine Propagandakommission und eine Aenderungskommission.

Die Brüsseler Föderation wird ihre eigene „Ordnungspolizei“ für die Streikzeit haben. Circa 20 Organisationen haben bisher 250 Mann für diesen Dienst beigelegt — es wird aber die doppelte Anzahl nötig sein. Ein spezielles Komitee wird diesen Dienst organisieren und leiten.

Für die liberalen Arbeiter.

Das liberale Wahlrechtskomitee hat ein Manifest herausgegeben, in welchem zu Subskriptionen aufgefordert wird, um

die liberalen Arbeiter, die sich am Generalfstreik beteiligen werden, zu unterstützen.

Für die Kinder.

Die Sozialisten Hollands und Frankreichs haben bereits ihre Zusagen gemacht und Hunderte von Kindern der Streikenden werden bei ihnen Aufnahme finden. Aber auch an generösen Angeboten von Einzelpersonen, die nicht der Partei angehören, wird es nicht fehlen; zwei Beispiele hierfür: ein Liberaler in Saventhem, einem belgischen Ort, teilte dem „Peuple“ in einem Briefe mit, daß er fünfzig Kinder in seinem Schlosse während der ganzen Streikzeit aufnehmen wird. Er und seine Familie, schreibt er, werden in jeder Beziehung dafür sorgen, daß die Kinder sich wohl fühlen und es ihnen an nichts mangle. — Der liberale Senator und Industrielle Leon Ghard in der Provinz Hennegau erbietet sich, für hundert Kinder für die ganze Streikzeit zu sorgen.

Eine Spende von 25000 Frank hat ein bürgerlicher Demokrat, der ungenannt bleiben will, dem nationalen Generalfstreikkomitee zur Verfügung gestellt.

England.

Die Flottendebatte.

London, 28. März. Unterhaus. Im Verlauf der Marine-debatte sagte der Liberale David Mason, daß falls Deutschland mit seinen Flottenausgaben halt machen sollte, dies nicht durch Reinigungsstundgebungen Churchill's, sondern dadurch veranlaßt werden würde, daß die öffentliche Meinung in Deutschland einen Druck auf die deutsche Regierung ausübe.

Churchill warf hier ein, ob eine solche Unterbrechung der deutschen Flottenrüstungen nicht durch den Umstand gefördert werden würde, daß sie von einer gleichartigen Unterbrechung in England begleitet sein werde. Mason antwortete, er stimme mit Churchill überein, wenn dieser seine Ansichten bei den Marineforderungen nur praktisch zur Geltung bringen wolle. Gewöhnlich predige er aber nur. Churchill erwiderte, er werde auch handeln, wenn er die Gelegenheit dazu erhalte. Zum Schluß forderte Mason den Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages mit Deutschland.

Annahme des Flottenetats.

London, 28. März. Unterhaus. Nach eingehender zweitägiger Debatte, während der das Haus nur schwach besetzt war, wurde die Effektivstärke der Marine nach dem Etat angenommen. Ein Antrag auf Herabsetzung der Effektivstärke wurde mit 197 gegen 28 Stimmen abgelehnt.

Soziales.

Deutsch-italienisches Abkommen über Arbeiterversicherung.

Die „Nordd. Allg. Zig.“ teilt über das deutsch-italienische Abkommen über Arbeiterversicherung folgendes mit:

Das am 31. Juli v. J. in Berlin unterzeichnete Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien über Arbeiterversicherung ist nunmehr von beiden Teilen ratifiziert worden und wird am 1. April d. J. in Kraft treten. Es beruht auf Artikel 2a des Zusatzvertrages vom 3. Dezember 1904 zu dem deutsch-italienischen Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrage vom 6. Dezember 1891, worin eine besondere vertragliche Regelung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung vorgesehen ist. Das Abkommen ist auf deutscher Seite durch den Reichskanzler auf Grund der im § 157 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung enthaltenen Ermächtigung geschlossen worden und hat die Zustimmung des Bundesrats gefunden.

Soweit sich das Abkommen auf die Unfallversicherung bezieht, bestimmt es für das Gebiet der deutschen Gewerbeunfallversicherung und für das Gebiet der deutschen Seearbeiterversicherung einerseits und das Gebiet der italienischen Unfallversicherung andererseits die Gleichstellung der Angehörigen des einen Landes und deren Hinterbliebenen mit denen des anderen Landes, unbeschadet der Möglichkeit einer Kapitalabfindung, wie sie in Deutschland unter gewissen Voraussetzungen gesetzlich vorgesehen ist. Für die Berechnung der an die Stelle der deutschen Unfallrenten tretenden Abfindungen ist der Bundesratsbeschlus vom 21. Dezember v. J. maßgebend, der die Bemessung von Kapitalabfindungen einschließlich für In- und Ausländer regelt.

Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung hatte die italienische Regierung geltend gemacht, daß die in Deutschland beschäftigten italienischen Arbeiter zwar gezwungen sind, ihren Anteil an den Beiträgen zu entrichten, aber infolge der Vorschriften über die Beitragszahlung und über den Verlust der Anwartschaft im allgemeinen geringe Aussicht haben, in den Besitz der Leistungen aus der Reichsversicherungsordnung zu gelangen. Diesem Zustande ist in dem Abkommen abgeholfen worden. Es soll nämlich den in Deutschland beschäftigten und demgemäß der Beitragsleistung unterliegenden Italienern, die gleichzeitig bei der italienischen allgemeinen Invaliden- und Altersversicherungskasse (Cassa Nazionale di Previdenza) oder bei den in Italien für Angehörige der Handelsmarine bestehenden besonderen Invalidenkassen eingeschrieben sind, das Recht zustehen, die Ueberweisung des von ihnen zu entrichtenden Teiles, also der Hälfte der für sie in Deutschland zur Verwendung gelangenden Beiträge, an die Cassa Nazionale als Einzahlung für die italienische Kasse zu beantragen. Der Ueberweisungsantrag hat zur Folge, daß die Ansprüche aus der Beitragsleistung zur deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hinfällig werden. Den deutschen Versicherungssträgern wird daher in solchen Fällen die auf den Anteil der Unternehmer entfallende Hälfte der Beiträge zugute kommen, ohne daß sie ihrerseits eine Leistung aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu bewirken haben. Andererseits hat die italienische Regierung zugesandt, daß die in Italien beschäftigten deutschen Arbeiter die Mitgliedschaft bei der bisher den Italienern vorbehaltenen Cassa Nazionale di Previdenza erwerben können und daß die Leistungen der italienischen Marinekassen, die bisher ihrem überwiegenden Teile nach nur den Inländern zulamen, den zur Befahrung eines italienischen Seefahrzeuges gehörenden Deutschen in gleichem Umfange wie den Italienern gewährt werden.

Ferner enthält das Abkommen eine Anzahl allgemeiner Bestimmungen, welche die Durchführung der Arbeiterversicherung des einen Landes in dem anderen Lande erleichtern sollen.

Schlafstätten für Kinder.

Die „Kerzliche Sachverständigen-Zeitung“ schreibt: Die Stadt Waldenburg in Schlesien hat Schlafstätten für Kinder errichtet. Kinder von Arbeiterfamilien, die daheim nur eine ihre Gesundheit schädigende Nachtlager besitzen und das zehnte Lebensjahr überschritten haben, finden in diesen „Schlafstätten“ eine gute Unterkunft während der Nacht und die Gelegenheit zu gründlicher Reinigung. Neben dem freien Nachtlager erhalten sie auch ein einfaches Abendbrot und Frühstück. Diese Waldenburgische Einrichtung, bisher die einzige ihrer Art, wird gewiß segensreich wirken. Ihre Notwendigkeit ist aber doch ein Zeugnis der überaus traurigen Wohnungsverhältnisse eines Großteils der armen Stadtbewönerung.

Gewerkchaftliches.

Ein Verleumdungsfeldzug gegen die Bauarbeiter.

Ein baugewerbliches Unternehmerblatt brachte kürzlich eine im Latorenstil verfaßte Notiz, worin es sich über das Verbandsblatt der Bauarbeiter, den „Grundstein“, entriestete, der seine Leser zur Faulheit auffordere und die passive Resistenz empfehle. Selbstverständlich fand sie bald ihren Weg in die ganze kapitalistisch verkehrte Presse; jetzt hat sie sich schon bis zu den kleinsten Kreisblättern durchgedrungen. Gewöhnlich wird sie mit einigen Redensarten über den „Liesstand der sozialistischen Presse“ eingeleitet und mit Ausdrücken des Abscheues geschlossen. Die ganz gerissenen Schmocks aber erbrachten durch den Abdruck der ominösen Notiz den bündigen Beweis, daß unter den deutschen Gewerkschaften die Sabotage propagiert wird, zum mindesten, daß die Maurer und ihr „Grundstein“ damit den Anfang machen. Daß sie dabei die Notiz entstellten, sei zum Ueberflus nebenbei bemerkt, denn diese journalistische Fälscherlei gehört zu ihrem Verleumderhandwerk. Da ist es vielleicht noch angebracht, diesem Kummel einige Worte zu widmen.

Der „Grundstein“ brachte in seiner Nr. 7 vom 15. Febr. d. J. einen kleinen Artikel mit der Ueberschrift „Alkohol und passive Resistenz“. Dieser Artikel war keine Redaktionsarbeit, sondern von einem im Beruf tätigen Maurer geschrieben, was auch aus der Unterschrift hervorging. Die Redaktion nahm ihn auf, weil er Gedanken enthielt, die vom Standpunkte des Gewerkschafters wie vom Standpunkte des Volkswirtschaftlers durchaus richtig und gesund sind. Der Verfasser zeigt zwei Ursachen des frühzeitigen Kräfteverfalls bei den Bauarbeitern: den Alkoholgenuß und die Ueberanstrengung, und erörtert die Mittel, mit denen man diesen Uebeln begegnen könne. Lassen wir ihn selbst reden:

Gegenwärtig wird die Arbeitskraft jedes einzelnen im Dienste des Kapitalismus vollständig aufgezehrt. Der Bauarbeiter ist nach Beendigung seiner häufig sehr langen Arbeitszeit von seinem Tagewerk so angestrengt und ermattet, daß ihm zur Ruhe und Erholung nur ungenügende, und zur Pflege seines Körpers, zur Bildung seines Geistes überhaupt keine Zeit verbleibt. Die Ursache dieses Uebelstandes ist zumeist in der allzulangen Arbeitszeit zu suchen, andererseits in der gewaltigen Anstrengung, die die Arbeit erfordert. Diesem Uebelstande wäre abzuhelfen, wenn die Kollegen ihre Leistungsfähigkeit etwas zurückhalten und sich darin nicht gegenseitig Konkurrenz böten.

In diesen Sätzen liegt der Kern seiner Ausführungen. Er schildert weiter aus der Praxis, wie die Unternehmer oft dazu greifen, einem Arbeiter besondere Zuwendungen zu gewähren, um ihn als Antreiber und Reformarbeiter benutzen zu können, und fordert von den Bauarbeitern, sich nicht dazu herzugeben, und von den Baulegeierten, gegen solchen Unfug einzuschreiten.

Was ist dagegen zu sagen? Vom Standpunkte eines raffgierigen Kapitalisten freilich sehr viel, vom Standpunkte eines unbefangenen Volkswirtschaftlers aber nichts. Im Gegenteil: es ist innigst zu wünschen, daß dieser Aufruf zum Selbstschutz gegen die Auspörrung bis auf den letzten Tropfen von den Arbeitern befolgt würde. Von dem Entwürfschrei der kapitalistischen Presse darf man sich nicht im geringsten beirren lassen, und ihren unwahren und heftigen Entstellungen ist der wirkliche Tatbestand gegenüberzuhalten. Es fällt den Bauarbeiterorganisationen gar nicht ein, der Faulenzerei das Wort zu reden. Unzählige Male haben sie erklären lassen, daß die Arbeiter verpflichtet seien, ihre Arbeit redlich und fleißig zu verrichten. Und gerade, weil sie sich immer ehrlich auf diesem Standpunkt gestellt haben, können sie mit gutem Recht und gutem Gewissen gegen die unterschämte Wühlerei auftreten, die mehr und mehr die übliche Arbeitsweise zu werden scheint. Es besteht ein großer Unterschied zwischen fleißiger Arbeit und der wohnsinnigen Last, die auf so vielen Arbeitsstellen herrscht. Die Leute in der bürgerlichen Presse haben ja gar keine Ahnung, wie sich die Arbeitsleistung im Baugewerbe entwickelt hat. Wenn die Leute nur etwas nachdenken wollten, müßte ihnen der tägliche Augenschein zeigen, in wie großem Umfange die Arbeitsleistungen der Bauarbeiter nur in den letzten 20 und 25 Jahren gestiegen sind. Hören wir darüber einen ganz unverdächtigen Zeugen, den Bautechniker Albert Wussow, der sich im Jahre 1910 während der Bauarbeiterauspörrung im „Grundstein“ über die Arbeitsleistung äußerte. Dieser Mann schrieb damals:

„Ich stehe jetzt seit 22 Jahren im praktischen Baugewerbe, ich kenne es im Süden und Westen und seit einigen Jahren auch im Norden Deutschlands und nehme daher für mich das Recht in Anspruch, über die Frage der Arbeitsleistung eine Meinung äußern zu dürfen. Und auf Grund meiner praktischen Erfahrung sage ich: Die Arbeitsleistung im Baugewerbe hat sich mächtig nach oben entwickelt.“

Wussow erwähnt dann ein Gespräch mit einem Maurermeister, der sich ebenfalls an der Auspörrung beteiligt hatte, und den er nach seiner Meinung über den angeblichen Rückgang der Arbeitsleistung im Baugewerbe fragte:

„Er sah mich nur an und sagte: Darüber brauchen wir doch nicht zu reden! Wir wissen doch, was früher getan wurde und was heute geleistet wird. Aber wissen Sie, die Unzufriedenheit der Meister ist erklärlich; wir waren es so gewohnt, daß die Arbeitsleistung fortwährend wuchs. Bei jedem Bau konnte man sehen, wie es schneller ging als beim vorhergehenden. Da denken manche, das müßte fortwährend so weitergehen. Aber die menschliche Arbeitskraft hat doch auch ihre Grenzen.“

Wussow schloß seinen Artikel damals mit folgenden Sätzen:

„Es ist Verleumdung, wenn man den Gewerkschaften nachsagt, sie verleiten ihre Mitglieder zur Faulheit. Eher könnte man das Gegenteil behaupten. Ich habe wenigstens vor einigen Jahren, es war im rheinischen Industriegebiet, selbst gehört, wie Bismarck in einer Versammlung unter dem Beifall der Zuhörer sagte: Wir halten darauf, daß jedes unserer Mitglieder seine volle Schuldigkeit auf der Arbeitsstelle tut.“ Aber das werden die Leser des „Grundstein“ am besten beurteilen können. Ich wollte hier nur der falschen Behauptung entgegen-treten, daß die Arbeitsleistung im Baugewerbe zurückgegangen sei. Ich habe das getan, obwohl ich kein Sozialdemokrat bin; denn ich halte diese Behauptung für ein schweres Unrecht, und den Bauarbeitern ist schon soviel Unrecht zugefügt worden, daß man sie mit allem Nachdruck gegen solche unwahren und unge-rechten Vorwürfe schützen muß.“

So urteilt ein unbefangener und sachkundiger Mann über diese Angelegenheit. Aber freilich, solche Äußerungen schweigen die journalistischen Söldlinge der Scharfmacher tot; denn sie passen nicht zu den Verleumdungen, mit denen sie jetzt aus sehr durchsichtigen Gründen die Bauarbeiter heim-suchen.

Berlin und Umgegend.

Tariffbewegung der Handelsgärtner.

Die im Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein sowie im Deutschen (nationalen) Gärtner-Verein

organisierten Gärtnergehilfen aus den Handelsgärtnereien befaßten sich am Donnerstag in einer überaus stark besuchten Versammlung mit ihren diesjährigen Forderungen. In erster Linie steht der Wunsch nach einer Lohnzulage. — Die Notwendigkeit einer Lohn-aufbesserung wird begründet durch die gesteigerten Lebens-bebedingungen. Mit ebenso gutem Recht wird eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangt. Es sei gar nicht einzulehen, warum die Gärtnergehilfen im Sommer noch 11 Stunden und darüber arbeiten müssen, da auch im Gärtnergewerbe die Möglichkeit bestehe, eine kürzere Arbeitszeit einzuführen. Den Beweis hierfür liefern jene Betriebe, die jetzt schon nicht länger wie 10 bis 10 1/2 Stunden arbeiten lassen. Ferner sei das Verlangen nicht unbillig, daß den Gehilfen wenigstens alle 14 Tage ein freier Sonntag gewährt werde. Bezahlung des Heizdienstes von abends 9 Uhr ab müsse ebenfalls gefordert werden. Eine Hauptforderung betrifft die Abschaffung des Kost- und Logiszwanges. Diese Forderung ist eine kulturelle im vollsten Sinne des Wortes, die Erhebungen und photographischen Aufnahmen auf diesem Ge-biete sprechen dafür.

Das erste Referat in dieser Versammlung hielt der Bauleiter Kwasnik vom Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein, der in einem Rückblick auch die Lohnbewegung von 1911, deren Ergebnis und Wirkung besprach. Die Situation ist in diesem Jahre etwas anders geworden, da nunmehr zwei Arbeitgeberorganisationen vorhanden sind, der Verband der Handelsgärtner Deutschlands und der Arbeitgeber-Schutz-Verband. Der letztere ist die Frucht jener Lohnbewegung von 1911. An der Spitze dieses „Schutzverbandes“ steht als Syndikus ein Rechtsanwalt, der, wie er selbst sagte, als „Nationalökonom“ bezeichnet sein will. Laut Statuten betrachtet der Schutzverband es als seine Aufgabe, erst dann in Tätigkeit zu treten, wenn ein Streik bereits ausgebrochen ist. Das ist zwar eine eigenartige Stellungnahme von einem „Schutzverband“, aber, wie der Referent erklärte, könne es den Gehilfen auch so recht sein. Des weiteren unterbreitete Kwasnik die ausgearbeiteten Forderungen der Versammlung wie folgt:

Die Arbeitszeit beträgt vom 1. April bis 30. September 10 1/2 Stunden täglich, ausschließlich der Pausen. Die Arbeitszeit soll um 6 1/2 Uhr abends beendigt sein. Vom 1. Oktober bis 31. März nur 10 Stunden täglich, ausschließlich der Pausen und ohne Lohnabzug. Der Arbeitsiduloh ist um 6 Uhr abends.

Der Lohn ist als Kurbarlohn und als Wochenlohn zu zahlen. Als Niedrigstlohn für Gärtnergehilfen wird pro Woche 25 M. in bar bezahlt. Für Gärtnergehilfen, die sich im ersten Gehilfenjahr befinden, darf der Niedrigstlohn 23 M. betragen.

Ueberstunden an den Wochentagen sind mit 10 Pf. Aufschlag pro Stunde zu vergüten. Der Wochensatz beträgt 60 Pf. Dauern die Ueberstunden länger als zwei Stunden, so ist vorher eine Stundepause von 1/2 Stunde zu gewähren, die mit zu be-zahlen ist.

Beim Heizdienst ist eine ununterbrochene Mindestruhepause von neun Stunden, nämlich von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens zu gewähren.

An Sonn- und Feiertagen dürfen nur die naturnotwendigen Arbeiten verrichtet werden. Der Sonntagsdienst ist so zu regeln, daß die Gehilfen jeden zweiten Sonntag vollständig von der Arbeit befreit werden.

In Betrieben, wo aus irgendwelchen Gründen die vollständige Abschaffung von Kost und Logis im Augenblicke noch nicht durchführbar ist, erfolgt für das Uebergangsstadium die Berechnung der Naturalleistungen nach einer Tabelle, welche die Preise für das Logis und die einzelnen Mahlzeiten bewertet.

Diese Forderungen sollen an diesem Sonnabend in Form eines vorgegedruckten Formulars in all den Betrieben, wo eine vierzean-tägige Kündigung besteht, vorgelegt werden. Ueberall dort, wo diese Anerkennung der Forderungen verweigert werden sollte, ist die Kündigung zum 18. April d. J. auszusprechen. Damit wäre dann der 18. April der erste Streiktag.

Eingeladen zu dieser Versammlung waren der Vorstand der Gruppe Berlin des Handelsgärtnerverbandes und der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes, doch erschienen nur niemand von diesen Organisationen. Dagegen haben die Arbeitgeber durch ihren Syndikus mitteilen lassen, daß die Vorstände nicht anwesend sein könnten, da sie bindende Beschlüsse doch nicht fassen dürften. (1)

Die Anwesenden nahmen diesen wunderlichen Bescheid mit ver-ständnisvollem Lächeln entgegen. Stürmische Zustimmung aber ertotete der Referent, als er mit einem zündenden Appell schloß, alles aufzubieten, um bei dieser Bewegung die Lebensverhältnisse der Gehilfen aus den Handelsgärtnereien wieder ein Stück vorwärts zu bringen.

Der zweite Referent, Bannier vom Deutschen (nat.) Gärtner-Verband, unterstrich die Ausführungen des Vordredners und ergänzte sie nach mancher Seite hin sehr wirkungsvoll. Er bezeichnete die Forderungen als die denkbar bescheidensten und erklärte, daß es nicht zu verstehen wäre, wenn um dieser Forderungen willen es die Arbeitgeber zu einem Streik kommen lassen sollten. Diese hätten ja selbst das größte Interesse daran, daß geregelte Verhältnisse im Handelsgärtnergewerbe Platz greifen, da nur so erfolgreich der Schmutzkonkurrenz entgegen-gewirkt werden kann. Auch dieser Referent löste stürmische Zu-stimmung aus.

In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, in anderen Berufen werde man es nicht verstehen können, wenn die Gärtner-gehilfen wegen solcher Forderungen, die so lächerlich gering seien, die Arbeit niederlegen müßten.

Zulezt stimmte die Versammlung den Vorschlägen der Referenten einstimmig zu.

Deutsches Reich.

Die Auspörrung im Malergewerbe.

Die unrichtigen Angaben des Unternehmerverbandes mit den angegebenen großen Zahlen über die Ausgespörrten werden jetzt in Unternehmerkreisen immer mehr erkannt. Darum schwindet auch das Vertrauen zu den Führern mehr und mehr. Diese Stimmung kam in den letzten Tagen in den Versammlungen der Unternehmer in verschiedenen Großstädten zum Ausdruck. Mehrfach zirkulieren Listen, auf denen die Namen der Meister gesammelt werden, die für ein örtliches Verhandeln mit den Gehilfenorganisationen zu haben sind.

Auch die Abschlüsse von örtlichen Tacifen nehmen immer mehr zu. In Frankfurt arbeiten bereits 156 Geschäfte mit über 700 Gehilfen zu neuen Bedingungen; die Löhne sind 3 Pf. höher als durch Schiedspruch zuerkannt. In Wiesbaden arbeiten nach einwöchiger Auspörrung schon 200 Gehilfen zu neuen Be-dingungen. In Lübeck haben 60 Meister mit dem Verband der Maler die neuen, höheren Bedingungen korporativ vereinbart, und zu den Tarifabschlüssen in Blauen, Jena, Reichenbach i. V. u. a. ist Wittweida hinzugekommen.

Der Bund deutscher Dekorationsmaler stellt in einem Flug-blatt fest, daß gerade die Hauptstarkmacher sich am meisten um die Auspörrung gedrückt haben und erklärt:

„Der Arbeitgeberverband im Malergewerbe hat im gegen-wärtigen Lohnkampf seine Unfähigkeit bewiesen und die deut-schen Malermeister haben die Sache zu bezahlen.“

Der Bund deutscher Dekorationsmaler nimmt nur große Firmen auf und soll jetzt massenhaft Aufnahmen zu verzeichnen haben. — Wie lange noch, und der Unternehmerverband wird es nicht mehr fertig bringen können, seinen Reinsfall öffentlich ab-zufreien.

Streiks der Schiffszimmerer.

Die auf den Schiffswerften in Ruywarp in Pommern beschäftigten Schiffszimmerer haben wegen Nichtanerkennung ge-stellter Forderungen und Ablehnung jeder Verhandlung die Arbeit eingestellt.

In Oderberg (Mark) und auf der Werft von A. Hüting in Biepe am Finowkanal befinden sich die Schiffszimmerer aus denselben Gründen im Ausstand. Eine rühmende Aus-

nahme bildet die Firma Meriens in Oderberg, die die berechtigten Wünsche und Forderungen der Arbeiter anerkannt hat.

Um strenge Fernhaltung des Zuguges nach den übrigen ge-nannten Werften wird dringend ersucht.

Organisationsfeindliche Schnapsfabrikanten.

Große Mühe und jahrelange Agitationsarbeit haben trotz des organisationsfeindlichen Verhaltens der Unternehmer es vermocht, eine Anzahl Brennereiarbeiter von Steinhagen und Umgegend der Organisation zuzuführen. In letzter Zeit ist es auch schon zu einem Tarifabschluß mit der Firma Jüdemöller in Steinhagen gekommen. Aber die anderen Unternehmer stehen noch auf dem unverfälschten Herrenstandpunkt. Haben sie es auch nicht verhindern können, daß sich ein Teil ihrer Arbeiter der Organisation anschlossen, so be-handeln sie diese doch in einer solchen brüskierten Art, wie es die Grubenmagazinen kaum fertig bringen; namentlich die Firmen H. C. König in Steinhagen und Karl Stahl in Göttersloh, die zu-sammen 50 Arbeiter beschäftigen. Auf eingereichte Forderungen zur Verbesserung der noch sehr rückständigen Arbeits- und Lohn-verhältnisse fiel es den Herren gar nicht ein, zu antworten, auch auf mehrfache Erinnerungen nicht, und bei verfruchteter Vorsprache wurde dem Vertreter der Organisation erklärt, man sei für ihn nicht zu sprechen. Der Verband der Brennerei- und Mühlenarbeiter, dem die organisierten Arbeiter dieser Betriebe angehören, wird alles daran setzen, die Organisation auch in diesen Betrieben so aus-zubauen, daß die Herren genötigt sein werden, mit sich sprechen zu lassen.

Der Streik der Erdöl-Arbeiter in der Deutschen Erdölindustrie zu Grabow (Mecklenburg) ist zugunsten der Arbeiter beendet.

Ausland.

25 Jahre Schweizerischer Lithographenbund.

Der soeben erscheinende Jahresbericht des Schweizerischen Lithographenbundes würdigt in einem geschichtlichen Rückblick den 25-jährigen Bestand desselben, der die Entwicklung der Organi-sation wie die fortschreitende Verbesserung der Arbeits- und Lohn-verhältnisse im schweizerischen Lithographiegewerbe schildert. In demselben besteht heute die 5 1/2stündige wöchentliche Arbeitszeit mit 9 Stunden an den ersten 5 Wochentagen und 6 1/2 Stunden an den Sonnabenden. Die Lohnverhältnisse sind heute folgende: Niedrigster Wochenlohn für die Drucker 24 Frank (1907: 19,70 Frank), höchster 69,25 Frank, durchschnittlicher 43,70 Frank (39,35 Frank); für die Lithographen 22,50 Frank (20 Frank), 86,55 Frank und 46,40 Frank (45 Frank); der niedrigste Lohn mit 30 Frank zählt die berühmte katholische Lithographie in Einsiedeln, dem viel-besuchten internationalen Wallfahrtsort, wobei die frommen Bes-ucher Benziger schwere Millonäre geworden sind.

Der Schweizerische Lithographenbund hat im Jahre 1912 in-folge des vertraglichen Organisationszwanges seine Mitgliederzahl von 819 auf 933 erhöht, wovon 548 Schweizer, 290 Deutsche, 36 Oesterreicher, 37 Italiener usw. sind. Sein Vermögensbestand ist auf 208 581 Frank gestiegen, so daß auf jedes Mitglied 223,50 Frank entfallen. Seit 1887 hat der Lithographenbund folgende Unterstützungen ausbezahlt: 161 783,07 Frank an Krankenunter-stützung, 39 650,10 Frank an Arbeitslosenunterstützung, 32 843,31 Frank an Streik- und Maßregelungsunterstützungen, 17 210,25 Frank an Todesfallunterstützung, 12 107,34 Frank an Reiseunter-stützung usw. So hat diese Organisation eine in jeder Beziehung nützliche und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet, auf die sie mit Stolz und Befriedigung zurückblicken darf.

Letzte Nachrichten.

Liberaler Anstand.

Damburg, 28. März. (B. T. V.) Die Bürgerschaft hat end-gültig Oberregierungsrat Dr. Schoen zum Präsidenten und die Herren Windmann und Dr. Bagge zu Vizepräsidenten ge-wählt. Die Sozialdemokraten, die einen Schriftführerposten bean-sprucht hatten, sind auch diesmal nicht im Vorstand der Bürgerschaft vertreten.

Adrianopol während und nach der Uebergabe.

Sofia, 28. März. (B. T. V.) Gestern wurde die Eisenbahn-Verbindung bis zur Ardabrade wieder hergestellt, die voraussichtlich in einigen Tagen wieder in Stand gesetzt sein wird. Von heute an werden die Züge bis auf 1 1/2 Kilometer vom Adria-nopoler Bahnhof verkehren können. Der Eisenbahnminister ordnet die Zufuhr von Mehl an. Der Post- und Telegraphendirektor trifft die nötigen Maßnahmen zur Wiederherstellung des Dienstes. Die Lage der Bevölkerung der eroberten Stadt scheint nicht so verzweifelt gewesen zu sein, wie sie geschildert worden ist. Die Entbehrungen dürften nicht groß gewesen sein. Vor der Uebergabe hatten die Türken das Getreide- und Mehldepot in Brand. Es wurde ein Mehldepot entdeckt, das Mehl wurde an die Armen verteilt. Nur wenige Gebäude sind beschädigt, eine Epidemie herrscht nicht. Viele Türken zerklühten ihre Gewehre, ehe sie sich ergaben. Auch mehrere schwere Geschosse sind beschädigt und mehrere Munitionsdepots wurden in die Luft gesprengt. Sogar die Pferde wurden getötet, damit sie nicht in die Hände der Sieger fielen. Die radiotelegraphische Station und die Schein-werfer wurden auf Befehl Schükis zerstört.

Die Pforte willigt in den Abzug der Zivilbevölkerung aus Ektari.

Wien, 28. März. (B. T. V.) Die Pforte hat sich bereitwillig mit dem Ersuchen Oesterreich-Ungarns einverstanden erklärt, daß Esch Pascha die Ermächtigung erhalte, den Abzug der Zivilbevöl-kerung Ektaris zu gestatten. Die Pforte hat die österreichisch-ungarische Konarchie, ihm den Befehl hierzu zu übermitteln, da die Pforte selbst außerstande sei, mit Ektari zu verkehren.

Vorstellungen der Großmächte bei der montenegrinischen Regierung.

Cetinje, 28. März. (Aus amtlicher montenegrinischer Quelle.) Die Vertreter der Großmächte haben um 3 Uhr nachmittags einen Kollektivschritt unternommen, der den Beschluß der Mächte hinsichtlich der Grenzen des zukünftigen Albanien und die Aufhebung der Belagerung von Skutari zum Gegenstand hatte.

Wie die Großen, so die Kleinen.

Sofia, 28. März. (B. T. V.) Die Parlamentssession ist bis zum 13. April einschließlich verlängert worden. Der Ministerrat hat beschloffen, den Staatsvoranschlag um 20 Mil-lionen Lei (16 Millionen Mark) zu erhöhen, deren größter Teil auf das Budget des Kriegsministeriums entfällt.

Eine Katastrophe auf der Wolga.

Nybinsk, 28. März. (B. T. V.) Durch den Eisgang auf der Wolga sind mehr als hundert Boote fortgetrieben worden und gesunken. Der Schaden ist sehr groß. Viele Schiffe sind der Katastrophe zum Opfer gefallen.

Folgeschwerer Einsturz eines Dachstuhles.

Brüssel, 28. März. (B. T. V.) Bei dem Einsturz des eisernen Dachstuhles eines Brauereischuppens sind hier 20 Personen schwer verletzt worden, darunter fünf tödlich.

Die Heeres- und Deckungsvorlagen.

In einer Sonderausgabe veröffentlicht die „Nordd. Allg. Zeitung“ die neue Heeresvorlage im Wortlaut sowie die allgemeinen Grundzüge ihrer Deckung. Den Gesetzen wird zunächst eine allgemeine Begründung vorausgeschickt, die folgende allgemeine Bemerkungen enthält:

Durch die Ereignisse, die sich auf dem Balkan abspielen, sind die europäischen Machtverhältnisse verschoben worden. Deutschland hat in einem Kriege, der ihm aufgenötigt worden sollte, langgeitredete, von Natur zum großen Teil offene Grenzen möglicherweise gleichzeitig gegen mehrere Feinde zu schützen. Infolge der eingetretenen Verschiebungen ist es heute mehr denn je unsere oberste Pflicht, diesen Schutz so stark zu gestalten, wie unsere Volkskraft es zuläßt.

Die Stärke unseres Heeres hat mit dem Wachstum der Bevölkerung nicht völlig gleichen Schritt gehalten. Teile der wehrkräftigen Bevölkerung bleiben gegenwärtig für den Wehrdienst unausgebildet. Die allgemeine Wehrpflicht ist aber die wertvollste Unterlage für Deutschlands Stärke. Nur wenn sie verwirklicht bleibt, können wir der Zukunft mit dem sicheren Gefühl erfüllter Pflicht und festen Vertrauens entgegensehen. Dann bleibt auch die Armee jung, und wir sind nicht genötigt, im Kriegsfall ältere Jahrgänge, Männer mit Frau und Kind, sofort und in vorbersteter Linie an den Feind zu führen, während junge, diensttaugliche Mannschaften zurückbleiben und beim Eintritt der Gefahr erst ausgebildet werden muß.

Leitender Gedanke der Vorlage ist deshalb der Ausbau der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Stande der Bevölkerung.

Hand 63 000 Rekruten sollen jährlich mehr eingestellt werden.

Ihre Einstellung wird vor allem dazu dienen, den Friedensstand der vorhandenen Truppenteile zu erhöhen. Durch die so verbesserte Zusammensetzung der Truppenteile erfährt das Heer einen Zuwachs an schnell bereiteter Kampfkraft, wird ihm der Uebergang zum Friedensstand erleichtert, werden die im Kriegsfall einzureichenden Jahrgänge des Beurlaubtenstandes verjüngt und verstärkt.

Soll die vermehrte Anspannung unserer Wehrkraft hiernach grundsätzlich nicht dazu dienen, zahlreiche neue Truppenteile aufzustellen oder neue große Truppenverbände zu schaffen, so können doch einzelne Reorganisationen nicht länger entbehrt werden. Dies sind unter anderem für die Infanterie die bei 18 Regimentern noch fehlenden dritten Bataillone, für die 18 Jägerbataillone Radfahrer, und Maschinengewehrkompanien, für die Kavallerie 6 neue Regimenter und bei 4 bayerischen Regimentern noch fehlende fünfte Eskadrons, für die Fußartillerie 3 neue Regimenter und 1 württembergisches Bataillon, für die Pioniere 11 und die Werkschutztruppen 13 neue Bataillone, für den Train 1 Bataillon und 20 Kompanien.

Um den zahlreicheren Heeresersatz auszubilden zu können, muß das

Offizier- und Unteroffizierkorps wesentlich verstärkt werden.

Zur Sicherung dieser Verstärkung sollen die Kriegsschulen in Preußen noch um eine vermehrt, die Kadettenanstalten in Preußen und Sachsen vergrößert, in Preußen zwei Unteroffiziersvorschulen neu geschaffen, die preussischen und sächsischen Unteroffizierschulen und -vorschulen verstärkt werden.

Der Unteroffizierersatz wird aber in erster Linie durch Sicherstellung seiner Zukunft nach dem Ausscheiden gewonnen. Daher soll die Dienstprämie nach zwölfjähriger aktiver Dienstzeit von 1000 M. auf 1500 M. heraufgesetzt und die Abfindung für Nichtbenutzung des Zivildienstbescheides ebenfalls erheblich höher bemessen werden. Um die Unteroffizierslaufbahn sonst noch günstiger zu gestalten, wird eine Vorsehung der Unteroffiziere und Kapitulanten hinsichtlich der Verpflegung und durch Gewährung von einzelnen besonderen Zuschüssen vorgeschlagen.

Hand in Hand mit der Steigerung der Friedenspräsenzstärke muß das Personal für allgemeine und besondere Verwaltungszwecke, für Nachsorge und Seelsorge vermehrt werden. Besonderen sind die Sanitätsanstalten, die Übungs- und die Schießplätze zu erweitern.

Schließlich ist zur Erhöhung der Schlagfertigkeit, der Zuverlässigkeit der Mobilmachung und des inneren Wertes, besonders der Wehrreformationen, wiederum die Vermehrung der Offiziersstellen ein unabweisbares Bedürfnis.

Die gesamte Vermehrung

beläuft sich auf rund 4000 Offiziere, 15 000 Unteroffiziere, 117 000 Gefreite und Gemeine, 27 000 Pferde.

Die Durchführung sämtlicher Maßnahmen bei den drei Hauptwaffen ist in Anbetracht ihrer Dringlichkeit, soweit möglich, für den Oktober 1913 geplant. Nur bei den Spezialwaffen zwingen Rücksichten organisatorischer Art zu einer Verteilung der Durchführungen auf einige Jahre. Hingegen sollen die bereits in den Gesetzen über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom 27. März 1911/14, Juni 1912 angeordneten organisatorischen Maßnahmen, deren Verwirklichung noch im Vorjahr bis auf 1914 und 1915 berichtbar erschien, schon im Herbst 1913 durchgeführt werden.

In ähnlicher Weise muß die größtenteils durch die Etats der letzten Jahre bereits angestrebte

Beschaffung von Kriegsmaterial

aller Art beschleunigt werden. Auch ist ein rascher und vermehrter Ausbau unserer Festungen erforderlich, damit diese den Unternehmungen des Feindes einen sicheren Rückhalt und Stützpunkt bieten können.

Neu werden Mittel für den Ausbau der Luftflotte angefordert. Im Zusammenhang mit den die Schlagfertigkeit des Heeres erhöhenden Maßnahmen wird die Vereinfachung von Mitteln für eine bessere Verpflegung der Mannschaften sowie für freie Urlaube in die Heimat vorgeschlagen.

Die Kosten.

Die fortlaufenden Ausgaben werden sich im Beharrungszustand auf etwa 180 bis 190 Millionen Mark, diejenigen Ausgaben, die als solche einmaligen Charakters angesehen werden können, auf rund 1050 Millionen Mark belaufen.

Die Deckungsvorschläge.

Die Vermögensabgabe.

Zur Deckung der einmaligen Ausgaben schlägt der Bundesrat die Erhebung eines einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrags vor.

Es ist klar, daß der gewaltige einmalige Bedarf ohne Bruch mit den Grundzügen einer soliden Finanzgebarung nicht auf dem Wege der Anleihe ausgedrückt werden kann. Zudem würde allein der Zinsendienst für eine so hohe Anleihe eine neue große Steuer erforderlich machen. Auch würde die Unterbringung der Anleihe mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Geldmarktes voraussichtlich von bedenklichen Folgen begleitet sein.

An dem patriotischen Opfer werden auch die deutschen Bundesfürsten sich beteiligen.

Der Wehrbeitrag soll nach dem Entwurf in einer Abgabe von 1/2 vom Hundert des Vermögens bestehen. Jedoch ist auch eine ergänzungsweise eine Heranziehung der hohen Einkommen vorgesehen. Wer ein Einkommen von 50 000 Mark und darüber hat, soll einen einmaligen Beitrag von 2 vom Hundert des Einkommens zu entrichten haben, sofern er nicht schon aus dem Vermögen einen gleich hohen oder höheren Beitrag leisten muß. Eine weitergehende Berücksichtigung des Einkommens muß schon daran scheitern, daß sich damit die Schwierigkeiten der Veranlagung und ihrer raschen Durchführung in einem Maße steigern würden, das mit der Natur des Beitrags als einer einmaligen Abgabe nicht vereinbar wäre. Auch sonst entspricht es dem der Erhebung des Wehrbeitrags zugrunde liegenden Gedanken eines einmaligen Opfers, wenn dieser Gedanke auf breiter Grundlage und in möglichst einfacher Form durchgeführt wird. Daher ist von einer Staffelung des Beitrags nach der Höhe des Vermögens abgesehen und unter Freilassung der kleinen Vermögen von nicht mehr als 10 000 Mark der Kreis der Beitragspflichtigen möglichst weit gezogen. Gegen die Staffelung spricht der Umstand, daß die Höhe des Vermögens für sich allein keinen unbedingt zuverlässigen Maßstab für die größere oder geringere Leistungsfähigkeit des Vermögensinhabers gibt, da diese durch die Ertragsfähigkeit des Vermögens und durch mannigfache sonstige Umstände wesentlich mitbestimmt wird. Bei der Frage, wie die Freigrenze nach unten zu ziehen ist, fällt außerdem die Höhe des finanziellen Bedarfs erheblich in die Waagschale. Zur Vermeidung von Härten ist vorgesehen, daß der Beitrag in zwei Raten entrichtet werden kann und Stundungen bis zu drei Jahren zulässig sind.

In den Kreis der beitragspflichtigen Personen sind außer den natürlichen Personen auch die Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien herangezogen. Es schien gerechtfertigt, auch die hier hervortretende hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dem Wehrbeitrage dienlich zu machen, zumal gerade die großen Erwerbsgesellschaften an der Erhaltung des Friedens, dem die Verhinderung der Wehrmacht dienen soll, besonders interessiert sind. Bei Berechnung ihres steuerbaren Vermögens hat der Kennbetrag des Aktienkapitals und das Geschäftsguthaben der persönlich haftenden Gesellschafter in Abzug zu kommen.

Das Verfahren ist im Hinblick auf die besondere Art der Abgabe und ihre einmalige Erhebung möglichst einfach, und zwar im Anschluß an die Veranlagung in den Einzelstaaten geordnet, ohne daß deshalb auf eine sichere Erfassung, insbesondere des mobilen Vermögens, verzichtet worden ist.

Es würde gerade dem vorliegenden Gesetz am wenigsten entsprechen, wenn dem Beitragspflichtigen daraus, daß er sein Vermögen hier gewissenhaft angibt, Nachteil aus einer unzutreffenden Deklaration in einem landessteuerlichen Verfahren erwachsen würde. Es ist daher bestimmt, daß Beitragspflichtige, welche Vermögen angeben, das als solches oder als Ertragsquelle bei der Veranlagung zu direkten Landes- oder Gemeindesteuern bisher nicht besteuert war, obwohl es der Steuerpflicht unterlag, von der landesgesetzlichen Strafe und der Verpflichtung zur Nachzahlung der Steuer für frühere Jahre freibleibt.

Die jährlichen Ausgaben.

Ratifikularbeiträge und Besitzsteuergleich.

Zur Deckung der laufenden Kosten soll in erster Linie der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderungen im Finanzwesen, dienen.

Die Höhe des neuentstandenen laufenden Bedarfs erweist sich als so erheblich, daß er in vollem Umfang aus den bisher vom Reiche in Anspruch genommenen Steuerquellen nicht gedeckt werden kann. Der Zwang der gegenwärtigen Verhältnisse führt daher dazu, einen erheblichen Teil des Bedarfs durch

Umlegung auf die einzelnen Bundesstaaten

zu decken, von denen er im Wege der allgemeinen Besteuerung vom Einkommen, Ertrag oder Vermögen oder durch Besteuerung der Erbschaften aufgebracht werden muß.

Für die Umlegung auf die Bundesstaaten kam nach dem Vorgang der Ratifikularbeiträge in erster Linie die Bevölkerungszahl als Maßstab in Betracht. Bei Verteilung nach der Bevölkerungsziffer würden aber die Bundesstaaten mit einer wohlhabenden Bevölkerung zu verhältnismäßig höherer Steuerbelastung ihrer Steuerpflichtigen genötigt werden, als die übrigen Bundesstaaten. Es galt daher einen Maßstab zu finden, der die Verschiedenheiten in der Steuerkraft der Bevölkerung der einzelnen Bundesstaaten in geeigneter Weise zur Wirkung bringt. Dieser Maßstab bietet sich in der Veranlagung des Vermögens zum Wehrbeitrag. Weiter war auf eine Regelung Bedacht zu nehmen, durch die sichergestellt wird, daß der umgelegte Reichsbedarf in den einzelnen Staaten wirklich durch Steuern vom Vermögen, Einkommen, Ertrag oder von Erbschaften aufgebracht wird. Dies konnte nur in der Weise geschehen, daß in dem Bundesstaat ein reichsrechtlich normiertes Steuergesetz in Kraft tritt, sofern die landesrechtliche Regelung nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt stattgefunden hat.

In seinen einleitenden Vorschriften bestimmt hiernach der Entwurf, daß die Bundesstaaten vom 1. April 1916 ab außer den von ihnen nach Artikel 70 der Reichsverfassung aufzubringenden Ratifikularbeiträgen in den gemeinschaftlichen Ausgaben des Reiches einen Jahresbeitrag zu leisten haben, der im ganzen auf 1,25 M. für den Kopf der Bevölkerung bemessen wird. Der Gesamtbetrag soll nach näherer Bestimmung des Bundesrats auf die einzelnen Bundesstaaten, entsprechend dem Vermögensstande, der sich aus der Veranlagung nach dem Gesetz über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag ergibt, verteilt werden. Dem Bundesrat bleibt vorbehalten, den Verteilungsmaßstab von Zeit zu Zeit nachzuprüfen und anderweit festzustellen. Des Weiteren wird dann bestimmt, daß die Bundesstaaten zur Ausbringung des auf sie entfallenden Anteils allgemeinen Vermögens-, Ertrags-, Einkommen- oder Erbschaftsteuern bei sich einzuführen haben. Soweit solche Steuern bereits bestehen, soll der Einführung die Erhöhung dieser Steuern gleichsetzen. Als Gesetz, das für den Fall, daß eine landesgesetzliche Regelung nicht rechtzeitig zustande kommt, oder später wieder wegfällt, von Reichs wegen in dem betreffenden Bundesstaat in Kraft zu treten hat, ist ein dem Entwurfe beigefügtes

Vermögenszuwachssteuergesetz

(Besitzsteuergesetz) vorgeschlagen.

Für die Wahl dieser Steuer war einmal die Erwägung maßgebend, daß sie den Charakter einer allgemeinen Besitzsteuer (?) an sich trägt. Sodann kam in Betracht, daß diese Steuer bisher noch in keinem Bundesstaat eingeführt ist, und damit denjenigen Staaten, die in der Anspannung ihrer bisherigen direkten Steuern nicht glauben weiter gehen zu können, eine neue Steuerart zur Verfügung gestellt wird.

Tritt das Besitzsteuergesetz mangels landesgesetzlicher Regelung, die auch in der landesgesetzlichen Einführung des Vermögenszuwachssteuergesetzes bestehen könnte, von Reichs wegen in Kraft, so soll der Bundesstaat an Stelle des auf ihn entfallenden Jahresbeitrages den gesamten Ertrag aus diesem

Besitzsteuergesetz an das Reich abführen. Es beruht diese Vorschrift auf der Erwägung, daß bei den Staaten, die sich dem Besitzsteuergesetz unterwerfen, die Verpflichtung dem Reiche gegenüber billigerweise als erfüllt angesehen werden kann, wenn sie die aus dem Gesetz erzielten Einnahmen dem Reiche überlassen. Andererseits konnte es im Interesse der Reichsfinanzen nicht zugelassen werden, daß die Staaten, die einmal zum 1. April 1916 das Besitzsteuergesetz haben in Kraft treten lassen, später nach ihrem Belieben das Gesetz wieder aufgeben oder ändern.

Ob eine landesgesetzliche Besteuerung im Sinne des Gesetzes durchgeführt ist, soll der Bundesrat zu entscheiden haben.

Gegenstand der mangels anderweitiger landesgesetzlicher Regelung in den einzelnen Bundesstaaten in Kraft tretenden Vermögenszuwachssteuer (Besitzsteuer) ist der Vermögenszuwachs im weitesten Sinne, nämlich der Betrag, um den sich der Gesamtwert des Vermögens einer Person erhöht hat. Der Vermögenszuwachs ergibt sich aus der Vergleichung des Vermögensstandes eines Steuerpflichtigen zu verschiedenen Zeitpunkten. Die Steuer hat somit zum Gegenstande nicht den Vermögensbesitz als solchen oder das Vermögen als Ertragsquelle, sondern den Vermögenserwerb. Die Steuerpflicht knüpft aber nicht an einzelne, den Vermögenserwerb vermittelnde Rechtshandlungen an, sondern sie trifft an einem zum voraus bestimmten Zeitpunkt ein, zu welchem das Vermögen festgestellt und mit dem Vermögensstande zu einem früheren Zeitpunkt verglichen wird. Der zwischen den beiden Zeitpunkten liegende Zeitraum ist der Veranlagungszeitraum. Nach dem Entwurf beträgt der allgemeine Veranlagungszeitraum 2 Jahre. Er schließt sich zunächst an den für die Veranlagung des Wehrbeitrags maßgebenden Stichtag (31. Dezember 1913) an. Durch weitere Einzelvorschriften ist Vorsorge getroffen, daß die Möglichkeit der Ausgleichung späterer Vermögensverluste besteht. Grundsätzlich soll das gesamte Vermögen in der Hand des Vermögensinhabers, jedoch nur einmal der Zuwachsbesteuerung unterworfen sein. Die Steuerpflicht ist beschränkt auf natürliche Personen. Kleinere Vermögen bis 6000 M. sind von der Steuer befreit. Die Freigrenze kann sich dadurch erhöhen, daß auch ein Vermögenszuwachs bis zu 2000 M. nicht besteuert wird.

Die Entrichtung der Vermögenszuwachssteuer verteilt sich auf den dem Veranlagungszeitraum folgenden zweijährigen Erhebungszeitraum. Außerdem ist eine ratenweise Zahlung der Jahresbeiträge der Steuer vorgesehen. Zur Vermeidung von Härten kann die Steuerbehörde auch die Zahlung der Steuer in Raten zulassen. Die Steuerföhrer bewegen sich zwischen 0,5 und 2,5 des Zuwachses. Sie sind abgestuft nach der Höhe des Zuwachses und nach der Größe des Gesamtvermögensbesitzes eines Steuerpflichtigen.

Die Vermögenszuwachssteuer enthält auch mittelbar eine Besteuerung des Erbschafts- und Schenkungs-erwerbes,

insbesondere auch des Erbschaftserwerbes der Abkömmlinge, wogegen für den Erbschaftserwerb unter Ehegatten eine besondere Regelung vorgesehen ist. Die steuerliche Erfassung des Kindeserbes durch eine allgemeine Vermögenszuwachssteuer stellt sich aber als eine wesentlich mildere Form der Belastung dar, als die Besteuerung durch Ausdehnung des Erbschaftsteuergesetzes auf Abkömmlinge. Die Vermögenszuwachssteuer kann sich mit erheblichen niedrigen Sätzen begnügen als die Erbschaftsteuer. Sie wird außerdem nicht alsbald beim Wlehen des Erblassers erhoben, sondern erst zu Beginn des nächsten Veranlagungszeitraums, sie ist nicht auf einmal zu entrichten, sondern verteilt sich auf mehrere Ratenzahlungen und erfährt nur die Vereinerung, die am Ende des Veranlagungszeitraumes noch vorhanden ist. Bei der Vermögenszuwachssteuer kann das mobile Kapital leichter erfaßt und eine Hintertziehung der Steuer durch Schenkungen unter Lebenden vermieden werden. Dem Danebenbestehen des Grundverzuwachssteuergesetzes trägt der Entwurf insofern Rechnung, als die Möglichkeit gegeben ist, die Grundstücke nur mit dem Betrag der Geschiebungen zu bewerten und die Abrechnung des Betrages der steuerpflichtigen Wertsteigerung abzüglich der erhöhten Wertzuwachssteuer von dem nach dem vorliegenden Gesetz ermittelten Vermögenszuwachs zu belassen ist.

Beibehaltung von indirekten Steuern.

Zuckersteuer und Grundstempel.

Nach dem Gesetze vom 14. Juni 1912 soll die Ermäßigung der Zuckersteuer auf den in Artikel V des Gesetzes, betreffend Änderung im Finanzwesen, vom 15. Juni 1909 normierten Betrag sechs Monate nach Einführung des neuen Besitzsteuergesetzes, spätestens mit dem 1. Oktober 1916 in Kraft treten. Eine Ermäßigung der Zuckersteuer vor dem 1. Oktober 1916 kann zurzeit indessen nicht in Betracht kommen, da die Finanzierung der Militärvorlage von 1912 auf der Voraussetzung der Aufrechterhaltung der Steuer bis zu diesem Tage beruht und der Ertrag der Besitzsteuer jetzt für andere Zwecke herangezogen werden muß. Der gegenwärtige Deckungsbedarf macht es demnach zur Notwendigkeit, den Eintritt der Ermäßigung der Zuckersteuer und den Wegfall des Zuschlages zum Grundstempel wenigstens noch bis zum Ende des Rechnungsjahres 1917 hinauszuschieben, da sich alsdann wird übersehen lassen, inwieweit die neuen Einnahmen sich dem Bedarf entsprechend entwickeln. Der Entwurf trifft dem entsprechend Bestimmung.

Neben den vorstehend bezeichneten behandelt der Gesetzentwurf noch zwei weitere Maßnahmen, nämlich die Anschaffung eines zur Befriedigung eines außerordentlichen Bedarfs dienenden Bestandes an Silbermünzen bis zur Höhe von 120 Millionen Mark, sowie die Ausgabe weiterer Reichsschatzscheine in Abschnitten zu 5 und 10 M. bis zur Höhe von 120 Millionen Mark, um aus ihrem Erlös einen gleich hohen Betrag in gemünztem Golde mit der

Swedbestimmung des Reichskriegsschatzes

bereitzustellen. Beide Maßnahmen verfolgen den Zweck, dem Finanzwesen des Reichs gegenüber den in kritischen Zeiten steigerten Ansprüchen eine größere Widerstandsfähigkeit zu verleihen.

Verkehrsbesteuerung.

Änderung des Reichsstempelgesetzes.

Die bisher bezeichneten steuerlichen Maßnahmen würden noch nicht ausreichen, um den laufenden Bedarf zu befriedigen. Die noch fehlende Deckung war auf einem Wege zu suchen, durch den Handel und Verkehr möglichst nicht von neuem beunruhigt werden. Der Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung des Reichsstempelgesetzes nimmt durch Übernahme einiger bisher den landesgesetzlichen Bestimmungen unterworfenen Stempelabgaben auf das Reich einen weiteren Ausbau des Reichsstempelwesens in Aussicht, der, weil die Landesstempelabgaben von den betreffenden Gegenständen künftig wegfallen werden, nur zum Teil und nur in möglichem Umfang (?) für die Betroffenen eine steuerliche Mehrbelastung bedeuten wird. Es handelt sich um den Uebergang der Besteuerung der Gesellschaftsverträge und der Versicherungen auf das Reich. Es schien erwünscht, diesen Gegenstand der Besteuerung künftig unter

Ausschluss von Landessteuern dem Reich ausschließlich vorzubehalten. Der Wegfall des Landessteuern gestattet bei den Aktiengesellschaften eine Erhöhung des Reichsteuernpels, die nach dem Entwurfe im Ansatze an die für das größte Landessteuerngebiet geltenden Steuersätze 1/3 vom Hundert des in Betracht kommenden Kapitalvermögens betragen soll.

Der Erhebung des Stempels soll aber künftig nicht der Kennwert, sondern der Ausgabewert der Aktien zugrunde gelegt werden.

Neben den Aktiengesellschaftsverträgen empfiehlt es sich, auch die Besteuerung der übrigen Gesellschaftsverträge auf das Reich zu übertragen. Insbesondere gilt dies von der gleichfalls finanziell erheblichen Besteuerung der Gesellschaftsverträge der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, da diese in immer bedeutenderem Maße an die Stelle von Aktiengesellschaften treten. Die Hebernahme des Landessteuernpels auf das Reich läßt es gerechtfertigt erscheinen, bei diesem Ansatze für die künftige Besteuerung mit 3 v. H. des Stammkapitals noch über die Höhe des Stempels hinauszugehen, der 3 v. H. in Preußen bisher von diesen Gesellschaften erhoben worden ist. Besonderer Anlaß hierzu dürfte insbesondere gegenüber den Grundstücksverwertungsgesellschaften gegeben sein, insofern sie reine Spekulationsgeschäfte treiben und bisher zum Teil lediglich zum Zwecke der Umgehung der Grundsteuernabgaben und der Grundsteuer gezeichnet worden sind. Für sie steht der Entwurf eines Stempels von 5 v. H. vor.

Die Begründung geht dann auf weitere Einzelheiten der Stempelabgabe ein und gibt den Wehrbeitrag aus der Besteuerung der Gesellschaftsverträge auf 28 Millionen Mark an.

Mit einem Beharrungsbeitrag von 36 Millionen Mark sollen die

Versicherungsüberträge

der Deckung des Bedarfs dienlich sein, indem für sie unter Aufhebung der einzelstaatlichen Stempelsteuer für das ganze Reichsgebiet und für das ganze Versicherungsgebiet eine einheitliche Regelung geschaffen wird. Die Steuererhebung erfolgt in Gestalt einer Stempelabgabe. Die Abgabe beträgt für jedes Jahr der Versicherungsdauer bei Feuerversicherungen beweglicher Gegenstände 1/10 v. T. unbeweglicher Gegenstände 1/20 v. T. der Versicherungssumme, bei Einbruchdiebstahl- und Haftversicherungen 1/10 v. T. der Versicherungssumme. Sie bemittelt sich bei Landtransportversicherungen auf 1/10 v. T., bei Seetransportversicherungen (entsprechend den bisherigen hamburgischen Sätzen) je nach der Höhe der Prämie für Reiseversicherungen auf 1/10 bis 1/20 v. T. und für Zeitversicherungen monatlich auf 1/10 v. T. der Versicherungssumme. Bei Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen soll 1 v. H. der gezahlten Prämie (Wartprämie) und bei sonstigen Versicherungen 1/2 v. H. dieses Betrages erhoben werden. Steuerpflichtig ist der Versicherungsnehmer, zu dessen Lasten die Abgabe von Versicherer zu entrichten ist. Befreit sind Rückversicherungen, Hagel-, Viehversicherungen, Feuerversicherungen unbeweglicher Gegenstände im Betrage bis zu 3000 M., Lebensversicherungen bis zu 2000 M., sonstige Versicherungen bis zu 1000 M., sowie die Sozialversicherung, die Versicherung von Bediensteten und Arbeitern gegen Todesfall oder Körperverletzung im Gewerbebetriebe, die Krankenversicherung, die Arbeitslosen- und Stellenlosigkeitsversicherung. . . Sowohl beim Gesellschaftsstempel wie beim Versicherungsstempel soll den Bundesstaaten für eine Uebergangszeit der Betrag ihrer bisherigen Durchschnittseinnahme aus diesem Stempel vergütet werden.

Erbrecht des Staates.

Neben der Erweiterung der Reichsstempelabgaben hat der Bundesrat endlich geglaubt, auf den im Jahre 1908 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über das Erbrecht des Staates zurückzutreten zu sollen, da bei scheinbarer Beibehaltung der Vorschriften berechnete Interessen hierdurch nicht verletzt werden. Der Entwurf hat nach neuerlichen Berechnungen allerdings auf nicht mehr als 15 Millionen Mark veranschlagt werden können.

Die Denkschrift über die Kosten der Wehrevorlage.

Ueber die Art, wie sich die Finanzen in den Jahren 1913 bis 1915 gestalten werden, ergibt eine Denkschrift, die die Regierung dem Entwurf eines Ergänzungsetats beifügt, folgenden. Sie lautet:

Die durch die Wehrevorlagen von 1911 und 1912 bedingten Mehrausgaben haben in den gegenwärtig erschlossenen Einnahmen des Reichs, insbesondere in Ueberschüssen aus Zöllen und Steuern, aus Post und Eisenbahnen unter Heranziehung eines Teiles des auf 240 131 174 M. sich beziffernden Ueberschusses des Jahres 1911 Deckung gefunden. Hierbei war vorausgesetzt, daß die Ermäßigung der Zucksteuer bis zum 1. Oktober 1913 hinausgeschoben würde. . . Von den aus dem Ueberschusse des Jahres 1911 für einmalige Ausgaben der Wehrevorlagen bereitgestellten Mitteln waren noch 240 131 174 Mark weniger 138 000 000 M. = 111 131 174 M. verfügbar geblieben, von denen 106 302 717 M. zur Abdeckung der Voranschläge der Reichsverwaltung für Vorausbeschaffungen sowie zur Vereinstellung von Bediensteten für die Marinebeschäftigungsdämmerung verwendet werden sollen. Mithin würden aus diesem Ueberschusse noch 4 738 457 M. zur Verfügung stehen.

Diese Mehrausgaben, die sich aus der neuen Wehrevorlage ergeben, beziffern sich für die Jahre 1913 bis 1915, in welchem letzteren Jahre die fortdauernden Ausgaben ihren Versorgungszustand erreichen werden, insgesamt auf

1291 Millionen Mark

und betreffen sich auf die einzelnen Jahre und nach fortdauernden und einmaligen Ausgaben wie folgt:

	Millionen Mark			
	1913	1914	1915	zusammen
Fortdauernde Ausgaben	54	153	180	387
Einmalige Ausgaben	435	285	178	898
Insgesamt	489	438	358	1291

Einzutreten die in Ausführung des Gesetzes, betreffend Änderungen im Finanzwesen, erwachsenden einmaligen Ausgaben für die Beschaffung eines außerordentlichen Silber- und Goldbestandes von je 120 Millionen Mark unter entsprechender Vermehrung der Reichsbanknoten zu 5 und zu 10 M. Diese Kosten betragen rund 55 750 000 M., wovon jedoch unter Verteilung auf mehrere Jahre 40 750 000 M. aus dem Ueberschusse im Rüngewesen bestritten werden sollen, so daß es noch der Aufbringung von 15 000 000 M. bedarf.

Zur Deckung der Mehrausgaben sollen dienen:

- der erhöhte Beitrag bestehender Zölle und Steuern — eine Ermäßigung des Grundstücksübertragungsstempels soll in dieser Zeit nicht eintreten —
- die Erhebung eines Stempels von Gesellschaftsverträgen und von Versicherungsaufstellungen,
- eine Erweiterung des Erbrechts des Staates,
- der noch verfügbare Restbetrag des Ueberschusses von 1911 sowie der zu erwartende Ueberschuss von 1912,
- die Erhebung eines Wehrbeitrages.

Zu a. Die Zölle, Steuern und Gebühren werden nach den Einnahmegergebnissen bis Ende Februar 1913 für das Rechnungsjahr 1912 voranschlägig eine Gesamteinnahme von rund 1672 Millionen Mark erbringen. Im Etatsentwurfe für 1913 sind rund 1642 Millionen Mark eingelegt. Danach würde der voranschlägliche Ertrag von 1912 den Staatsanlaß für 1913 um rund 30 Millionen Mark übersteigen. Die Mehreinnahmen sind hauptsächlich bei den

Zöllen, der Zigarettensteuer, der Leuchtmittelsteuer, den Stempelabgaben sowie bei der Zucksteuer zu erwarten. Erwägt man, daß diese fortgesetzt günstige Entwicklung trotz der durch die Weltmarktwirtschaft in weiten Erwerbskreisen hervorgerufenen längeren, zeitweise starken Deunruhigung und Unsicherheit erreicht wurde, so erscheint die Annahme vertretbar, daß im ganzen mit zunehmender Entspannung der politischen Lage keine wesentlichen Verschlechterungen in den für das Steueraufkommen maßgebenden Verhältnissen eintreten werden, wenn auch Verschiebungen bei einzelnen Zöllen und Steuern sich ergeben mögen. Von diesen Gesichtspunkten aus ist es anzunehmen, bei den Zöllen und Steuern für das Jahr 1913 gegenüber den Staatsanläßen mit einem Mehr von insgesamt 24 Millionen Mark, für die Jahre 1914 und 1915, abgesehen von der im wesentlichen auf der Bevölkerungszunahme beruhenden natürlichen Steigerung, über die bereits zur Deckung der Wehrevorlagen von 1912 verfügt worden ist, mit einem Mehr von je 16 Millionen Mark zu rechnen.

Zu b. Die Erhebung eines Stempels von Gesellschaftsverträgen und von Versicherungsaufstellungen läßt im Beharrungszustand einen Ertrag von 64 Millionen Mark erwarten. Den Bundesstaaten soll indessen für den Verzicht auf diesen Stempel eine Entschädigung gewährt werden, und zwar für die ersten drei Jahre in Höhe des ganzen aus dem bisherigen Landesstempel gewonnenen Ergebnisses, für die drei folgenden Jahre in Höhe der Hälfte des letzteren. Die volle Entschädigung der Bundesstaaten ist auf einen Jahresbetrag von 20 Millionen Mark zu veranschlagen. Da die Erhebung der Stempel vom 1. Oktober 1913 ab erfolgen soll, so würde das Reich

im Jahre 1913 mit einem Ertrage von 22 Millionen Mark (32—10), in den Jahren 1914 und 1915 mit einem solchen von je 44 Millionen Mark (64—20) zu rechnen haben.

Zu c. Das Gesetz über das Erbrecht des Staates läßt für das Reich einen Jahresertrag von 15 Millionen Mark erwarten, der indessen für das Jahr 1913 nur auf 5 Millionen Mark veranschlagt werden kann.

Zu d. Der verfügbare Rest des Ueberschusses von 1911 beziffert sich, wie bereits oben angegeben, auf 4 738 457 M.; der Ueberschuss des Jahres 1912 kann auf 75 Millionen Mark veranschlagt werden, von denen rund 7 Millionen Mark auf die Verwaltung der Reichseisenbahnen, etwa 58 Millionen Mark auf Zölle und Steuern und 10 Millionen Mark auf die Einnahmen aus dem Bankwesen entfallen. Sonstige Mehreinnahmen werden im allgemeinen durch Mehrausgaben ausgewogen werden.

Zu e. Der Wehrbeitrag, der nach dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1913 veranlagt wird, soll in zwei Jahresraten erhoben werden. Der Gesamtertrag ist auf 975 bis 1000 Millionen Mark veranschlagt. Wie hoch der im Jahre 1913 eingehende Betrag sich beziffern wird, kann mit Sicherheit nicht angegeben werden. Das Steuerergebnis wird voraussichtlich hauptsächlich dem Jahre 1914 zugute kommen; Restbeiträge werden sich auch nach auf die Jahre 1915 und 1916 verteilen.

Es sei hier bemerkt, daß im Jahre 1916 die Einnahmen aus den beiden Stempelabgaben etwa 49 Millionen Mark (64—10—5), im Jahre 1917 etwa 54 Millionen Mark (64—10) betragen werden. Ferner sollen vom 1. April 1916 ab nach den §§ 1 und 2 des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Änderungen im Finanzwesen, die Bundesstaaten außer den von ihnen nach Artikel 70 der Reichsverfassung aufzubringenden Matrikularbeiträgen zu den gemeinschaftlichen Ausgaben des Reichs Beiträge entrichten, die mit 1,25 M. für den Kopf der gegenwärtigen Bevölkerung ein Jahresergebnis von rund 80 Millionen Mark bringen werden. Zieht man ferner die Einnahmen aus der Erweiterung des Erbrechts des Staates mit einem Jahresertrage von 15 Millionen Mark sowie die Steigerung der bestehenden Zölle und Steuern mit einem gleichem Betrage, wie in den Jahren 1914 und 1915, mit 16 Millionen Mark in Betracht, so würden in den späteren Jahren bei unveränderter Beibehaltung der Zucksteuer und des Zuschlags zur Grundsteuerabgabe die fortdauernden Ausgaben der Wehrevorlagen mehr als gedeckt sein. Die Beibehaltung ist daher nur bis Ende 1917 in Aussicht genommen, zu welchem letzteren Zeitpunkt die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben für den Versorgungszustand des genaueren zu übersehen sein wird.

Hiernach würde sich die Deckung der Kosten der Wehrevorlagen in den Jahren 1913 bis 1915 etwa wie folgt gestalten:

A. Fortdauernde Ausgaben.

1913.
Bedarf: 54 Millionen Mark, Deckung: 51 Millionen Mark (24 + 22 + 5), mithin ungedeckt: 3 Millionen Mark.

1914.
Bedarf: 153 Millionen Mark, Deckung: 90 Millionen Mark (10 + 44 + 15 + 15), letztere aus Aufrechterhaltung des Grundstücksübertragungsstempels in jetziger Höhe, mithin ungedeckt: 63 Millionen Mark.

1915.
Bedarf: 186 Millionen Mark, Deckung: 65 Millionen Mark (16 + 44 + 15 + 20), letztere aus Aufrechterhaltung des Grundstücksübertragungsstempels in jetziger Höhe, mithin ungedeckt: 91 Millionen Mark.

Im ganzen stellen sich für die Jahre 1913 bis 1915 die an der Deckung der fortdauernden Ausgaben der Wehrevorlagen fehlenden Beträge auf 157 Millionen Mark.

Nach obigen kommt diesen ungedeckten 157 Millionen Mark vom Standpunkte der Finanzwirtschaft aus nur die Bedeutung einmaliger und vorübergehender Fehlbeträge zu. Es ist daher gerechtfertigt, sie wie die einmaligen Ausgaben der Wehrevorlagen zu behandeln und zu ihrer Deckung den Wehrbeitrag mit heranzuziehen.

B. Einmalige Ausgaben.

Die einmaligen Ausgaben der Wehrevorlage beziffern sich einschließlich der bei den fortdauernden Ausgaben ungedeckten Beträge auf 1 055 Millionen Mark. Für deren Deckung sind aus dem Ueberschusse von 1912 bei Kapitel 21 Titel 8 (Etat der allgemeinen Finanzverwaltung) rund 65 Millionen Mark bereitgestellt. Mithin bleiben noch 990 Millionen Mark aus dem Wehrbeiträge zu beden, der im ganzen auf 975 bis 1000 Millionen Mark zu veranschlagen ist. Für das Rechnungsjahr 1913 ist der erforderliche Betrag mit 373,9 Millionen Mark (485,3 + 8,3 — 64,7) voll eingesetzt. Etwa verbleibende Einnahmehülsen würden lässlich vermittels des Schatzamtsausweises auszugleichen sein.

Die auf 15 Millionen Mark sich beziffernden Kosten für die Beschaffung des Silber- und Goldbestandes sollen mit 4 738 457 Mark aus dem noch verfügbaren Reste des Ueberschusses von 1911, mit 10 261 543 M. aus dem Ueberschusse von 1912 aufgebracht werden, der unter Berücksichtigung obiger rund 65 Millionen Mark in vollem Umfang zur Verfügung gestellt wird.

Aus der Partei.

Gemeindeväthliche.

Bei der Gemeindevorstandswahl in Hartau, Kreis Waldenburg, eroberten unsere Genossen von vier zur Wahl stehenden Mandaten aus allen drei Klassen in jeder Klasse je ein Mandat. Das zweite Mandat in der ersten Klasse behauptete ein bürgerlicher Kandidat nur noch mit Ach und Krach.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Hausfriedensbruch, begangen durch Niederlegen einer roten Kransschleife.

Zu einer ganz eigenartigen Rechtsauffassung ist das Schöffengericht Lawitzsch und die Strafkammer Lissa in Wosien in einem Prozeß gegen den Genossen Rothe aus Lawitzsch gekommen. Im Herbst vorigen Jahres starb dort ein braver Genosse, der innerlich mit der Kirche schon längst gebrochen hatte, aber nicht den Mut hatte, auch die Konsequenzen zu ziehen. Auf Wunsch der Hinter-

bliebenen war bei der Beerdigung der Ortsgemeinliche Pastor Metke anwesend. Dieser nahm Anstoß an dem vom Wahlverein getrimmten Kranz mit roter Kransschleife. Im Auseinanderlegen am offenen Grabe zu vermeiden, blieben die Genossen dem Begräbnis fern, legten aber später, als niemand mehr bei dem Grabe des Verstorbenen weilte, den Kranz dort nieder. Aber auch diese letzte Ehrung des Toten fand nicht den Beifall des Pastors Metke, der in Gemeinschaft mit seiner ansehend ebenso unzulässigen Frau die rote Schleife vom Grabe „entfernte“, wie der Staatsanwalt in Lissa das Wegnehmen der roten Schleife bezeichnete. Aber auch damit war die Latenluft des Herrn Pastors gegen die sozial- und kirchensogefährliche rote Schleife noch nicht gestillt. Er stellte Strafantrag gegen den Kranzträger, Genossen Rothe, wegen Hausfriedensbruch auf dem Kirchhof, begangen durch das Niederlegen des Kranzes mit der roten Schleife. In der Betätigung dieser Art Heißhunger nach Rache wollten auch die Mitglieder des Gemeindekirchenrates nicht zurückstehen und erstatteten fünf Wochen später die gleiche Anzeige gegen Rothe. Tatsächlich kam auch das Schöffengericht zu der Ansicht, daß Rothe Hausfriedensbruch auf dem Kirchhof durch das Niederlegen des Kranzes mit der roten Schleife begangen habe und verurteilte ihn zu 20 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hielt den Hausfriedensbruch sogar für einen so außerordentlich schweren, daß er denselben mit zwei Monaten Gefängnis gesühnt wissen wollte. Auch die Strafkammer in Lissa konnte „nach Lage der Dinge“ zu keiner anderen Auffassung kommen und bestätigte das Urteil der ersten Instanz.

Jetzt soll nun das Reichsgericht darüber entscheiden, ob es Hausfriedensbruch ist, wenn gegen den Willen eines Geistlichen nach Schluß der Beerdigung ein Kranz mit roter Schleife niedergelegt wird. Auf alle Fälle ist das Urteil gegen Rothe dazu angetan, wieder vielen die Augen über die Indulgenzpolitik unserer Kirche und deren Vertreter zu öffnen. Keinem Proletarier aber möchten wir raten, Kransschleifen, an denen er mit Recht Anstoß nehmen könnte, von Gräbern Verstorbener zu „entfernen“, wie der Staatsanwalt in Lissa die Wegnahme der roten Kransschleife durch den Pastor Metke bezeichnete. Bei ihm würde es zweifellos ganz anders bezeichnet werden.

Zur politischen Meineidsaffäre in Waldenburg

wird von unserem dortigen Parteiblatt mitgeteilt, daß das Kantonsangebot für die drei inhaftierten Genossen in Höhe von 30 000 M. vom Amtsgericht in Waldenburg wie vom Landgericht in Schwetznitz abgelehnt worden ist. Die Haft bleibt wegen Kollisionsgefahr aufrechterhalten. Die drei Genossen sind auch bereits aus dem Waldenburger Gerichtsgefängnis nach der Strafanstalt in Schwetznitz übergeführt worden, wo der Prozeß jedenfalls Anfang Mai zur Verhandlung kommen wird. Nähere Details über den Kern der Anklage sind noch immer nicht anzugeben. Größere Sicherheit besteht nur in bezug auf die eine Annahme, daß sich das ganze hochhatpeinliche Verfahren auf die Denunziationen eines Angestellten, der aus dem Betriebe unseres Waldenburger Parteiganges, der „Schleifchen Vergewalt“, entlassen wurde, aufbaut.

Jugendbewegung.

Wandervogel gegen Pfadfinder.

In unserer Nummer vom 26. März brachten wir eine Notiz, in der von dem wüsten Treiben der Wandervogel oder Pfadfinder in der Nähe des Scharmüggeldes berichtet wurde. Hierzu wird uns von einem Wandervogel geschrieben, daß der in der Notiz erwähnte Vorwurf sich kaum gegen die Wandervogel richten könne, denn deren Fahrten erfolgten stets unter Leitung älterer Führer und haben nur den Naturgenuss zum Zweck. Beim Pfadfinden und Abfuchen werde grundsätzlich die strengste Ordnung gewahrt; es würden nur abgefahrene Wege benutzt und alle Lagerüberreste vergraben. Ueber die Pfadfinder aber, diese Keimtruppe des Jungdeutschlandbundes, schreibt der Wandervogel:

„Offen herausgelagt, trauen wir es diesen Leuten, worunter sich 8—10jährige Jungen befinden, eher zu, als sonst einer Vereinigung, ob Turn-, Sport- oder Wanderverein.“

Gerade diese kleinen Kerle haufen wie Wandalen. Wozu haben sie denn auch ihre Beile und Messer? Geliebt haben sich die Pfadfinder übrigens bei den Wandervögeln ebensowenig gemacht, wie anderweitig.“

Die sozialdemokratische Jugendorganisation in der Schweiz.

Während den Osterferien fand in Zürich der schweizerische Jungdeutschlandtag statt, zu dem 10 Sektionen der sozialdemokratischen Jugendorganisationen 52 Delegierte entsandt hatten, wozu noch die Vertreter von 52 Kollektivmitgliedern (Vereinen usw.) und 42 Gäste kamen. Mit der gleichzeitig in Drefst stattgefundenen Delegiertenkonferenz der sozialdemokratischen Jugendorganisationen Frankreichs wurden Begrüßungsdelegierte geschickt. Dem Vorsitz des in Zürich domizilierten Zentralkomitees ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl von 438 auf 783 gestiegen ist und daß es in den Sektionen mit rührigen und intelligenen Vorständen recht gut steht, während es in solchen Sektionen, in denen diese Voraussetzungen fehlen, nicht befriedigend aussieht. Der Zentralpräsident Genosse Meyer besprach die verschiedenen wichtigen Aufgaben der sozialdemokratischen Jugendorganisation, wobei er auch die Notwendigkeit deren unbedingter Selbständigkeit betonte. Die Einnahmen der Zentralkasse betragen im verfloffenen Jahre 3670 Fr., die Ausgaben 3470 Fr., der Vermögensbestand beläuft sich auf 1135 Fr. Von der „Freien Jugend“, dem Organ der sozialdemokratischen Jugendorganisation, das monatlich erscheint, wurden im Jahre 1912 42 500 Exemplare abgesetzt. Die Statutenberatung brachte die Rennerung, daß Mitglieder, die das 20. Altersjahr erreicht haben, nur beratende Stimme besitzen und gehalten sein sollen, der Partei beizutreten. Beschlossen wurde ferner die Herausgabe eines Jugendkalenders und gegenseitige Vertretung des Zentralvorstandes und des Zentralbildungsausschusses in ihren beiderseitigen Sitzungen. Für die Schaffung eines eidgenössischen Lehrlingsgesetzes soll Propaganda gemacht werden.

Aus Industrie und Handel.

Zusammenschluß der Berliner Steindruckereibesitzer.

Kürzlich wurde der Verein der Berliner Steindruckereibesitzer „Groß-Berlin“ gegründet, dem schon eine große Anzahl Steindruckereibesitzer als Mitglieder angetrat. Zweck und Ziel, die der Verein verfolgt, gehen aus einem Rundschreiben hervor, das der geschäftsführende Ausschuss an die Firmen Groß-Berlins versandte. Hier wird mitgeteilt, daß eine große Anzahl Steindruckereibesitzer zusammengetreten seien, um gemeinschaftlich darüber zu beraten, wie der schon recht lange bestehenden traurigen Lage des Steindruckereibetriebs abzuwehren sei. Die Gründe für den Niedergang des Gewerbes seien zunächst in solchen Umständen zu suchen, an deren Vorkommen die Steindruckerei kein Verschulden hätte, wie z. B. in unserer unglückseligen Kollisionsgehung und in den von Amerika angerichteten Zollstrafen, dann aber auch in solchen Umständen, die die Steindruckereibesitzer auf ihr eigenes Schuldkonto suchen müßten. Denn man glaubt mit Recht behaupten zu können, daß viele Steindruckereibesitzer nicht richtig zu kalkulieren verstanden. Es soll nun eine Aufklärungsarbeit einsehen, die den Steindruckereibesitzern Uebung im kalkulieren verschafft, weshalb Kalkulationshefte eingerichtet werden sollen. Der Zusammenschluß soll ferner den Zweck haben, Steindruckern das Handwerk zu legen. Es soll ferner erreicht werden, daß der Fabrikant zu unterscheiden lernt, welchen Teil des Aufwandes er der größeren Nationalität seines Betriebes zuschreiben darf. Dahin gehören z. B. die größere Leistungsfähigkeit der Rotationsmaschinen, die Vorteile, die sich aus der Verwendung von Maschinen größerer Formate ergeben, die Erparnisse, die sich durch gleichzeitigen Druck mehrerer Farben er-

zielen lassen usw. Die Vereinigung würde auch in der Lage sein, ihren Mitgliedern stets die Namen unsicherer Besteller aufgeben zu können. Endlich solle auch die Vereinigung versuchen, die Normen für einen Preistarif im Steinbruchgewerbe aufzustellen, wie ein solcher sich bei dem Schiefergewerbe, der Buchdruckerei, bewährt habe.

Der Allgemeine Deutsche Mietversicherungsverein, der Hausbesitzer gegen Mietausfälle für leerstehende Wohnungen versichert, wurde in einer geistigen Mitgliederversammlung auf Antrag des Kaiserlichen Aufsehendams für Privatversicherung aufgelöst. Die Liquidation wird nötig, weil das verfloßene zweite Geschäftsjahr mit einem Fehlbetrag von fast 1 Million Mark abschließt, der sich im laufenden Jahre noch erhöhen könne. Er ist verursacht worden durch eine verfehlte und viel zu kostspielige Organisation. Ungünstige Prämientarife und hohe Verwaltungsausgaben haben die Gesellschaft so erheblich belastet. Allein 111 000 M. sind verlorengegangen, weil die Fiskalbeamten die Prämien an die Gesellschaft nicht abführten. Gegen Gründer, frühere Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder werden Haftungsansprüche geltend gemacht.

Die Meierei G. Volke Aktien-Gesellschaft erhöht ihre Dividende von 8 auf 9 Proz.; der Reingewinn beträgt 552 000 M. Ueber das Geschäft im laufenden Jahre berichtet der Vorstand in der Generalversammlung, daß der Sommer 1912 reichlich Futter brachte und auch die Nachwirkungen der Maul- und Klauenseuche von 1911 sich heute immer weniger fühlbar machten. Man dürfe daher annehmen, daß die schon eingetretene reichere Milchproduktion weiter fortschreite. — Von einer in Aussicht stehenden Preisermäßigung für die Konsumenten sagte der Vorstand nichts, trotzdem die Einkaufspreise für die Gesellschaft geringer werden.

Hus aller Welt.

Die Ueberschwemmungen in Nordamerika.

Die neuesten Nachrichten aus dem Ueberschwemmungsgebiet lassen erkennen, daß die Flut ihren Höhepunkt überschritten hat und das Hochwasser ganz erheblich zurückgegangen ist. In der Stadt Dayton, die wohl am schwersten durch die Katastrophe betroffen wurde, ist das Wasser so stark gefallen, daß die Bewohner, die durch die Ueberschwemmung im Geschäftsviertel abgeschnitten waren, sich ohne Hilfe nach den höher gelegenen Vorstädten retten konnten. Die Verluststiffern an Menschenleben sind etwas niedriger, als in der allgemeinen Verwirrung angenommen wurde. Zahlreiche Personen, die man als verloren gebucht hatte, sind den Naturelementen entronnen. Bedrohliche Nachrichten langten in New York aus dem Hudson-Gebiet an. Das Hochwasser des Stromes steht höher, als während des großen Hochwassers im Jahre 1857; der tiefer gelegene Teil von Albany steht unter Wasser. Die direkte Bahnverbindung nach dem Orte ist unterbrochen. Zahlreiche kleinere Ortschaften stehen gleichfalls unter Wasser.

Die Ueberschwemmung erstreckt sich auf die sieben Staaten Ohio, Indiana, West-Virginia, Pennsylvania, New York, Kentucky und Illinois. Eine große Gefahr droht der Bevölkerung des Ueberschwemmungsgebietes aus der Verpestung der Flußläufe und des umliegenden Landes. Bereits jetzt ist eine Anzahl Menschen von Krankheiten befallen worden, die ihre Entstehung in der Verpestung finden. Der Schaden der Bahnen wird auf 25 Millionen Dollar geschätzt. Der Gouverneur von Ohio erklärte, die Ver-

luste des Staates wären größer als beim Erdbeben in San Francisco.

Neue Untaten Sternidels.

Die Ueberzeugung, daß mit den bisher von Sternidel bekannt gewordenen Gewalttaten dessen Schuldkonto noch lange nicht erschöpft ist, gewinnt immer mehr Boden. Höchst wahrscheinlich ist es, daß Sternidel mit dem in den Jahren 1909 und 1910 in der Liegnitzer Gegend aufgetretenen Heuhändler Winkler, auf dessen Untweien verschiedene Kapitalverbrechen zurückzuführen sind, identisch ist. Auf Veranlassung der Liegnitzer Staatsanwaltschaft wurden in Frankfurt a. O. 23 Zeugen aus der Liegnitzer und Girsberger Gegend Sternidel gegenübergestellt, um seine Identität mit dem Heuhändler zu erkunden.

In der Zeit, in der der angebliche Heuhändler die Gegend heimsuchte, wurde dort eine ganze Reihe von Einbruchsdiebstählen verübt. Dann kam am 16. März 1909 ein Raubmord an einer Frau Krause in Petersgrund und am 31. Dezember 1910 an dem Häusler Knüttig in Pombfen im Kreise Jauer. Noch in derselben Nacht wurden während des Silvester-gottesdienstes in der Nachbarschaft der Nordstraße mehrere Einbrüche verübt. Die damals eingeleiteten Ermittlungen ergaben, daß in allen Fällen vorher am Tatort ein fremder Händler aufgetreten war. Alle Nachforschungen nach diesem Händler, der nach dem letzten Mord plötzlich aus der dortigen Gegend verschwunden war, blieben erfolglos. Der Verdacht, daß Sternidel mit dem Heuhändler identisch sei, verdichtete sich, als eine Anzahl Bewohner der Gegend, denen die Photographie Sternidels vorgelegt wurde, ihn als den gesuchten Heuhändler wiedererkennen wollten. Bei der Gegenüberstellung mit Sternidel erkannten 22 der Zeugen ihn sofort und mit aller Bestimmtheit als den lang gesuchten „Heuhändler“, der zwei Jahre lang der Schrecken ihrer Gegend war, wieder. Ein besonderes Kennzeichen war, wie die Schleißer sich ausdrückten, der „neckische“ Blick Sternidels. Schon damals war den Leuten der sonderbare Blick des „Heuhändlers“ aufgefallen und bei seiner Beschreibung besonders darauf hingewiesen. Obwohl es hiernach sehr wahrscheinlich ist, daß Sternidel mit dem „Heuhändler Winkler“ identisch ist, streitet Sternidel bisher noch.

Tödliche Fliegerabstürze.

Nach einem Schauluge in Tokio vor den Mitgliedern des japanischen Parlaments, an dem ein Parseballuffschiff und vier Flugzeuge teilnahmen, stürzte am Donnerstag bei der Fahrt zu den Schuppen ein Blériotapparat aus einer Höhe von tausend Fuß ab. Die beiden Insassen, die Leutnants Tokuda und Kimura, wurden getötet. Auch das Parseballuffschiff erlitt eine Beschädigung; es wurde aber niemand dabei verletzt.

Der französische Fliegerleutnant Bressard stürzte Donnerstag früh in Verdun infolge einer Motor-explosion aus 800 Meter Höhe ab. Er war sofort tot.

Die Greuel des Bürgerkrieges.

Aus Mexiko wird gemeldet, daß General Cepeda, ein Freund des Präsidenten Huerta, am Donnerstag mit seinen Soldaten vor dem Staatsgefängnis erschien und verlangte, daß ihm die drei dort internierten Gouverneure, die als Anhänger Maderos ihrer Aburteilung entgegenstehen, sofort ausgeliefert würden, da sie erschossen werden sollten. Der Gefängnisdirektor weigerte sich, diesem Befehl nachzukommen. General Cepeda ließ ihn deshalb von seinen Soldaten ergreifen und

in dasselbe Gefängnis werfen, dessen Direktor er war. Dann ließ General Cepeda die Pforte, in der sich der Gouverneur Hernandez befand, aufbrechen. Der Gefangene wurde in den Gefängnishof gebracht und nachdem ihm die Augen verbunden waren, erschossen. Die Leiche des unglücklichen Gouverneurs wurde darauf verbrannt. Der Minister des Innern war telephonisch von der Greuelthat in Kenntnis gesetzt worden, kam aber zu spät, um sie zu verhindern. General Cepeda ist verhaftet worden. Man behauptet, daß er den Befehl zur Erschießung des Gouverneurs Hernandez im Zustand sinnloser Trunkenheit gegeben hat.

Kleine Notizen.

Eiserhüttdrama in Hamburg. Der Arbeiter Laedel aus der Rüggenlampstraße in Hamburg durchschritt Freitag früh nach einer Eiserhüttdrahtseiner Ehefrau die Küche mit einem Rasiermesser. Der Tod der Frau trat sofort ein; Laedel stellte sich selbst der Polizei.

Selbstmord eines bankrotten Banquier. Wie aus München gemeldet wird, ist in Rappenheim das Bankgeschäft M. Haagen finanziell zusammengebrochen. Der Inhaber des Geschäfts, der abgeordnete Haagen, hat sich in Starnberger See ertränkt. Die Schuldenlast des Bankhauses soll bedeutend sein.

Schwerer Unfall auf einem Schlepptanker. Wie aus Vorient gemeldet wird, geriet auf dem Schlepptanker der französischen Kriegsflotte „Atlas“, der den Küstenpanzer „Tonnerre“ und sechs Zielweiden nach Duiboron bringen sollte, ein Stahlkabel, das vier auf Deck befindliche Obermate mit solcher Gewalt traf, daß zwei auf der Stelle tot waren und die beiden anderen schwer verletzt wurden.

Die gefenterte Fähre. In der galizischen Ortschaft Subica wurde eine mit 30 Personen besetzte Fähre, die über den Wholocfluß überlegen wollte, in der Mitte des Flusses umgekippt. Alle 30 Personen stürzten in die hochgehende Flut. 17 Bauern und 5 Bäuerinnen ertranken.

Ein Unteroffizier von einem Wachtmeister erschossen. In Budapest hat der Wachtmeisterwachmeister Baga den Husarenunteroffizier Rudolf Reyer mit seinem Dienstgewehr erschossen, weil derselbe von Reyer mit dem Säbel bedroht wurde.

Schwerer Unfall in einem Kalibergwerk. Auf dem im Abteufen begriffenen Schacht 2 des Kalibergwerkes Hansa — Silberberg in Empelde — erfolgte Freitag nachmittags ein Lawgenbruch. In der Tiefe von 132 Metern. Von der Belegschaft von 14 Mann liegen 2 Mann tot im Schacht, während die übrigen, von denen 4 verletzt wurden, gerettet werden konnten. Der Schacht steht unter Wasser.

Eisenbahnunglück in London. Auf dem Marblebone-Bahnhof sind zweizüge zusammengestoßen. Eine Person wurde getötet, vierzehn verletzt.

Holgenswäre Dynamitexplosion. In einem Dynamitwerk in Bissea (Grafschaft Essex in England) ereignete sich eine Explosion. Drei Personen wurden getötet und viele verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, von vier bis sechs — Samstag — wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Schluß und eine Zeit als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenidentifizierung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen erage man in der Sprechstunde vor.

Bruno 25. In der Angelegenheit läßt sich u. G. nichts mehr tun. — G. W. Wir verweisen auf den Artikel „Sinnerfragen“ in der Nummer des „Vorwärts“ vom 18. d. Mts. — H. S. 41. Nein. — W. 1. Ja, die Hälfte des Beitrages. 2. Unvollständiger Versicherungsschutz ist der Betreffende u. G. nicht. Es empfiehlt sich jedoch Weltversicherung. — Abonnent Lindenstraße. 1. Der Reingewinn ist von den Geschäftshältern nicht besonders zu veröffentlichen. Jedoch rechnet die Dividende zum hundertprozentigen Einkommen. 2. Nur mit seiner Stammeinlage.

Zimm Tisch = Umfassung

Dauer vom 29. März bis 7. April

Besonders billige Ausnahmepreise

- Manchester-Anzüge Qualität I für 3-8 Jahre Nur ein Preis **4.75**
- Sport-Anzüge aus sehr haltbaren Stoffen für 3-8 Jahre Nur ein Preis **4.20**
- Sport-Anzüge aus schön gemustert. Stoffen für 3-8 Jahre Nur ein Preis **5.70**
- Schul-Anzüge Sportfason, in verschiedenen Stoffen, für 6-8 Jahre Nur ein Preis **7.50**
- Prinz-Heinrich-Anzüge aus Stoffresten gearbeitet, für 3-8 Jahre ... Nur ein Preis **7.50**
- Knaben-Hosen aus Resten gearbeitet für 3-8 Jahre Nur ein Preis **1.35**
- Schul-Hosen aus Resten gearbeitet für 8-14 Jahre Nur ein Preis **1.85**

Hervorragend schöne Modelle und Reisemuster für Knaben bis zum Alter von 15 Jahren

Sport-Anzüge, Norfolk-Anzüge, Prinz-Heinrich-Anzüge, Blusen-Anzüge, Schul-Anzüge, Baby-Anzüge, Paletots, Sport-Ulster u. Pyjacks

in Stoffe und Verarbeitung zu erstaunlich billigen Preisen

- PrinzHeinrich-Anzüge blau Kammgarnart, Jacke u. Hose, gefüt., für 3-8 Jahre Nur ein Preis **7.50**
- Schul-Anzüge blaue Kammgarnart, offen u. hochgeschlossen, mit Ueberkragen, für 6-8 Jahre . Nur ein Preis **6.25**
- Blusen-Anzüge Nur ein Preis **9.50** 7-10 Jahre **11.50**
- Pyjacks blauer Cheviot, Aermel mit Stickerel für 2-8 Jahre Nur ein Preis **3.95**
- Jackett-Anzüge aus verschied. Stoffen für 8-11 Jahre Nur ein Preis **7.25**
- Jackett-Anzüge gemusterte Stoffe, in vielen Farben für 8-14 Jahre Nur ein Preis **10.50**
- Loden-Pelerinen für Knaben und Mädchen 70, 80, 90 cm lang Nur ein Preis **4.10**

Bestellungen nach außerhalb werden prompt ausgeführt. Von 20 Mark an franko. Angabe d. Alters erforderlich

BaerSohn

Wäsche, Hüte, Mützen, Sweater, Sporthemden und Gürtel für Knaben und junge Herren

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 BERLIN 11-Brückenstraße 11
Gc. Frankfurter Straße 20 Regt. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10



Sonntag von 12-2 geöffnet

Nachdruck verboten



Der neueste reichillustrierte Haupt-Katalog Nr. 47 (Letzte Moden) kostenlos u. portofrei

Kinder-Schnürstiefel

braun oder schwarz

23-24 25-26 27-30 31-35

3.50 3.95 4.90 5.75

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Allianzstrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Preiswert zum Schulanfang

Verkauf nicht an Wiederverkäufer

Soweit Vorrat

Rindleder-Spalt-Tornister

für Knaben oder Mädchen

3.45

Schreibhefte 20 Blatt stark, mit blauem oder buntem Deckel und Läscheblättern Dtz. **60 Pf.**

Lack-Diarium 40 Blatt stark **16 Pf.**

Schulfedern imitiert grau Perry, 3 Dtzd. **15 Pf.**

Schulfedern 00 12 Dtz. **65 Pf.**

Umschlagpapier 25 Bogen **8 Pf.**

Schul-Etuis 25, 45, 75 Pf.

Schulbleistifte Dtz. **20 Pf.**

Frühstückstaschen zum Umhängen **48, 95, 1.25**

Schüler-Hosen aus blauem od. farbig. haltbaren Stoffen, für das Alter bis 14 Jahre, durchweg **1.85**



Schülerpult mit verstellbarer Bank **12.75**

Bleistifte Schwan **7 Pf.**

Bleistifte Faber-Dessin **6 Pf.**

Radiergummi Blitz **5 Pf.**

Federbüchsen **4, 6 Pf.**

Tintenwischer **4, 8 Pf.**

Bleianspitzer 10, 20, 45 Pf.

Bleihülsen 3 Stück **10 Pf.**

Buntstifte ... Karton **10, 20 Pf.**

Oktav-Hefte **3, 5 Pf.**

Ordnungsmappen **25 bis 75 Pf.**

Manchester-Hosen haltbare Qualität, für das Alter bis 9 Jahre durchweg **1.65**

Tornister

für Knaben

95
2.10 2.65

für Mädchen

1.45
2.25 2.65

Schul-Anzüge aus haltbaren Stoffen, in vielen Farben, für das Alter bis 9 Jahre durchweg **3.95**

3.95

Schüler-Pelerinen aus Lodenstoff, mit abknöpfbarer Kapuze und langen Tragbändern, bis 9 Jahre **4.85** bis **5.35**

4.85 bis **5.35**

Knaben-Paletots aus blauem Cheviot oder farbigen Stoffen, für das Alter bis 9 Jahre ... durchweg **3.85**

3.85

Kaffee

1/2-Pfund-Paket

65, 70, 75 Pf.

Billige Lebensmittel

Kakao

Pfund **65, 95 Pf.**

Nicht am Spittelmarkt.

Die mit einem * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen.

* **Spisekartoffeln** **10 Pfund 28 Pf.**

* **Zwiebeln** **5 Pfund 10 Pf.**

Blutapfelsteinen Dutzend **25, 35 Pf.**

* **Eier frische** **75, 95 Pf.**
Mandel

* **Frisches Fleisch**

in guten Qualitäten zu billigen Preisen

Suppenfleisch Pfund **65 Pf.**

Kalbskamm oder **Brust** Pfund **75 Pf.**

Rückenfett oder **Liesen** Pfund **65 Pf.**

Cervelat- od. Salamiwurst Pfund **1.35**

Schweizer Käse Pfund **85 Pf.**

Holländer od. Tilsiter Käse Pfund **85 Pf.**

* **Kassler** Pfund **90 Pf.**

Verkaufsstelle für Abonnementsmarken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft

Photographin
F. Fuß

Umsonst

gebe ich jedem

von Sonntag, 30. März,

bis Sonntag, 19. April inkl.

eine

Bromsilber-Vergrößerung

Schwarzmalerei

Größe 42 x 50 cm mit eleganter Aufmachung, der

sich in dieser Zeit eine Matt-Aufnahme bestellt.

12 Visit von **1⁸⁰** an **12 Kabinett** von **4⁸⁰** an

Gruppen-, Kinder- und Matt-Bilder entsprechend billig.

!!! Man achte genau auf die Größe u. Ausführung meiner Gratisbilder !!!

Geöffnet von 9-7 Uhr.

Meine Filialen sind nur:

Berlin
Friedrichstraße 108
Ecke Johannisstraße
Friedrichstraße 138
vis-à-vis Kom. Oper (Fahrstuhl)
Königstraße 20-21
(Fahrstuhl) neben Gumpert
Rosenthaler Str. 72a
Rosenthaler Platz
Reinickendorfer Str. 4
am Weddingplatz

Schöneberg
Hauptstraße 19 (Fahrstuhl)

Neukölln
Bergstraße 151-152
in der Passage Fahrstuhl.

Im eigenen Interesse bitte genau auf Straße und Hausnummer zu achten!



Siems Kraftfleisch

muß jede sparsame Hausfrau kaufen.

Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,

hergestellt aus garantiert prima frischem Rindfleisch. Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.

alleiniger Fabrikant
J. G. Siems, Holl.,
Apen i. Oldbg.

Lt. Analyse des Herrn Dr. A. Langfurth, beeidigter Gerichts-Chemiker, enthält

„Siems Kraftfleisch“

alle natürlichen Bestandteile des rohen Fleisches, überragt letzteres an Nährwert und ist leicht und fast restlos verdaulich!

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Der 21. Parteitag der Independent Labour Party.

Manchester, 24. März. (Fig. Ver.) Erster Tag (Fortsetzung).

Im weiteren Verlauf der Debatte über den Vorstandsbericht kam auch der Fall Lansbury zur Sprache. Lansbury legte vor einigen Monaten sein Mandat nieder, ohne den Parteivorstand der I. L. P. zu benachrichtigen. Er ließ sich darauf von der Mitgliedschaft in Bow und Bromley wieder als Kandidat aufstellen und verlor sein Mandat. Von verschiedenen Seiten wurde geltend gemacht, die Handlungsweise Lansburys den Organisationen der Partei in den benachbarten Kreisen viel Schaden zugefügt habe, daß Lansbury in seinem Wahlkampf die Hilfe antisozialistischer Liberalen angenommen. Nach der Annahme des Vorstandsberichts wurde der Bericht der sieben parlamentarischen Vertreter der I. L. P. diskutiert. Burgess (Bradford) bezeichnete ihn als ein entscheidendes Dokument. Er vermißte in der Tätigkeit der Parlamentarier den sozialistischen Ton. Genosse Snowden habe vor wenigen Tagen eine glänzende sozialistische Rede gehalten, die im Lande einen großen Eindruck hervorgerufen habe. Der Gemeinderat Palm sprach dagegen, daß man die Parlamentariermitglieder zu scharf kritisiere; die Vertreter der I. L. P. seien stets ihren Prinzipien treu geblieben, und auch die Parlamentarier, die der I. L. P. nicht angehörten, müßten nachsichtig beurteilt werden; denn sie seien, was man immer gegen sie sagen könnte, der Arbeiterchaft im Lande weit voraus. Anstatt zu kritisieren, sollten die Mitglieder energischer in den Reihen der Gewerkschaften agieren. Ein Fortschritt in den Ansichten der Gewerkschaftler würde sich bald in den Ansichten ihrer parlamentarischen Vertreter bemerkbar machen. Der parlamentarische Bericht wurde einstimmig angenommen.

Die Frage des Verhältnisses der I. L. P. zur Labour Party gab Anlaß zu einer lebhaften Diskussion. Die Mitgliedschaft der City of London hatte eine Resolution vorgeschlagen, in der die Aufrechterhaltung des politischen Bündnisses mit den Gewerkschaften beibehalten wurde; weiter aber ließ es in der Resolution, daß die Arbeiterpartei im Parlament bei der Beratung von Angelegenheiten, die für die Arbeiterklasse von höchstem Interesse seien, wenig Originalität verzeihe und die sich ihr bietenden Gelegenheiten nicht in gebührender Weise ausnütze. Der Vertreter der Antiquarier führte hierzu aus, daß die Arbeiterpartei zuviel mit den Liberalen im Parlament zusammenhänge. Sie hätten für die Annahme des Versicherungsgesetzes gestimmt, das die Arbeiterschaft bedrücke. Die Arbeiterpartei würde von den Konservativen gesegnet und von den Liberalen in Schutz genommen. Er sähe es lieber, wenn sie von beiden Parteien vernachlässigt würden. Wenn die parlamentarische Geschäftsordnung einer radikalen Politik im Wege stünde, so müsse man die Geschäftsordnung durchbrechen. Es sei notwendig, daß man die Arbeiterpartei besser von den Liberalen unterscheiden könne. Lansbury (London) erwähnte, daß 22 der Arbeiterpartei als Sozialisten gälten, aber nur 5 von ihnen hätten gegen das Verändereingesetz gestimmt, das den Londoner Dacharbeitern eine schwere Last auferlegt. Er selbst finde es schwer, zwischen dem gewöhnlichen Arbeiterpartei und dem radikalen Liberalen einen Unterschied wahrzunehmen. Ihm erinnerte Wallhead (Manchester), daß Lansbury selbst zu den größten Sündenbock gehöre. Bei Lansburys Wahl in Bow and Bromley hätten eine Reihe Liberaler für Lansbury gesprochen. Mit einem dieser Liberalen Sozialistenkreiser habe er (Wallhead) sich nachher in Glasgow beratschelt. Wenn einer Unklarheit in die sozialistische Politik bringe, so sei es Lansbury. Während der Beratung der Versicherungsvorlage hätten die Redner der Partei die Bestimmungen der Vorlage unaufhörlich kritisiert. Aber der Ausfall der Wahlen habe bewiesen, daß die Arbeiter mit dem Gesetz einverstanden waren. Es werde mehr Leben in die Partei kommen, wenn die Parlamentarier häufiger solche prächtige und anfeuernde Reden hielten, wie sie Snowden in der Rede debatte gehalten. Die Resolution wurde abgelehnt.

Zweiter Tag.

Manchester, 25. März. (Fig. Ver.) Der erste wichtige Gegenstand der Parteitag heute (Dienstag) morgen beschäftigt, war die Haltung der Arbeiterpartei, die dem Namen nach der Arbeiterpartei angehören, aber gewöhnlich mit den Liberalen zusammenhängen. Die Mitgliedschaft von Preston verlangte, daß die Parlamentarier der I. L. P. alles tun sollten, um diese unzufriedenen Antiquarier zu zwingen, in Reich und Glied zu bleiben. Thatcher

(Sheffield) fragte über den Schaden, der durch die Haltung gewisser Bergarbeitervertreter der Bewegung in der Sheffielder Gegend zugefügt werde. Der Parlamentarier Harben trat dort in öffentlichen Versammlungen dafür ein, daß der Regierung ein Vertrauensvotum erteilt werde. Ebenso trieben es die Bergarbeitervertreter Wadsworth, Johnson, Stanley und andere. Einige von ihnen hätten öffentlich erklärt, daß sie nicht gewillt seien, der liberalen Partei den Rücken zu kehren. Sie arbeiteten zusammen mit den liberalen Organisationen. Es sei die höchste Zeit, daß diese Zustände aus der Welt geschafft würden.

Der Vorsitzende Anderson wies darauf hin, daß die Labour Party auf ihrem letzten Parteitag beschlossen habe, dem Hebel ernsthaft zu Weis zu gehen; man könne versichert sein, daß die Personen, die sich in der Vergangenheit über die Parteizugehörigkeit hinweggesetzt, bald zur Reue zurückgekehrt werden würden. Die Resolution wurde angenommen.

Parlamentarische Taktik.

Aus Bradford, der Wiege und dem Zentrum der I. L. P., kam diesmal wieder die bekannte Resolution, in der die Parlamentariermitglieder aufgefordert werden, unbefürchtet um die Drohungen der Wähler, zu demissionieren und dadurch die Parliamentsaufhebung herbeizuführen, beistehend in jeder Frage nach prinzipiellen Gesichtspunkten abzustimmen. Der parlamentarische Vertreter Bradfords, Genosse Howell, führte zu diesem Antrag aus, daß die Wahlen des Jahres 1910 an der Taktik der Arbeiterpartei viel verändert hätten. In dem Parlament der Jahre 1900—1910 hätten die Liberalen eine gewaltige Mehrheit gehabt und die unabhängigen Arbeitervertreter hätten/ hies nach prinzipiellen Gesichtspunkten gestimmt; aber nach den Wahlen des Jahres 1910, in denen die liberale Mehrheit zusammengefallen und nach denen sich die liberale Regierung auf andere Parteien verlassen müßte, habe sich das Blatt geändert. Die Arbeiterpartei habe sich nie freimütig mit der neuen Lage befaßt. Die Leffentlichkeit könne die Politik der Arbeiterpartei nicht verfolgen; es falle ihr schwer, zwischen der liberalen Partei und der Arbeiterpartei einen Unterschied wahrzunehmen. Wenn die liberale Partei am Ruder sei, stimmte die Arbeiterpartei für ein Ministerevotum; aber wenn die Liberalen herrschten, tue sie das Gegenteil. Handte die Partei nach den in dem Antrag ausgesprochenen Grundsätzen, so würde dies vor allen Dingen den Erfolg haben, daß man die Parlamentariermitglieder zwingen, in allen Fragen Partei zu bekennen. Das werde auf die Wählerschaft einen mächtigen erzieherischen Eindruck machen. Unterstützt wurde der Antrag von dem Genossen Allan (einem der Teilhaber der großen Glasgower Reedergesellschaft, der vor einiger Zeit zum Sozialismus übergetreten ist). Er bestand darauf, daß die Partei nie ihre Ideale aus dem Auge verlieren dürfe, nur um keine Vorteile zu erlangen. Sie müsse weiter schauen als die Opportunisten, deren Arbeit ebenso wenig ersprießlich sei wie das Fliegen des Sandes. Die Handlungen der parlamentarischen Vertreter müßten ebenso klar sein wie ihre Reden.

Genosse Proctor (Redakteur des „Labour Leader“) sprach gegen die Resolution. Er gab allerdings zu, daß die Taktik viel für sich habe. Hätten zum Beispiel die Parlamentarier aller Parteien vor kurzem bei der Beratung des Eisenbahnergesetzes grundsätzlich und nicht nach ihrer Parteistellung abgestimmt, so wäre das Publikum nicht zugunsten der Eisenbahngesellschaften mit neuen schweren Lasten bedacht worden. Aber der Wortlaut der Resolution binde der Partei Hände und Füße. Die Konservativen würden, handle man ausnahmslos nach dem vorgeschlagenen Grundsatz, der Arbeiterpartei ein Bein setzen, und zwar gerade in dem unangenehmen Augenblick, worunter die Partei leide, sei ein Mangel an Vertretern, die den richtigen Geist besäßen. Auch das Parlamentariermitglied Genosse Snowden wandte sich gegen den Antrag. Er meinte, die Frage der Taktik sei in der Theorie leichter zu lösen als in der Praxis. Juch viele sich da die Schwierigkeit, in jedem einzelnen Falle zu entscheiden, was der prinzipielle Wert einer Frage ist. Die Bradforder Genossen blieben selbst ihrem Grundsatze nicht treu. In einer vielleicht später noch zur Verhandlung kommenden Resolution schlugen sie vor, die Partei solle von der Regierung die Abschaffung der Lebensmittelpreise (es sind dies nicht Schutzgölle, sondern Finanzgölle auf Tee, Kaffee, Zucker usw.) verlangen und im Weigerungsfalle gegen das Budget stimmen. Die Forderungen sind also unter Umständen ganz in der Ordnung, daß die Partei für das Budget stimme, das gewaltige Summen für Rüstungen und andere Dinge enthalte, für die ein Sozialist keinen Heller bewilligen dürfe. Man nehme den Fall, die Regierung plane ein für die Arbeiterklasse höchst wichtiges Gesetz; sollte dann die Arbeiterpartei wegen irgendeiner Lappalie die Regierung zu Fall

bringen? Er wisse wohl, daß die Bradforder ihren Antrag nicht in diesem extremen Sinne aufgefaßt wissen wollten. Aber deshalb sei die Resolution auch nicht notwendig. Die Arbeiterpartei habe in den letzten Jahren Reis nach dem in der Resolution aufgestellten Grundsatz gehandelt und der einzige Schritt, den man antun könnte, liege sechs Jahre zurück.

Für die Resolution sprach noch Genosse Welch (Manchester), der die sehr besorgte Taktik der Arbeiterpartei wie folgt charakterisierte: Wenn die Tories, um die Regierung zu führen, einen Antrag auf Einführung des Minimallohns einbrachten, würde die Arbeiterpartei gemäß ihrer üblichen Taktik gegen den Minimallohn stimmen. Er behauptete, die Sünden der Arbeiterpartei bestünden weniger aus Begehungssünden als Unterlassungssünden. Nur der Regierung keine Unannehmlichkeiten zu verursachen, habe es die parlamentarische Fraktion unterlassen, Fragen zu stellen und Amendements einzubringen. Die propagandistische Tätigkeit der I. L. P. müsse leiden, solange nicht die Handlungen der Arbeiterpartei, von der die I. L. P. ein Teil sei, mit ihren erklärten Grundsätzen in Einklang ständen. Man möge sich doch nicht von der Regierung hängen machen lassen. In dem Augenblick, in dem die Arbeiterpartei die Liberalen energisch angreife, würden sich die bürgerlichen Parteien einander nähern und unterhänden.

Der Antrag wurde mit 114 gegen 100 Stimmen abgelehnt. Zu lebhaften Erörterungen gab ein Antrag Anlaß, in dem die Arbeiterpartei aufgefordert wurde, die Regierung zu veranlassen, eine offizielle Frauenstimmrechtsvorlage einzubringen und im Weigerungsfalle gegen jede Wahlrechts- oder Registrierungs-vorlage zu stimmen, die die Frauen nicht einschließt. Eine Registrierungs-vorlage würde auch die zur Abschaffung der Pluralwähler sein, die die Regierung in der laufenden Session durchzubrüden gedenkt. Gegen den Vorschlag, auch gegen die Pluralwählervorlage zu stimmen, wurde von verschiedenen Seiten Einspruch erhoben. Der Antrag wurde jedoch in seiner ursprünglichen Gestalt angenommen.

Proportionalwahlrecht.

Die Frage der Proportionalwahl rückt in Großbritannien immer mehr in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Die I. L. P. stand in den letzten Jahren unter dem Einfluß McDonaldis diesem Wahlrecht ablehnend gegenüber. Diesmal wurde jedoch ein Antrag zur Einführung des Proportionalwahlrechts fast einstimmig angenommen. Genosse Kalle hat seine ganze Beredsamkeit auf, um Anhänger für das Wahlrecht der „alternativen Stimme“ zu gewinnen und des Proportionalwahlrechts in Grund und Boden zu kritisieren. Er fand aber nur 13 Befehle, obwohl ihn Genosse Dr. Marion Phillips kräftig unterstützte. Das System der „alternativen Stimme“ ist eine Art Stimmwahlrecht, bei dem der Wähler durch einen Wahlzettel den Kandidaten seiner Wahl und den Kandidaten, für den er in der Stichwahl stimmen würde, bezeichnet; es hat in England viele Anhänger. Nachdem Genosse Snowden in einer überzeugenden Rede den fortschrittlichen Charakter des Stichwahlrechts darlegt und die Vorteile der Verhältniswahl auseinandergesetzt hatte, wurde der Antrag fast einstimmig angenommen.

Wegen des Militarismus.

Der Parteitag fand einen würdigen Abschluß in der einstimmigen Annahme folgender Resolution:

„Der Parteitag protestiert gegen die beständig zunehmende Last des Militarismus und der Rüstungen und kündigt den Weltkriegen, die jetzt gemacht werden, um die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, seinen äußersten Widerstand an. Ferner begrüßt und unterstützt der Parteitag die prächtige Kundgebung der Solidarität, die von unseren französischen und deutschen Genossen an den Tag gelegt worden ist, und unterstützt warmstens den Vorschlag zur Bildung eines Einverständnisses zwischen Frankreich, Deutschland und Großbritannien als einen wichtigen Schritt zur Sicherung des europäischen Friedens.“

Genosse Bruce Glasier, der die Resolution im Namen des Vorstandes begründete, führte aus, daß der „Vorwärts“ vor einigen Tagen geschrieben habe, daß der Kampf gegen den Militarismus und die Rüstungen immer mehr zu der einen großen unmittelbaren Frage werde, die das europäische Proletariat zu lösen habe. In allen Ländern gelangten die organisierten Arbeiter zu derselben Ansicht. In allen Ländern kämen die Völker zum Bewußtsein, daß sie vor einer ungeheuren Gefahr ständen. Die wunderbare Erscheinung des letzten Jahres sei die Einmütigkeit gewesen, mit der die Völker Europas gegen den Militarismus und den Rüstungswahnsinn protestierten. Der Kongreß zu Basel habe der ganzen Welt fund getan, was das Proletariat von der Politik der Herrschenden denke. Auf dem Balkan hätten unsere Genossen

Kleines feuilleton.

Eine Jagowjade des Herrn v. Hülken. Am zweiten Oftertage veranstaltete der Arbeitergelangverein „Fichte-Georgia“ im Konzertsaal der Brauerei Friedrichshain ein Konzert. Als Solistin war die Sopranfängerin Frau Denara gewonnen worden. In der Karfreitagnummer des „Vorwärts“ erschien die Ankündigung des Konzertes, und prompt am Sonnabend früh wurde der Künstlerin von der Intendantur der Hofoper der für Montagabend bewilligte Urlaub ohne Angabe von Gründen zurückgegeben. Es gelang dem Verein, als Urlaub für Frau Denara die Sopranfängerin Frau Andrejewa v. Sillony zu gewinnen. Die Dame erschien auch im Konzert und sang im ersten Teil ihre Arie. Sie hatte kaum geendet, als man sie an das Telefon rief, wo sie von der Intendantur aufgefordert wurde, den Konzertsaal sofort zu verlassen, wenn sie sich die Folgen nicht selbst zuzurechnen wolle. Gleich darauf fuhr auch ein Automobil vor, das die Dame aus der nach Meinung der Königlich preussischen Hofintendantur staatsgefährlichen Atmosphäre eines Arbeiterkonzertes entfernte. Bestimmt sei dabei, daß die Künstlerin an jenem Abend frei war und auch nicht für eine Vertretung in Betracht kam. Die Intendantur hat offenbar in enger Seelenverwandtschaft mit Herrn von Jagow gehandelt — siehe Karfreitagkonzert der Freien Sollsänger. Jagow und Hülken, die beiden St. George der bürgerlichen Kultur, erbilden ihren Lebenszweck in der Schürzlegethor sich um edle Kunstpflege mühevoller Arbeiterschaft.

Durch einen glücklichen Zufall gelang es der Vereinsleitung noch, schnell einen Ersatz für die ihr entführten Sängerinnen zu finden. Fräulein Erika Dewitt sang die Rignonarie und einige Lieder und fand damit allgemeinen Beifall.

Geschäftsrätliche Versäumnis. In der bürgerlichen Presse werden augenblicklich dem friedlichen Abkommen Proben einer „expressiv-nostalgischen“ Zerstörung, die jeden Straßenkünstler zum Heulen bringen würden. Wir beobachten in diesem Zusammenhang wieder den Verlag noch den Autor zu nennen, weil wir wieder für den einen noch den anderen eine sehr willkommene Kellame machen möchten. Um was es sich handelt, mag das folgende Gedicht zeigen:

„Es war ein langer Tisch, Oh, ein langer, langer Tisch, Rechts und links an diesem Tische saßen viele, viele, viele Menschen, Menschen, Menschen, Menschen.“

Selbstverständlich werden diese „Gedichte“ in der bürgerlichen Presse mit ironischen Handlungen vorgeführt, Verlag und Autor aber werden genannt.

Bemerkung man nicht einzusehen, daß man auf diese Weise der geschäftsrätlichen Versäumnis zu einem journalistischen Echo verhilft, das dem redlichen Künstler nur in den allerletzten Fällen erbittet? Der Standpunkt diesen Produktionen gegenüber scheint und

überaus einfach zu sein: entweder „dicht“ der Mann dieses Zeug aus argloser Seele, dann ist er geisteskrank und verdient nicht, daß seine Krankheit in die Öffentlichkeit gerufen wird; oder er stellt sich verrückt, um auf diese Weise ein Aufsehen zu erregen, das seinem banalen Geiste zu erregen sonst nicht möglich wäre; dann läuft man einem Schwindler ins Garn, wenn man ihm das journalistische Echo verschafft.

Auf der Suche nach dem neuen Zion. Ein eigenartiges, eckig-russisches Bild von den Leiden und Entbehrungen einer Schar von religiösen Fanatikern, die, durch die Persönlichkeit des russischen Mönchs Innocentius fasziniert, ihre Heimstätte verlassen und auf der Suche nach dem neuen Zion“ in bitterer Winterkälte eine Pilgerfahrt aus dem Gouvernment Podolien bis zu dem Onega-Flusse antraten, entwirft ein russischer Korrespondent. Die Schar der Gläubigen, die den Mönch auf seiner Wanderung geleiteten, war weit über 1000 Köpfe angewachsen, vorwiegend kleine Bauern aus den Wolowdisirken, die Haus und Hof verließen und singend und betend ihrem Führer folgten. Die Menge war von der Gültigkeit des Mönchs überzeugt, und die jetzt erfolgte Verhaftung hat diesen Glauben noch bestärkt. Dazu kommen einige Jüdische, die auf die Phantasie der abergläubigen Bauern eingewirkt haben und als Wunder angesehen werden. Als die Genannten kamen, um den Bruder Innocentius zu verhaften, nahm die Menge eine drohende Haltung an, und um sie einzuschüchtern, wollte einer der Genannten einen blinden Schuß abfeuern. Aber dreimal verfiel das Gewehr. Und ein zweites „Bum“ hatte sich schon vorher in Balta ereignet, als ein Popowitsch, ein Polizeibeamter, den fahrenden Mönch beschimpfte und mit drohenden Gebärden auf ihn zutrat. Der Mönch blickte den Angreifer fest ins Auge und sagte ruhig: „Weder deine Hand noch dein Fuß soll sich rühren.“ Der Beamte blieb wie erstarrt stehen und wagte nichts mehr zu sagen. Diese Zwischenfälle und manche andere ähnlicher Art führten dem Mönche immer neue Anhänger zu, und in bitterer Winterkälte, vor Frost alternd und halb verhungert, zog die Schar durch Schnee und Eis. Manche der Gläubigen trugen aus dem Verkauf ihres Eigentums zwar Geld bei sich, aber inmitten der Finde war ihnen das von keinem Nutzen. Die Prozession brachte so viel Unruhe ins Land und der Anblick der erschöpften Zions-Wanderer wirkte zugleich so aufregend und so erschütternd, daß die Regierungsbehörden von Archangel schließlich eingriffen, den Pilgerzug aufhalten ließen und den Führer festnahmen. Als Innocentius dem Regierungsvorstand vorgeführt wurde und man ihn fragte, wozu er zöge, entgegnete er nur: „Ich suche das neue Zion.“ und sofort fielen seine Anhänger ein und sangen ihr Lied: „Wir suchen das neue Zion.“ Das rote Kreuz ist um Hilfeleistung bei der Pflege der Fanatiker gebeten worden, die tausend Anhänger des Innocentius haben bereits eine Winterwanderung von über 1000 Kilometer hinter sich.

Die Stundenzählung 0—24. Dr. John Mez schreibt in den „Dokumenten des Fortschritts“: In modernen Verkehrswesen macht sich vielfach unliebsam fühlbar, daß der Zeitraum eines Tages von

Mitternacht bis Mitternacht in 2 mal 12 Stunden eingeteilt wird. Die dadurch bedingte Erleichterung der Zeitbezeichnung führt leicht zu Unübersichtlichkeiten und Verwechslungen der Zeitangaben, insbesondere bei Fahrplänen, Telegrammen, Zirkularen usw. So ist die Post gewöhnlich, auf Millionen von Stempeln die Tageszeiten durch ein V. (vormittags) oder N. (nachmittags) besonders zu kennzeichnen. In den Dienst- und Ausgehungsplänen sowie in den Kursbüchern der Eisenbahnen, Straßenbahnen oder Schiffahrtsunternehmen wird die Nachtzeit von 6⁰⁰ Uhr abends bis 6⁰⁰ Uhr morgens bei uns meist durch Unterstreichen der Minutenziffern kenntlich gemacht, im täglichen Leben müssen die Zeitangaben in der Regel die Zusätze morgens, mittags, abends, nachts usw. gemacht werden (in England und Amerika ist die Abkürzung a. m. — vor — und p. m. — nachmittags gebräuchlich, in Frankreich die Bezeichnung m. — matin und s. — soir). Diese unständliche und schwerfällige Art der Zeitbezeichnung liegt natürlich wieder im Interesse des Publikums noch der Verkehrsverwaltungen selbst. In Italien, Spanien, Portugal und Belgien ist seit längerer Zeit die Stundenzählung 0—24 üblich, mit Beginn des Sommerfahrplans 1912 folgten fast sämtliche Eisenbahnen Frankreichs und neuerdings wird die Frage der Einführung dieser 0—24-Stundenzählung auch von den Transportanstalten der Schweiz bestritten, so daß deren Einführung in schweizerischen Eisenbahn-, Schiffahrts-, Post- und Telegraphenverkehr gesichert erscheint.

Die Vorteile dieser Stundenzählung sind hinsichtlich des Fahrplans, zumal für die Ueberständigkeit der Fernverbindungen, so offenkundig, daß es unnötig ist, sie besonders hervorzuheben. Zu wünschen ist, daß diese vereinfachte Stundenzählung, an die man sich rasch und ohne sonderliche Schwierigkeiten gewöhnt, in bald auch in den Ländern eingeführt werden möge, in denen sie noch nicht besteht, so in Deutschland und Oesterreich!

Notizen.

— Kostspieliger Patriotismus. Am 18. Oktober soll das Leipziger Völkervotivdenkmal eingeweiht werden. Große Gade: ein Kaiser, ein König, Fürsten in Waife, 60 000 Zuschauer. Schon jetzt raust man sich um Einladungsarten. Die blühende kostet 5 M., Tribünenstift aber 105 M. — Vielleicht läßt sich der Opfermut, den der deutsche Spieler entfaltet, wenn's was zu sehen gibt und er prohen kann, für die Militärvorlage ausnutzen.

— Das abgelegte Mäntelchen. Die für die meisten alten Bauwerke bestehende Gefahr, der Bodenfeuchtigkeit zum Opfer zu fallen, drohte, wie die „Vangewerks-Zeitung“ berichtet, auch dem Münster in Heberlingen. Man entschloß sich daher, das gesamte Gebäude trocken zu legen. Zu diesem Zwecke wurde das ganze Münster „abgeleigt“. Niedrige Motorsägen durchschnitten in horizontaler Linie kurz über dem Erdboden das mehrere Fuß dicke Mauerwerk des Münsterters und bahnten dadurch einen etwa einen Zentimeter breiten Weg durch das Gestein. Der so geschaffene Zwischenraum wird dann wieder durch Steinplatten, die mit einer Asphaltschlämme bedeckt sind, ausgefüllt. Auf diese Weise wurde das ganze große Bauwerk abgeleigt.

In der schwierigen Lage gegen den Kriegstaumel protestiert und die Stimme der Vernunft erhebt. All diese Zeichen könnten das kämpfende Proletariat nur mit Hoffnung erfüllen. Die I. L. V. sei die einzige Partei in Großbritannien, die den Militarismus konsequent bekämpfe. Sie habe durch ihre Agitation unter dem Volke den Angriff der Lebensmittelmittelhersteller abgelehnt, und sie werde auch die Militaristen bekämpfen und bestechen und das gute Einvernehmen unter den Völkern anstreben, das den Völkern Frieden sichern werde.

Genosse Fritz Gardie verlangte eine positive Politik in der Frage des Militarismus. Man müsse den Feind in die Defensive drängen und vor allen Dingen den Kampf gegen den Geist des Militarismus aufnehmen, der die Völker verfluche.

Als Vorsitzender der Partei für das kommende Jahr wurde Genosse Fritz Gardie gewählt, der im ersten Jahre des Bestehens der I. L. V. den Vorsitz führte. Auf allen Seiten wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Rückkehr des greisen, aber jugendlichen Kämpfers an die Spitze der Partei ein Jahr der begeisterten Agitation und des Aufschwungs für den Sozialismus in Großbritannien bedeuten werde.

Gerichts-Zeitung.

Alkoholfolgen?

Ein wüster Ekzess im Gerichtssaal, bei welchem die angegriffenen Zeugen aus Furcht in das Beratungszimmer des Gerichtshofes flüchteten, spielte sich gestern in dem Sitzungszimmer des Schöffengerichts Berlin-Schöneberg ab.

Wegen verächtlicher Rötigung war der Arbeiter Gustav Henischel angeklagt. — Der Angeklagte lebte früher mit einer Frau Gutsche zusammen. Die Frau sagte sich von ihm los, weil er das Geld vertrat und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Als er aus der Strafanstalt herauskam, versuchte er sich wieder der Frau G. zu nähern. Diese wies ihn ab. Sie wurde von nun an auf Schritt und Tritt von dem Angeklagten verfolgt und auch auf offener Straße beleidigt, so daß sie schließlich gegen ihn mit einer Anzeige vorgehen mußte. Am Tage vor dem Termin gegen H. erschien er an der Wohnung für die Frau G. und verlangte Einlaß, anderenfalls er die Tür einschlagen werde. Da der Angeklagte die schwersten Todesdrohungen ausstieß, sprang die 15-jährige Tochter der Frau G. zum Fenster der Parterrewohnung hinaus und holte von der Polizeiwache Hilfe herbei.

In der gestrigen Verhandlung beantragte Anwalt Hochstetter eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Das Gericht ging jedoch mit Rücksicht auf das von dem Angeklagten zutage gelegte gewalttätige Vorgehen über diesen Antrag hinaus und erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Kaum hatte der Vorsitzende, Gerichtsdirektor Promer das Urteil verkündet, als der Angeklagte mit einem mächtigen Satz über die Umfriedigung der Anklagebank hinwegsprang und einen an dem Verteidigerstisch stehenden Stuhl ergriff. Als er mit diesem auf die beiden Zeuginnen einbrach, ergriffen diese unter gellenden Hilferufen die Flucht und zwar liefen sie hinter den Richtertisch und von dort in das Beratungszimmer hinein. Die Gerichtsdiener Schindler und Steffin warfen sich auf den Tobenden und nun entstand, da der Angeklagte wie wild um sich schlug, ein furchtbares Handgemenge, bei welchem die schwere eisenschlagene Tür, die zu der Anklagebank führt, in Trümmer ging.

Der Angeklagte wurde wegen dieses Ekzesses in eine sofort zu vollstreckende Ordnungstrafe von drei Tagen Haft genommen, außerdem wurden die Akten der Staatsanwaltschaft zwecks Erhebung einer neuen Anklage überwiesen. Die Abführung des Angeklagten, der immer noch tobte, gelang nur unter den größten Schwierigkeiten.

Streikende Innungsmeister.

Der Magistrat von Breslau hat die Unterrichtsstunden der gewerblichen Fortbildungsschule für Bäckerlehrlinge auf die Zeit von 7—9 Uhr vormittags festgesetzt und ist damit einer Anregung der freiorganisierten Bäckergehilfen gefolgt. Diese Maßnahme hat den Beifall der Innungsmeister, die darin eine Beschränkung der Ausbeutung der Lehrlinge erblicken, nicht gefunden. In einer Innungsversammlung wurde scharfer Protest gegen die Maßnahme des Magistrats erhoben und Beschwerde beim Regierungspräsidenten eingelegt. Selbstverständlich hat der Magistrat die Innungsmeister wissen lassen, daß seine Entscheidung über die Festlegung der Unterrichtsstunden endgültig ist und zu einer Abänderung kein stichhaltiger Grund vorliegt.

Als Gegenmaßregel wollen die Bäcker-Innungsmeister, wie ein Breslauer konservatives Blatt berichtet, soweit sie als Armendirektoren, Bezirksvorsteher, Waisenkate usw. ehrenamtlich tätig sind, diese Ämter am 1. April gemeinsam niederlegen.

Einen großen Schaden wird die Stadt Breslau dadurch sicher nicht erleiden, denn zu den sozialfortschrittlichen Elementen gehören die reaktionären Innungsmeister ja so wie so nicht. Von besonderem Interesse für die Allgemeinheit ist es aber, daß hier die Meister genau zu demselben Mittel greifen, das, von Gehilfen angewendet, von ihnen am schärfsten unter Beihilfe der Behörden bekämpft wird.

Der Korpsstudent vor Gericht.

Marburg, 27. März. In der Nacht zum Aschermittwoch d. J. hatten bekanntlich vor dem Nachtsklublokal des hiesigen Rathauses einige hundert Studenten gegen die Polizei demonstriert, die für diese Nacht die Feierabendstunde für

jämliche Restaurants auf 1 Uhr festgesetzt hatte. Dabei waren Polizeibeamte mißhandelt, sämtliche Fenster des Nachtslokals eingeworfen und Revolvergeschosse abgefeuert worden. Einige der Exzessanten sind bereits zu Geldstrafen verurteilt worden; einige andere werden sich noch vor dem Gericht zu verantworten haben. In der heutigen Schöffengerichtssitzung hatte sich der stud. jur. Barst. der erste Chargierte des Korps „Teutonia“, wegen einer in jener Nacht begangenen Beleidigung eines Polizeiwachmeisters zu verantworten. Der Beamte hatte einen der Tumultuanten, den Studenten R., der die Nennung seines Namens verweigerte, festnehmen wollen. Der Angeklagte R. war jedoch dazwischengeschritten und hatte sich bereit erklärt, dem Beamten die erwünschten Angaben zu machen. Als er durch dieses Versprechen die Freilassung des R. erreicht, wollte er aber plötzlich dessen Namen nicht mehr wissen. Der Polizeiwachmeister machte R. nunmehr Vorhaltungen, worauf dieser ihn anschrif: „Ihr Benehmen ist eine Unverschämtheit; wie können Sie mir, dem ersten Chargierten des Korps „Teutonia“, das sagen!“ Der als Zeuge vernommene Beamte behauptete, er sei schon oft von den Herren Studierenden angeführt worden, niemals bisher aber so heftig wie von R., der dies mit einem solchen Kraftaufwand getan habe, daß dem Zeugen „der Speichel ins Gesicht geflogen“ sei. Das Gericht ging über den auf 100 M. Geldstrafe lautenden Antrag

des Anwalts hinaus, indem es auf 150 M. Geldstrafe oder 15 Tage Gefängnis erkannte. In der Urteilsbegründung hieß es, eine empfindliche Strafe sei um so mehr angebracht, als der Angeklagte als erster Chargierter des Korps „Teutonia“ gewiß „in günstigen Verhältnissen“ lebe.

Die hätten Anklage, Strafanklage und Urteil gelautet, wenn ein Arbeiter ohne „günstige Verhältnisse“ so wie der Student vorgegangen wäre? Man vergleiche die Marburger Anklage gegen einen Studenten mit irgendeiner Anklage gegen einen Arbeiter, die nicht aus Randalierlust, sondern im Interesse seiner Familie und seiner Klasse sich im berechtigten Lohnkampf befindet.

Marktpreise von Berlin am 27. März 1913. nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,78 bis 19,90, mittel 19,54—19,66, geringe 19,30—19,42. Roggen, gute Sorte 16,13—16,15, mittel 16,09—16,11, geringe 16,05—16,07 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,22, mittel 15,60—16,10, geringe 15,00—15,50. Hafer, gute Sorte 17,40—19,70, mittel 16,30—17,30 (frei Wagen und ab Bahn). Weizen (mitz), gute Sorte 14,45—14,80.

Marktpreise 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speldeböhen, weiße 35,00—60,00. Limfen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbdl.) 3,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,60—3,40. 1 Kilogramm Karpen 1,20—2,40. Kafe 1,60—3,20. Jander 1,60—3,60. Nöchte 1,60—2,80. Barfage 1,30—4,00. Schüte 1,60—3,20. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Äpfel 4,00—24,00.

Todes-Anzeigen

Am 26. d. Mts., abends 11 Uhr, starb mein lieber Mann, unser guter Vater und Sohn, der Maler

Max Richter.

Klara Richter nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. März, nachmittags 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs in Wilmersdorf, Berliner Straße, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Wilmersdorf.

Nach langem schweren Leiden verstarb am 26. März unser Mitglied, der Maler

Max Richter

im Alter von 47 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs, Berliner Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter

Valentin Sivek

am 26. d. Mts. im Alter von 49 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des katholischen St. Michaeliskirchhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Bezirksverwaltung.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Eisenindustriearbeiter

Hermann Sproß

am 26. d. Mts. im Alter von 51 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Reimendorfer Gemeinde-Friedhofes, Humboldtstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

Hugo Drenikow

Jahrg. 7

am 26. März an Lungenerkrankung gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. März, nachmittags 4/4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Adolf Brosig

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

115/10 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes

Erich Wolter

sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.

Familie Wolter,

Rügener Straße 22, born II.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 26. März verstarb unser Parteigenosse

Valentin Sivek

(Marbach-Weg 2, 1. Bezirk).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. März, nachmittags 3 Uhr, vom Kirchhof der katholischen Gemeinde, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.

Ortsgruppe Neukölln.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Fräulein Margarete Henke

am Mittwoch, 26. März, im Alter von 21 Jahren verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Simeonskirchhofes, Str. Tempelhofer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Am 26. d. Mts. erlitt nach schwerem Leiden aus Gram über den vor kurzem eingetretenen Tod ihres Mannes

Julie Tabor

geb. Fanta,

im 34. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Adam Fanta.

Beerdigung Sonntag, nachmittags 3/4 Uhr auf dem Simeonskirchhof in Reimendorf, Humboldtstraße.

43a

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.

137b

Witwe **Lina Salomon.**

Zwecks Hebernahme einer alten, gut eingefährten

Möbelfabrik

werden Genossen gesucht. Beteiligung mindestens 2000 M.

56/20

Erstern sub C. J. 7571 an Rudolf

Mosse, Berlin, Schiffbauerdamm 4.

Arbeiter-Gesundheits-

Bibliothek

32 verschiedene Hefte à 20 Pf.

WESTMANN
Mohrenstr. 37a.
Gr. Frankfurterstr. 115.

Blau Kammgarn 15, Composé 18, Engl. Dessins 22,
Phantasie 36, Modelle (sonst bis 185) für 65:
Elegante

Kostüme
Unter billigsten Tagespreisen

Aparte
Mäntel
farbig 12, Phantasie 18, Eolienne 25, Seide 33, Modelle 60
Für Winterkonfektion: Plüschmäntel, Ulster, Abendmäntel staunend niedrige Preise.

Sonntag geöffnet 12—2 Uhr.




Alle Unreinlichkeiten, Kochrückstände, Fettansätze, Rost, Russ u. dgl. entfernt **VIM** spielend leicht. Machen Sie einen Versuch bei Ihren Kochtöpfen!

VIM
das neuzeitliche Scheuer-Polir- und Putzpulver
Herstellung von Sunlight Seifenfabrik, Rheinufer-Planheim



Glänzendste Erfolge mit **VIM** auf gut angefeuchtem Lappen werden verbürgt, man reibe mit trockenerem Tuche nach! Vollständige Unschädlichkeit!

Ein neues, gutes Kochrezept:

Ein Ragout's Suppen-Würfel Reis mit Tomaten (oder Erbsen, Erbsen mit Schinken usw.) für 10 Pfg. wird fein zerdrückt, mit 100 Gr. Gries vermischt, mit 1/2 Liter Wasser glatt gerührt und unter ständigem Umrühren etwa 20 Minuten zu steifem Brei gekocht. Diesen läßt man abkühlen, vermischt ihn dann mit 1—2 Löffeln geriebenen Semmel und einem gut verquirlten Eigelb. Man formt man daraus nach Belieben Frikandellen, Quletten und bergleichen und brät diese in gutem Bratfett von allen Seiten schön knusprig. — Man wird von dem guten, fleischähnlichen Geschmack überrascht sein!

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Bezirk 4 (Osten).

Die am Montag, den 17. März cr., verlagte

Bezirksversammlung

findet am

Montag, den 31. März, abends 8 Uhr, in Kellers Festhale, Koppenstr. 29,

Ball.

Tagesordnung:

1. Bericht von der letzten Generalversammlung. 2. Vortrag. 3. Diskussion. 4. Wahl von Vertrauensleuten für Friedrichshöhe und Stralau.

Der Vorstand.

Verband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin.

Bureau u. Arbeitsnachweis: SO., Engelauer 15. Tel. Reichplatz 4007.

Sonntag, den 30. März, vormittags 10 Uhr, bei H. Boerger, Deberstr. 17:

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht der Lohnkommission über die festgestellten Verhandlungen mit der Arbeitgeber-Tarifkommission und den beiden Fabrikanten. 2. Verbandsangelegenheiten.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Achtung! Mühlenarbeiter! Achtung!

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

Geschäftsstelle: C. 54, Kollwitzstr. 10 L. Fernsprecher: Amt Norden 4518.

Sonntag, den 30. März, nachm. 2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15 (Erdl III):

Gruppen-Versammlung sämtl. in Groß-Berlin beschäfl. Mühlenarbeiter.

Tagesordnung:

„Sind die Kollegen gewillt, in eine Lohnbewegung einzutreten?“ Das Erscheinen der gesamten Kollegenchaft wird auf das Bestimmteste erwartet.

[431]

Die Gruppenleitung.

Subskriptions-Einladung.

Auf Grund des bei den unten genannten Zeichnungstellen erhältlichen Prospektes sind:

M. 15000000 $4\frac{1}{2}\%$ zu 102% v. 1. April 1919 ab rückzahlbare insgesamt z. 1. Okt. 1918 kündbare Schuldverschreibungen von 1913 der

Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert & Co. in Nürnberg.

bestehend in 15000 Obligationen à M. 1000,

zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zugelassen worden. Die Zulassung an den Börsen zu Frankfurt a. M., Hamburg und München ist beantragt.

Wir legen von vorerwähnten Schuldverschreibungen einen Teilbetrag von M. 7500000 unter nachstehenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung auf:

1. Die Zeichnung findet am

Donnerstag, den 3. April 1913

bei den nachverzeichneten Firmen statt:

Bayerische Vereinsbank in München u. deren Zweigniederlassungen, Bayerische Hypotheken- u. Wechsel-Bank in München u. deren Zweigniederlassungen,

Bayerische Disconto- u. Wechsel-Bank in Nürnberg und deren Zweigniederlassungen, Commerz- u. Disconto-Bank in Hamburg, Berlin u. deren sonstigen Zweigniederlassungen,

J. Dreyfus & Co. in Frankfurt a. M., Philipp Elimeyer in Dresden, Anton Kohn in Nürnberg,

E. Ladenburg in Frankfurt a. M., Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A. G. in Mannheim und deren Zweigniederlassungen,

von der Heydt-Kersten & Söhne in Elberfeld

während der bei den einzelnen Stellen üblichen Geschäftsstunden mittels der bei jeder Stelle erhältlichen Anmeldeformulare. Der frühere Schluß der Zeichnung bleibt jeder Stelle vorbehalten.

2. Der Zeichnungspreis beträgt $90,25\%$, zuzüglich laufender Stückzinsen ab 1. April ds. Jrs. bis zum Tage der Abnahme. Der Stempel der Zuteilungsschuldnote ist vom Zeichner zu tragen.

3. Die Zeichnungstellen sind berechtigt, eine Kautions von 5% des gezeichneten Betrages in bar oder börsengängigen Wertpapieren zu verlangen.

4. Die Zuteilung, welche sobald als möglich nach Schluß der Zeichnung durch schriftliche Benachrichtigung der Zeichner erfolgt, unterliegt dem freien Ermessen jeder einzelnen Zeichnungsstelle. Sperrzeichnungen werden vorzugsweise berücksichtigt werden.

5. Die zuteilten Stücke sind gegen Zahlung des Preises bei derjenigen Stelle, bei welcher die Zeichnung erfolgt ist, in der Zeit vom 8. April bis 8. Mai 1913 einschließlich abzunehmen.

München, Hamburg, Berlin, Mannheim, Nürnberg, Elberfeld, Frankfurt a. M. und Dresden, im März 1913.

Bayerische Vereinsbank. Bayerische Hypotheken- u. Wechsel-Bank. Commerz- u. Disconto-Bank. Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A. G. Anton Kohn. von der Heydt-Kersten & Söhne. Bayerische Disconto- u. Wechsel-Bank. E. Ladenburg. J. Dreyfus u. Co. Philipp Elimeyer.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Fernsprecher: Amt Npl. Nr. 4787.

Filiale Berlin.

Arbeitsnachweis: Ruderstraße 9 Fernsprecher: Amt Norden 6708

Sonntag, den 30. März, vormittags 9 Uhr, in der „Neuen Welt“, Gasenheide:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Unsere Lohnbewegung. 2. Weitere Maßnahmen.

Mitgliedsbuch oder Streikkarte legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Seltener Möbel-Gelegenheitskauf.

Nur vom 29. März bis inkl. 6. April 1913 gelangen zurückgenommene fast neue Speise-, Herren- und Schlafzimmer, Bücherschränke, Schreibtische, Klubsessel, Kleinmöbel, 2 Geldschränke, 1 Piano sowie einzelne Gegenstände

unter Selbstkostenpreis

zum Verkauf. Ferner mehrere

neue Klubsessel, Ledersofas, Herren-, Speise- und Schlafzimmer, einzelne Möbelstücke sowie komplette Wohnungseinrichtungen, die wir nicht weiter führen, zum Netto-Selbstkostenpreis nur gegen sofortige Kassa. An jedem Gegenstand befindet sich mit Blaustift der genaue Preis. Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Berliner Industrie-Gesellschaft m. b. H., Köpenicker Str. 126; 1. Etage

Möbel-Lechner

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar

Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer

Riesen-Auswahl Größte Kulanz

Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 M. an 5 M. gutgeschrieben.

I. Geschäft: Brunnenstr. 7 2. Geschäft: Müllerstr. 174

am Rosenthaler Platz Ecke Fennstraße

Lieferung auch nach auswärts

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet

Achtung

Kaufen Sie nur beim Fachmann

elegante fertige

Herren-Garderobe

Teilzahlung von

1 Mark

wöchentlich an

Vornehmste Maßanfertigung u. Garantie

Julius Fabian

Schneidermeister

I. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 37

II. Geschäft: Turmstrasse 18

Kein Laden.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Sommer noch Pichelswerder, an der neuen Heerstraße beim Alten Freund.



Cigaretten

der
Tabakarbeiter-Genossenschaft
Spezialität III

Sie unterstützen uns, wenn Sie bei Ihrem Cigarrenhändler unsere Cigaretten fordern.

Vertreter:
P. Horsch, Engelauer 15,
Cigaretten- u. Tabak-Großhandlung.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Die Akkumulation des Kapitals

Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus

Von Rosa Luxemburg.

Preis broschiert 6 M. Halbbroschur 8 M.

Das Buch ist ein Versuch, den Imperialismus als eine Erscheinung, die das öffentliche Leben immer mehr beherrscht, auf seine eigentlichen ökonomischen Ursachen zurückzuführen. — Die imperialistische Politik wird hier durch ihre wirtschaftlichen Zusammenhänge in die besonderen Gesetze der kapitalistischen Produktion eingefügt.

Heideschloß Hohenbünde.

Station Ostber. „Zum Gutenberg“, Fernruf Ostber. 293. Romantisch an Wald und See. Breiten, Gesellschaften sehr zu empfehlen. Gr. Saal und Glassalle. 2 Regelbahnen. Wohl. Sommer. Gute Küche u. Keller. Eig. Motorbootverbindung mit Ostber. Alb. Lehmann.

Wegen gänzlicher Aufgabe

Total-Ausverkauf

der Charlottenburger Filiale
Nehringstr. 34.
In allen Geschäften dieselben billigen Preise

ewinsohn

1. Geschäft: Rosenthaler Str. 40-41 Hackescher Markt	2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110 Strausberger Platz	3. Geschäft: Charlottenburg Nehringstr. 34 Ecke Magasinstr.
------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------

Sie kaufen vorteilhaft

MÖBEL

auch auf

KREDIT

im Spezial-Geschäft von WILHELM

MISCH

Große Frankfurter Straße 45-46
gegenüber Markusstraße.

Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg.

An Stelle des Herrn Baleneder, welcher infolge Verzugtes sein Amt als Schriftführer niedergelegt hat, ist Herr Metzgermacher Karl Thiele als 1. Schriftführer gewählt worden.

Der Vorstand. Krufow.

Greift zu!

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoffe. Berlins gearb., von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)

Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen 2,50, 5,00 M.

Ulster, sehr billig.

Große Abteilung neuer Garderobe
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98
(Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Fr. Tauers Festsäle

vorm. Bus 3082
Große Frankfurter Straße 85.
Empfehle meine Säle, 600 bis 700 Personen fassend, nebst 1800 qm großem Garten zum 1. Pfingstfesttag.

Vorjährlige

feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gebrockanzüge, Smoking, Fracks u. Seide 30-70 M.

Versandhaus Germania

21. Unter den Linden 21.
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Nach Maß!

Ulster — Paletot — Anzüge
gute Suiten auf Rohhaar
von M. 40.— an
tadellos gefertigt.
Wer Stoff hat
von 25 M. an.
Ludwig Engel, Prenzlauer Str. 28 II
(Alexanderpl.)
Gegründet 1892.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Nach Meissner u. Römmerfrank-Koll.
N. 4. Berlin, S. 4. Fernsp. Kg. 18708
Si-Si
Bestes alkoholfreies
Getränk.
Berlin O, Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung

Hamburger-Laden, Charl. Wallstr. 59

Auto-Fahrschulen

Gr. Frankfurterstr. 44
Kintr. 141, Teils. gest.

Bäckerien, Konditor.

**Blottner's
Großbäckerei**
Geschäfte in
Berlin,
Charlottenburg,
Schöneberg,
Wilmersdorf.

Friedr. Barz, Landstr. Allee 146
K. Biedermann, Gryphstr. 18
Paul Dilly, Markussstr. 18

Brot-Fabrik „Vorwärts“

Hermann Ulrich, Köpenick.

Franz Paulwetter, Manteuffelstr. 67
E. Freyer, Blausstr. 72, E. Markstr.
Georg Genz, Manteuffelstr. 20
Göring, Hugo Greifswalderstr. 225
M. Gruschka, Königsbergerstr. 25

Oskar Hanke's Brotbäckerei

75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
und in Hildorf.
Gegründet 1908.

Hoppe's Brot-Kranz, Adalbertstr. 40
Max Kniffert, Landstr. Allee 98
Ernst Köster, Frankf. Allee 187
Grüner

Ladenhülfe, O. Weg 44.

Franz Ludwig, Kochhausstr. 28
Emil Lieske, Grüner Weg 122
August Mante, Ebertstr. 57
Hermann Markus, Rigauerstr. 107
Matthe, Gipsstr. 3
E. Mertins, Heidenbergstr. 168
Mühlsteff, Spandau, Bernauerstr. 5
Fritz Müller, Gräferstr. 4
Alfred Müller, Brunnenstr. 87
Romas Nowak, Weinstr. 8
Friedrich Oste, Madainstr. 10
Horn, Proell, Nennendamm
Friedrich Probst, Androssstr. 61

Bäckerei „Nordstern“

Inh. G. Müller
Filialen in allen Stadtteilen

Rakitt

Reichenbergerstr. 176
Admiralstr. 38 u. 19a

Arthur Roemer, Köth. Damm 101
Walter Rohr, Anklamstr. 26
Max Sander, Dunckerstr. 23
Otto Schmidt, Adalbertstr. 27
Helmut Schaubert, Chausse 5
Sikorski, Weissenhofstr. 11
R. Schade, P. Allee 81-83, P. O. N. O.
Paul Sorge, Prokaustr. 21

Rich. Schenk

Markus-
str. 28.
P. Schlauser, Anklamstr. 15
Paul Schulz, Hufelandstr. 2
H. Spillmann, Grüner Weg 111
Gustav Tappitz, Prinzen-Allee 41
Carl Tennert, Schlesischestr. 19
F. Tiedemann, Busch-R. Kasstr. 47
Füllholz in allen Stadt-
teilen.

Turban

Josef Ulrich, Manteuffelstr. 105

Volksbrot, E. G. m. b. H.

Otto Wagwitz, Müllerstr. 28
Ludwig Walter, Hufelandstr. 37
K. Walter Jr., Löwestr. 15

Hermann Wendt

Chlorastr. 53
F. H. Ackerstr. 1
Clemens Weise, Jablonstr. 1
Seitfabrik
Andreasstr. 72
Otto Winkler, Nanninstr. 37
E. Wolff, Grüner Weg 78

Sodanstellen

Arkona-Bad, Anklamstr. 24
Landsbergerstr. 107
Gollnowstr. 41

Bad

Weberstr. 40b
Am Kgt. 294
Caualt-Bad, Münzstraße 2
Neukölln
Anzengruberstr. 26
Münchener Bad
Neukölln,
Münchenerstr. 81

Bad Frankfurt

Gr. Frankf. Str. 156
Lieferant sämtl. Krankenkassen

Original Lohantien Bad

früher Mäusel, Wallstr. 70/74

National-Bad

Brunnenstr. 9
Bohag-Str. 17
Lief. all. Kassen

Bad Ostend

Kottbuser-
Damm 79
Reform-Bad, Wiener Str. 65

Silesia-Bad

Schlesische Str. 31

Viktoria-Bad

Kottbuser Damm 75
Friedrich-Wilhelmsbad
Chaussestr. 97

Bandagen, Gummw.

R. Bauke, Stralauer Str. 56
Berkholz, Köpenickerstr. 70
Lange, A. E., Brunnenstr. 167
Liepe, Schöneberg, Grönsalder 30
Meyer, P. Allee, Berlinerstr. 49-50
J. Ca. Pollmann, Lottigstr. 49
Reiche, A., Seydelstr. 16
Lief. all. Kassen

Zaremha

Weinbergweg 1
Drog., Hyg. Artikel.

Beleucht.-Gegenst.

Böttner, A., Danzigerstr. 96
Hochstr. 43
W. Schröder
Fabrikpreise

Bettfedern u. Betten

G. Behrends, Neuk. Kassestr. 104
Hilinski, Hufelandstr. 1, E. Schönb.
Carl Henze, Adressstr. 55, Seeliger
Max Schöne
reell und billig.
M. Zymanski, Alt. Moabit 82

**Erscheint 2 mal
wöchentlich.**

Amol
das
Hausmittel.

Drogen u. Farben

Reinh. Assmus, Gerlestr. 10.
Gustav Borsig, Weidenweg 80.
Brunnenstr. 108 u. 157 Apotheker
H. Wiegert.
A. Diepold, Taurroggenstr. 12.
Haeberlein, Trept, Grönsalderstr.
Prinz Handwerker, 2 Nbl. G. Wolff.
Klähn, H. Allee Kaiser-Friedrichstr. 214

Kneesebeck-Drop

Seidlich
Königs-Adler-Drogen-Fabrik, Danzigerstr. 7.
P. Lehke, Seidlich-Damm 1-2, Parf. am
Altr. Marsch, Culmann, 37.
Rathaus-Drogerie, Allee Hauptstr. 24.
Hermannstr. 57
Neukölln
G. R. Frenzel.

Prinzenstr. 103

Alfred
Hoffmann
Fr. Schlusmann, Liebenstr. 29.
Hugo Schultze, Müllerstr. 166-167.
Hyg. Gummw., Photogr.-Artikel,
Überwiegend Wilhelmshofstr. 44

Erich Preuß

Drogen, Hyg. Gummw., Briefe billigst.
Werder-Drogerie, Brit. Kaiserstr. 59
Zebel, Georg, N. Ackerstr. 50

Boerdig-Anst. Sargm.

Bredlow, Heidenbergstr. 14
Wertheimstr. 25
Otto Böttner, Seidlich, Hufelandstr. 11
H. Fischer, Hohenhofstr. 11
Bokow a. Bad. Kranhaus,
Oppelnerstr. 1
Max Fuchs
Frankfurter-Allee 170
Hansch, W. G. Grönsalderstr. 191
Höckel, Fr., Gr. Homburgerstr. 37
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a
H. Petermann, Streifenstr. 8
Peter-Schley, Wilh., Jansenstr. 11

Berufsbekleidung

Kelner, Otto, Gerlestr. 96
Roter-Laden, Schönb., Hauptstr. 168

Bierbrauerei, Bierh.

W. Adelung & A. Hoffmann
Akt.-Brauerei Potsdam, Bld. Sieder.
Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15
Brauseburg, H. Wilhelmshofstr. 110
Spez. Potsd. Stangenbier

Brauerei Königstadt

Feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Tivoli

Weiß- u. Malz-
Brauerei,
Fruchtstr. 87

Weissbier - Caramelbier

Brauerei E. Willner
Pankow.

Deutsche Bierbrauerei A.G.

Berlin-Fischelndorf

Groterjans

Malzbier, Schönb.-Allee 139, T. III, 5493

C. Habels Brauerei

hell - Habelbräu - dunkel.
Hempel, E., Müllerstr. 126 a.

Goldbier

ist nicht nur ein
Erfischungsgetränk, sondern
auch ein
Gesundheitsbier ersten
Ranges.
Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.
Luisenbrauerei Weissenau.

Münchener Brauhaus Berlin.

Löwen-Brauerei

vorzügl. Pils- und
Flaschen-Biere.

Victoria-Brauerei

Victoria-Saazerbräu
Weissbier, C. Breithaupt,
Potsdamerstr. 97, Tel. A. VII, 2634.

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.
Blumen-Fischer, Zöllnerstr. 49
E. Berger, Köth. Allee, Friedr. Str. 34, Bergstr. 30
O. Hahn, Seidlich, Allee 101
C. Laurent, Pankowstr. 11
F. Müller, Danzigerstr. 27.
Görner, A. & P. Metzner, Köth. Hufelandstr.
W. Rutschke, Köth. Hermannstr. 22

Topfkanzen aller Art

Brit., Rufnummer 22, 9374, Seik 134
Zastrow, H. Turinerstr. 24

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung
J. F. Assmann
35 Filialen in Berlin O.

Drei Kronen

Carl
Davidsohn

Gebrüder Groh

40 Filialen
in Berlin und Vororten

August Holtz

18 Detail-
Geschäfte.

F. HAGEN

22 Verkaufsstellen 22

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Nussbutter

täglich frisch
zu haben.
Richard Reck, Neue Königstr. 19 a

Wilh. Pleß, Buttergroßhdlg.

Berlin C. 54, Rosenthalerstr. 40
(Telefon 3742), Fernsp. J. Nord 3437

Gust. Schultze & Sohn

Kosmalla, E., 4 Detail-
Geschäfte

Schröter, R.

43 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram

Vereinte 48
Pommersche
Meiereien
Verkaufs-
stellen.

Cacao, Chocolate

Adler's Konditorei, Wraspelerstr. 47
Althaus, Kröner-Boch, Liederstr. 16

STOLWERCK

Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao

In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind
untereinander gleichwertig und
unterscheiden sich, wie die
deutschen Edelweine, nur durch
ihre Aromen.

Cylix, G.,

Filialen in
Berlin und Vororten

Fordern Sie

Kakao und Schokolade
Wesenberg

Cigarrenhandlungen

P. Hofer, Kottbuser-Damm 19
Müllerstr. 77, Seidlichstr. 3, Dresdenstr. 16

Klein, Wilh.

Müllerstr. 194,
Oberbaum 1
Krakow, Fr. NW, Wicelstr. 47
J. Nothmann, NW 87, Turmstr. 56
G. & S. Peterke, 10, Köthenerstr. 14
W. Schuster, NW, Nennendamm 28
Alb. Werner, Köth. Kaiserstr. 101

Damenkonfektion

Gallmann, Neukölln, Borsig, 123
Gelegenheitskäufe.

Dombrowsky

Carl-Jung-Str. 11
Anierg. nach Mad
Kottbuserdamm 78
Brunnenstr. 33

Restat, J.

Oskar Wolburg, Brunnenstr. 56

Eisen- u. Stahl-, Waff.

Alm, O., Köth. Kaiser-Friedrichstr. 4
W. Allner, Mühlackerstr. 24
Beutel, C., Köth. Neue Bahnh. Str. 28
Horn, Braun, Landstr. Allee 149
Otto Belg, Grüner Weg 19
Wraspelerstr. 69

G. Brucklacher

Emil Braun, Androssstr. 73
Ecke Oranien-
Gartenstr. 11

Carl Jung, Stromstr. 31

Franz Pfeiffer, O. Frankf. Allee 128
Eugen Huhn, Köth. Walterstr. 19

Jungbluth, Hermannstr. 172.

Berlin
Görsenstr. 37/38

H. Rockstroh,

Rühlmann P. Müllerstr. 40b, E. Seest.
F. Schubert, Veljeit, 10, E. Schönb.
Sollach, Th. Köth. Hermannstr. 48
E. Timm, Schönb., Waldemarstr. 73

Herm. Warschauer,

Müller-
Str. 29

Alex. Weimar

Alexandrinenstr. 14
Kottbusergerstr. 100
(Inb. Otto Janko)

Fahrräd., Nähmasch.

Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönehauser-Str. 11

Fahrrad-Haus Frischeauf

Brunnenstr. 35
Gründung und Eigentum der
radfahrenden Arbeiterschaft.

Färbereien, Wäscher.

Groß-Dampfwäscherei
„Spreizung“
Berlin SO, Forststr. 5-6
Tadlose Wäsche! Billigste Preise!

Ch. Engelhardt

Neukölln
Filialen in allen Stadtteilen
Groß-Berlin.

Concordia

Wilmshof-
str. 121

D. W. A. Haaga

Geleisstr. 22
Tel. III 1598

O. Naefe

Färberei u. chem. Wäscherei
1. Herren- u. Damenwäscher.
Läden in allen Stadtteilen
Berlin, Hildorf, Schöneberg

G. Kulliek, Färb., Wäscherei

Pilgerstr. 40/41, Wraspelerstr. 41
Südendammstr. 56, Wraspelerstr. 5
Müllerstr. 3, Köth. Hermannstr. 27-28

Fleischer u. Wurstw.

G. Anling, Neukölln, Köpenick, 74
August Birnsteln, Dunkerstr. 78.

O. Aschenbach

Lüderitzstraße
Nr. 60

August Bienerl

Kaiserin
Augusta Allee 9
Hans Ebbm, Weidenweg 31.
A. Bentele, Thaerstr. 21.

Wilhelm Behr

Wurstfabrik,
Speck- und Schinkensalzerel.
Berlin-Schöneberg, Köpenickstr. 17-18
Beste und billigste Bezugs-
quelle f. Wiederverkäufer.

K. Christ, Ebbingstr. 58.
Ph. Christ, Petersburgerstr. 43.
Darye, O., Finowstr. 4.
Thilo Dörgerloh, Eibitzstr. 23
St. Dornewald, Ebertstr. 29
W. Dörr, Schönb., Brunnenstr. 27
August Fenger, Grünauerstr. 8
Feyerthorn, F., Al-Bosnag 11
W. Friedmann, Köth., Wraspelerstr. 7
Oskar Fröhlich, Ebelingstr. 16.
Willy Gerick, Petersburgerstr. 21
Albert Goltz, Frankf. Allee 121
Fr. Gottsch, Taurroggenstr. 13
Gustav Göra, Waldemarstr. 21
Rob. Glens, Weissenhofstr. 40/41
Neue
Hochstr. 37
Oranien-
Straße 17.
Götschmann's Aufwachen-
Centr., Wicelstr. 159
O. Gleich, Köth., Hohenhofstr. 11
R. Orlinger, Charl., Conerstr. 22
F. Gutschmidt, Köpenickstr. 19
A. Herold, Ackerstr. 61
Heinrich Höhne, Skalitzerstr. 27.
Janik, C., Köpenick-
str. 8
Fr. Jantch, Köth. Damm 15, Pleiß, Wrasp.
H. Fleisch u. Wurstw.
Herr. Jochmann, Ziehlstr. 41
Wilhelm Kitz, Kniprodstr. 118
Fritz Klein, Kottbuserdamm 12
Bruno Keller, Moabit
Huttenstr. 11
Otto Koch, Allee Jacobstr. 17
Fritz Koebke, Kl. Androssstr. 11
Bruno Kusche, Fenchelstr. 28
Ernst Kolbe, O. 112, Wicelstr. 19
Königsbergerstr. 87
A. Krumm, II. Fleisch u. Wurstwaren
M. Kops, Reichelstr. Köpenickstr. 154
H. Kunert, Schöneberg, Götchenstr. 41
A. Lange, Köth., Köth., Köth., Köth.
Neukölln,
Rob. Lindner, Niemöllerstr. 8
Wilhelm Liebherr, Weiden-
weg 73
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 49
August Lincke, Alte Jacobstr. 26
Emil Lindigkeit, Nischikirchstr. 3
Lochmann, Malplaustr. 28
Luebk, Joh., Fleisch u. Wurstfabr.
Lebensmittelvertrieb Kaiser-Wilhelmstr. 99
Aug. Maar, Schulstraße 109
Märk. Fleischk. Köth., Wraspelerstr. 73
M. Mauersberger, Köth., Kanterstr. 16
Max Metzler, Rigauerstr. 16
R. Müller, Pankow, Wollankstr. 101

A. Möbes Nchf.

Fleischwaren u. Wurstfabrik
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4

Georg Neumann, Gärtnerstr. 19.

Frankfurter
Allee 175.

N. P. Zimmermann

Herr-Drogerie Fleisch u. Wurst-Zentrale
Suessstr. 113
Anklamstr. 17

Paul Nuss

Stolpische
Str. 23.

P. Ptach

Wurstfabrik, Landsberg-
Allee 130, Spa. Roll-
schink, Nusschink, Schinkenspeck

Hodowald, Prenzl. Allee 1, Tel. 2294
Franz Rose, Frankf. Chausse 114
Ottomar Rudolph, Gärtnerstr. 17
Horn, Rauchfeld, Ziehlstr. 11
A. Rehmet, Moab., Perlebergerstr. 2
E. Rummelndorf, Thaerstr. 60
Hermann Schmidt, Thaerstr. 49
Gebr. Schulz, Lithauerstr. 7
W. Seigling, Christburgerstr. 43
Max Schick, Langestr. 67
Th. Schumann, Heimbühelstr. 1
Otto Schmalz, Jahnstr. 1
Schramm, Jahnstr. 12, Trup. Pl. 11797
Otto Schleusener, Köth., Köpenickstr. 4
Köpenick, 93
Spreizung, Köpenick, 110
Ang. Schrygell, Köth., Teupitzerstr. 110
Hohenfried-
bergerstr. 1.
E. Schauer, Hutenstr. 70.
E. Scherzberg, Köpenickstr. 1, Hansstr. 9
Möllerstr. 106 a
Starg. Fleisch-Zentrale, Stargardstr. 62
Th. Spring, Fleisch u. Wurst-Fabr.
F. Sommermann, Berthegauerstr. 98
E. Trapp, Wraspelerstr. 10, Waldemarstr. 53
Gust. Tschentke, Bröselerstr. 53
Tschentker, Stralauerstr. 8
Max Tümmel, Christburgerstr. 24

8. Generalversammlung der Kupferschmiede.

In der Debatte über den Punkt

Stettin, 27. März.

„Arbeitsvermittlung“

fennezeichneten die Redner die Praktiken der Unternehmernachweise; sie bezeichneten die Arbeitsnachweise der Metallindustriellen als Maßregelungsbureau. Der Vorschlag des Referenten, eine Verbands-Zentralstelle für die Arbeitsvermittlung zu schaffen, stieß auf Widerspruch. Zunächst müßten die Bezirksarbeitsnachweise besser ausgebaut werden. Der Münchener Delegierte Bialek verlangte für die paritätischen Arbeitsnachweise das Obligatorium. Der Standpunkt der Generalversammlung kommt in einer gefassten Entschließung zum Ausdruck, in der gesagt wird:

„Die Generalversammlung verpflichtet sich, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des achten Gewerkschaftskongresses für die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise überall da einzutreten, wo es nicht durchführbar erscheint, eigene Arbeitsnachweise zu errichten. Für die paritätischen Arbeitsnachweise ist das Obligatorium anzustreben.“

Entschieden zu bekämpfen sind die sogenannten Arbeitgebernachweise, weil sie ihre Aufgabe, wie aus Aussprüchen ihrer Gründer unzweifelhaft hervorgeht, darin erblicken, die Arbeiterbewegung rücksichtslos zu bekämpfen.“

Heber die letzten

Gewerkschaftskongresse

Berichtete Kühne-Berlin, der die Beschlüsse der Kongresse ausführlich besprach. Die Generalversammlung erklärte sich mit diesen Beschlüssen einverstanden.

Von dem

Internationalen Metallarbeiterkongress

in Birmingham im Jahre 1910 berichtete Cohen-Berlin. Auf dem Kongress waren 780 000 organisierte Metallarbeiter aus 13 Ländern vertreten. Cohen gab ein anschauliches Bild der internationalen Metallarbeiterverhältnisse.

Der Verbandstag nahm nun die

Beratung der allgemeinen Anträge

vor. Dabei fand ein Antrag Annahme, der den Vorstand beauftragt, gemeinsam mit dem Ausschuss eine Statutenänderung vorzunehmen, falls sich eine solche bei Inkrafttreten der Richtungsverordnung notwendig macht. Heber einen Antrag Hanau, der Verband möge zwecks einer Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband in Verhandlungen treten, ging die Generalversammlung gegen 5 Stimmen zur Tagesordnung über. Der Berichterstatter der Statutenberatungskommission betonte hierzu, daß die Kommission den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung nur deshalb gestellt habe, weil sie der Ansicht sei, daß eine so wichtige Frage nur dann entschieden werden könne, wenn sie zuvor gründlich erörtert, ein Referent und Korreferent gestellt sei. Wegen dieser Ansicht erhob sich kein Widerspruch.

Für die Besatzungskommission berichtete hierauf Damm-Berlin. An den Bericht schlossen sich längere Erörterungen, die aber nur internen Charakter haben.

Der Verbandstag begann dann die Statutenberatung, die morgen fortgesetzt wird.

Reichskonferenz der Straßenbahner.

Frankfurt a. M., 27. März 1913.

Nach einer Pause von sechs Jahren traten heute im hiesigen Gewerkschaftshause die Vertreter der Straßenbahner zusammen, um neue Richtlinien für den weiteren Ausbau ihrer Organisation zu schaffen und grundsätzliche Fragen anderer Art zur Erörterung zu bringen. Die Konferenz ist sehr zahlreich besucht. Es sind erschienen 49 Delegierte, Vertreter des Hauptvorstandes des Transportarbeiterverbandes. Ferner nehmen an der Tagung teil die Reichstagsabgeordneten Dr. Quard, Bender, Schumann und Genosse Dorschu vom Gewerkschaftskartell. Nach herzlichen Begrüßungsansprachen durch Rathmann-Berlin, Lehmann-Frankfurt a. M. sowie des Genossen Dorschu, der die Grüße der 45 000 gewerkschaftlich organisierten Frankfurter Arbeiter überbringt, hält Genosse Dr. Quard eine auf den herzlichsten Ton abgestimmte Begrüßungsansprache, in der er die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Straßenbahnbetriebes für die Organisation bespricht, ferner auf das Strebertum verweist und die Hoffnung ausdrückt, daß es trotz allen Schwierigkeiten der Organisation gelingen möge einen Weg zu finden, auf dem sie wieder vorwärts marschieren könne.

Dann hält Schumann-Berlin ein Referat über das

Koalitionsrecht der Straßenbahner Deutschlands.

In instruktiver Weise bespricht er zunächst die Entwicklung des Koalitionsrechtes, dann die vielfachen Versuche, dasselbe zu

bekämpfen und besonders für die Straßenbahner illusorisch zu machen. An den Veröffentlichungen, Vorschritten und Verordnungen verschiedener Straßenbahnbetriebe, so in Dresden, Elberfeld, Pforzheim und Remel weist Schumann nach, wie man bestrebt ist, den Angeestellten auch das letzte Restchen Freiheit zu rauben. Gegen diesen Versuch, den Transportarbeiterverband tot zu reden, schreiben und „verfügen“, müsse die Organisation energig Front machen. Sie habe dabei das Recht auf ihrer Seite, denn von allen denen, die etwas von der Sache verstehen, werde zugestanden, daß das Koalitionsrecht für Straßenbahner nicht aus der Welt zu schaffen ist. Jetzt soll nun ein neues Gesetz die Arbeiter in öffentlichen Betrieben zu Sklaven machen. Man will sie bei schwerer Strafe von jeder Vereinigung angeblich im „öffentlichen Interesse“ fernhalten. Aber halt „öffentlich“ muß man immer lesen „Profit“, dann weiß man wohin der Weg geht. Besonders mit dem falschen Schein des Beamtencharakters wird ein großer Unfug getrieben, denn damit wird den Angeestellten jede Bewegungsfreiheit genommen und sie werden wirtschaftlich oben-dreißin schwer geschädigt. Lebhaft wendet sich der Redner zum Schluß gegen den Vorwurf, der Verband hebe nur zu Streiks, treibe Sabotage usw. und stellt fest, daß nur in ganz außerordentlichen Fällen zur Arbeitseinstellung gegriffen worden ist, wenn die Verwaltung zu gar keiner Verhandlung bereit war. Gerade bei der Stellung, die wir dem Publikum gegenüber einnehmen, haben wir alles zu vermeiden, dessen Sympathie zu verlieren. Auf alle die Redereien, Hebeln und Verjüde, die Straßenbahner rechlos zu machen, könne nur die Antwort erfolgen: alle Tram-bahner müssen sich gewerkschaftlich organisieren.

Die Diskussion, die sich diesem Vortrage angeschlossen, ist feindsel zu nennen. Sie zeigte, daß die Dinge in der Tat so liegen, wie sie Schumann geschildert hat. Einstimmigkeit kann konstatiert werden in der Verurteilung der Beamtencharaktere, sie müße den Straßenbahner absolut nicht. Heber die Streiks in Hamburg und Königsberg wurden nähere Angaben gemacht und besonders bei Königsberg der reaktionäre Charakter der dortigen Verwaltung geschildert. Es wird in diesen Verhandlungen systematisch darauf hingearbeitet, die Straßenbahner von jeder Organisation zurückzuhalten. Von großem Interesse waren die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Quard, der darauf verwies, daß nach dem heutigen Stand der Frage des Koalitionsrechtes keine Rede davon sein könne, daß den Straßenbahner das Koalitionsrecht genommen ist, wenn sie nur den Mut haben, es zu benutzen. Wenn heute viele Verwaltungen dazu übergehen, ihnen dasselbe freitrag zu machen, dann nur aus der Urfache heraus, daß sie wissen, daß die Tram-bahner wenigstens zum Teil noch sehr gleichgültig diesem Raube zusehen. Wenn Sie so sehr besorgt sind, Ihre Rechte zu erhalten, wie es die Junker tun, wenn es sich um die Erhaltung alter Polizeigesetze oder der Gesindeordnung handelt, dann wird niemand wagen, Ihnen dieses Recht freitrag zu machen. Ähnlich spricht sich Reichstagsabgeordneter Genosse Vender aus. Es sprechen noch eine große Reihe Redner zu dieser Frage und die Fülle des vorgebrachten Materials steigt ins Unermessliche. Schließlich wurde dieser Punkt mit der Annahme einer Resolution abgeschlossen, die folgendermaßen lautet:

Die zweite Konferenz der Straßenbahner Deutschlands protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Bestrebungen, den in Straßen- und Kleinbahn- sowie in Hochbahnbetrieben beschäftigten Arbeitern und Angestellten das Koalitionsrecht durch gesetzliche Bestimmungen oder auf dem Verordnungswege ganz zu entziehen bzw. eine Beschränkung dieses Rechts herbeizuführen.

Die Konferenz fordert vielmehr ausdrücklich eine Klar- und Sicherstellung des Rechts der Koalition durch Unterstellung der Straßenbahnarbeiter und Angestellten unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung sowie alle diejenigen Gesetze, welche zum Schutz der gewerblichen Arbeiter geschaffen werden.

Zusätzliche erhebt die Konferenz Protest gegen die Versuche der Betriebsleitung, den Arbeitern und Angestellten das Koalitionsrecht durch Vertragsbestimmungen, Dienstverordnungen oder Verfügungen illusorisch zu machen.

Sie verlangt Garantien dafür, daß die Ausübung und Tätigkeit des Koalitionsrechtes der in Frage kommenden Arbeiter und Angestellten durch Schaffung entsprechender gesetzlicher Schutzbestimmungen sichergestellt wird.

Die Konferenz protestiert ferner gegen alle Maßnahmen, den Arbeitern und Angestellten das Recht der Kontrolle bei Arbeitseinstellungen zu benehmen oder dasselbe zu beseitigen.

In dem diesbezüglichen Eingreifen der behördlichen Organe zugunsten des Unternehmertums erblicken die Konferenzteilnehmer einen offenkundigen Rechtsbruch. Sie verlangen, daß auch das Recht der Kontrolle bei Arbeitseinstellungen den Arbeitern und Angestellten garantiert und dessen Verletzung unter Strafe gestellt wird.

Aus der Frauenbewegung.

Säuglingssterblichkeit.

Der „Reichsanzeiger“ bringt eine Zusammenstellung über die Säuglingssterblichkeit in den deutschen Bundesstaaten im Jahre 1911. Daraus erkennt man, wie ungeheuer groß die Zahl der Säuglinge ist, die dem Kapitalismus alljährlich zum Opfer fallen.

Von 100 Lebendgeborenen starben im ersten Lebensjahre: 1903 20,7; dann sank die Ziffer bis auf 16,2 im Jahre 1910, um im nächsten Jahre wieder auf 19,2 hinaufzusteigen. Die Sterblichkeit zeigt sich in den verschiedenen Bundesstaaten sehr abweichend.

Nach dem Statistik findet sich die größte Säuglingssterblichkeit in Sachsen-Altenburg mit 25 Proz. und im Königreich Sachsen mit 22,8 Proz., beides Länder mit hervorragender Industrie und weitverzweigter Heimarbeit. Sachsen-Altenburg mit seiner Hut- und Kartonnagenindustrie hat mit 25 Proz. die größte Säuglingssterblichkeit in ganz Deutschland. Im Königreich Sachsen ist es hauptsächlich die starkentwickelte Textilindustrie, die den Säuglingen die Mütter fortnimmt. Die Säuglingssterblichkeit im Königreich Sachsen betrug 1905 noch 27,5 Proz., sank dann auf 20,1 Proz. im Jahre 1908 und stieg bis 1911 wieder auf 22,8 Proz. Außer einigen kleinen Staaten hat auch Bayern noch eine erschreckend hohe Säuglingssterblichkeit. Dabei zeigt es sich, daß Bayern links des Rheins, die Pfalz, in dieser Beziehung viel günstiger steht als Bayern rechts des Rheins. Dieses hatte 1911 eine Säuglingssterblichkeit von 23,1 Proz., jenseit von nur 17,1 Proz., also um 6 Proz. weniger! Außer einigen Kleinstaaten findet sich dann in Württemberg und in Preußen noch eine relativ hohe Säuglingssterblichkeit. Die niedrigste Säuglingssterblichkeit in Deutschland beruht im Großherzogtum Hessen, wenn man von Waldeck und den beiden Lippe wegen ihrer Kleinheit absieht. Verhältnismäßig günstig stehen auch die Hansestädte da, an der Spitze Bremen mit 14,1 Proz. Säuglingssterblichkeit. Im ganzen geben die Prozentziffern der Säuglingssterblichkeit ein Bild der Industrieentwicklung und demnach der sozialen Lage des betreffenden Landes. Staaten mit großer Industrie und starker proletarischer Bevölkerung haben die größte Säuglingssterblichkeit. Bis zum Jahre 1905 aberwoog noch die Säuglingssterblichkeit in den Städten, dann aber wurde das Verhältnis umgekehrt. Die Säuglingssterblichkeit auf dem Lande ist erschreckend hoch geworden. Folgende Uebersicht beweist das. Es starben in Preußen

	in Landgemeinden	in Stadtdemeinden
	auf 100 Geborene	auf 100 Geborene
1904	17,94	19,29
1905	19,84	19,91
1907	18,9	18,6
1908	17,4	17,0

Auch Bayern erreicht keine hohe Sterblichkeitsziffer nur durch die des flachen Landes. Welches ist nun die Ursache der hohen Säuglingssterblichkeit auf dem Lande? Zweifellos die ganz ungeheure Zunahme der Frauenverwerbsarbeit in der landwirtschaftlichen Industrie und in der Landwirtschaft überhaupt. Die Landarbeiterin genießt keinen gesetzlichen Schutz. In langer Tagesstunde muß sie die schwere Arbeit bei vollständig ungenügender Ernährung verrichten; um ihre Bekleidung ist es traurig bestellt. Ihre Kinder sind ohne genügende Aufsicht und Pflege dem Verderben, ja dem Tod ausgeliefert. Mehr und mehr ist bei der ländlichen Bevölkerung Ueberarbeit und Unterernährung festgestellt worden. Die Frauen arbeiten, da ihnen keine gesetzliche Unterstützung gewährt wird, fast bis unmittelbar vor der Entbindung und nehmen sie so früh wie möglich nachher wieder auf. Daß sie keine kräftige, lebensfähige Säuglinge gebären können, ist natürlich. Einen wie großen Einfluß die schlechte soziale Lage auf die Säuglingssterblichkeit in Arbeiterkreisen stets viel höher ist als in Gegenden mit sozial gut gestellter Bevölkerung, die Sterblichkeit betrug in den Arbeiterdörfern Berlins

Weschensee	31,91 Proz.
Orly	29,34
Lichtenberg	25,11
dagegen im Villenort	
Dahlem	6,67

Und so ist es nicht nur in Berlin, sondern überall. Gebt den Säuglingen gute Nahrung, gebt ihnen hohe sonnige Räume mit guter, frischer Luft, gebt ihnen geeignete Kleidung und Lagerstätten, vor allem gebt ihnen die richtige Mutterpflege — und die Säuglingssterblichkeit wird in überraschender Weise sinken.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 30. März, vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6, Vortrag von Herrn Dr. R. Vele: „Ehatespeares Menschheitstragödien“. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen. Montag, abends 8 Uhr, in „All-Berlin“: Beschließende Versammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbestätte der Metallarbeiter (E. P. 29), Hamburg. (Kittale Baumhäuserweg) Heute Sonnabend, den 29. März, abends 8¹/₂ Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal von Boche, Baumhäuserstr. 67.

Neueröffnet in Halle - Danzig
Posen - Königsberg



Stiller

Gegründet 1867

Wer aus irgend einem Grunde Ursache hat, mit seiner Fußbekleidung unzufrieden zu sein, der frage

Stiller-Stiefel

* * Er wird zufrieden sein! * *

Zentrale: Jerusalemer Straße 32 - 35

Poisdamer Strasse 2	König-Strasse 25-26	Chaussec-Str. 114/115
Taunizien-Str. 19a	Rosenthaler Strasse 5	Schöneb., Hauptstr. 146
Taunizien-Str. 7b	Oranien-Strasse 161	Neukölln, Bergstr. 25
Friedrich-Strasse 75	Gr.Frankfurterstr.123	Charl.Wilmersdorferstr.45

Was sind Ausnahme-Tage??

Nach unserer Beurteilung ein Beweis, dass der Geschäftsinhaber, der sie veranstaltet, seine Waren billiger verkaufen kann — wenn er will, und das Wort „Ausnahme“ nur als Lockmittel benutzt.

Welcher Missbrauch aber mit solchen „Ausnahmetagen“ getrieben wird, haben wir erst kürzlich wieder festgestellt. Eine Firma veranstaltete Ausnahmetage für Loden-Pelerinen, die an den „Ausnahmetagen“ **sage und schreibe 15 Pfennig billiger** verkauft wurden wie an anderen Tagen. Die Beurteilung solcher Geschäftsführung überlassen wir dem geehrten Publikum. Firmen, welche ihre Preise sofort billigst berechnen, haben nicht nötig, das Publikum durch Ausnahmetage und dergleichen anzulocken. Zu diesen Firmen gehört auch die H. K. G., welche auf Grund ihrer Preisberechnung: **Selbstkostenpreis + 10%**

alle Waren jederzeit gleichmässig billig zum Verkauf bringt

Unser Verkaufssystem: **Selbstkostenpreis + 10%** bietet dem Publikum bedeutende Ersparnisse

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H.

Neue Schönhauser Str. 1 | Charl., Wilmsdorfer Str. 165 | Neukölln, Kottbuser Damm 72 | Moabit, Turmstrasse 73
Ecke Weinmeister- und Münzstrasse | Ecke Berliner und Scharrenstrasse | Ecke Lenastrasse | vis-à-vis der Emdener Strasse

Verlangen Sie kostenfrei unsern Haupt-Katalog. — Sonntags von 12 bis 2 Uhr geöffnet.



Möbel-Cohn

1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58
2. Geschäft: Grüner Weg 109
Bitte genau auf Hausnummern zu achten.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche:
Mark **15 30 50 75**
bis 25 bis 45 bis 70 bis 100
Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
jeder gewünschten Art von 10 M. Anzahlung an.
Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Liefere auch auswärtig, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Sonntags 12-2 geöffnet.

Goldperle

*Verlangen Sie unsern Katalog
Lief. u. Goldperle*

Das unübertroffene
Veidenseifenpulver
enthält reizende und nützliche
Geschenke wie Messer, Scheren,
Gabeln, Löffel, Portemonnaies
usw.

Die richtige
Quelle für!
HÜTE u. MÜTZEN
Steife Hüte v. 2.00 M. an
Weiche Hüte v. 1.50 M. an
Hut-Arnold
Berlin S. Dresdenerstr. 116

Monats-Garderobe

Von Kavaliere getragene Ulster, Jackett, Rock, Frack, Smoking-Anzüge, teils auf Seide gearbeitet, sowie großes Lager in neuer eleganter Herren-Garderobe wegen Umbau zu besonders billigen Preisen.

Türkischer, Prinzenstr. 79 am Moritzplatz

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 29. März 1913

Urania. Auf's Batterhorn.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Gigares Hochzeit.
Kgl. Schauspielhaus. Der große König.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Königgräber Straße. Brand.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. „Hohenzollern“-Fahrten.
Kammertheater. Schöne Frauen.
Deffing. Erziehung zur Ehe. Tod und Leben.
Aroll. Das Gnadenbild.
Theater des Westens. Die beiden Hussen.
Berliner. Filmzauber.
Aletius. Professor Bernhardt.
Ausführlicher. Nigolotta.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Deutsches Opernhaus. Der Freischütz.
Schiller O. Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Schiller-Charlottenburg. Cyrano von Bergerac.
Groß-Berlin. Das Farmer Mädchen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Theater am Kollendorferplatz.
Extrazug nach Nizza.
Reichshallen. Die beiden Husaren.
Montis Operetten-Theater.
Residenz-Theater.
Die Frau Präsidentin.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Die Heze.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.
Berliner Eispalast. Lebende Skulpturen.
Sternwarte, Invalidenstr. 57-52.

Schiller-Theater O. Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Im weißen Rössl.
Montag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Sonnabend, 8 Uhr: Zum 1. Mal:
Cyrano von Bergerac.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
König Lear.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Andere.
Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Theater in der Königgrätzer Straße
7 1/2 Uhr: Brand.
Theater am Kollendorferplatz
In allen Tagen der Woche
8 Uhr:
Extrazug nach Nizza.
Theater des Westens.
8 Uhr: Die beiden Husaren.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Frauensticker.
Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Kurt Korben 1141.
8 Uhr: Der Zigeunerprimas.
Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Presidente).
Schwanz in 3 Akten
von H. Henneguin u. F. Feber.
Nocquet und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Bühnen-Größen“
Burleske von
Meysel und
Britton.
Anfang
— 8 Uhr. —

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der gute Ruf.
Luisen-Theater
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Im wunderschönen Monat Mai.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
„Und hätte der Liebe nicht...“
Sonntag, abends 8 Uhr:
Vor 100 Jahren
oder: Napoleons Sieg und Fall.
Montag, abends 8 Uhr:
Im wunderschönen Monat Mai.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Verlassene Frauen.
Vollständ. in 5 Akten von H. Ringen.
Sonntag 3 Uhr: Die Anna-Lise.
8 Uhr: Verlassene Frauen.
Walhalla-Theater.
Weinbergsweg 10/30. Täglich 8 1/2 Uhr:
Parole: Walhalla!
Große Jahresrevue.
Vorgangarten haben täglich Gültigkeit.
Sonntag, nachm. 8 1/2 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Passage-Panoptikum
Mac-Frog, der unersättliche
Froschschluck
Das Verschlucken u. Zurückbringen leb. Frösche u. Fische.
Die WILDEN
Feuerfresser
in ihren
fant. Märtyrer-Produktionen.
Alles lebend!
Alles ohne Extra-Entree!

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Auf's Batterhorn!
Abends 8 Uhr:
„Hohenzollern“-Fahrten.
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund
und G. Montomali.
Musik von Jean Gilbert.
An Scene geföhrt u. Dir. Rich. Schulz.
Karl Bachmann J. Giampietro
G. Thielscher V. Norbert
H. Ballot J. Russka Ly Winter
Morgens nachmittags 3 Uhr:
Leichte Cavallerie u. Flotte Bursche.
Herrnfeld
Theater
Neuer großer Erfolg!
Schonzeit-Jäger.
Liebesprobe.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkassa).
Theater Königstadt-Casino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße.
1 Minute u. Bahn. Jannowitzbrücke
Tägl. abds. 7 1/2, Sonnt. 7 1/2 Uhr:
O, diese Chauffeure!
Festspiel von Rich. Kehler — u. das
groß. Spezialitätenprogramm
Red. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Zirkus
Albert Schumann.
Heute Sonnabend, 29. März,
abends 7 1/2 Uhr:
High-Life-Evening.
U. a.:
Direktor A. Schumann
mit seinen neuen Creationen.
10 Lio-Hoi-Tschu's 10
chinesische Gaukler.
Der lebende Propeller.
Mr. Belly and Bera.
Eine Kugelpartie zu Pferde,
geritten von 8 Herren,
u. das übrige Glatzprogramm.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.
Sonntag, den 30. März:
2 gr. Galavorstellungen.
Voigt-Theater.
Gehandbrannen. Badstraße 58.
Sonnabend, den 29. März 1913:
Zum Benefiz für Otto Rein:
Lassalles Ende.
Drama in 3 Akten von J. Rheinhard.
Kasseneröffnung. 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Casino-Theater
Lötzhilfer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Stürme der Feiterzeit erzeugt
die neue urförmliche Völle
Arturs Flitterwochen.
Dazu der erhellende bunte Teil.
Nur Attraktionen 1. Rang.
Sonntag 4 Uhr: Die Hochzeit.

Schluss der Saison:
Donnerstag, 3. April.
Zirkus Busch.
Heute Sonnabend, 29. März,
abends 7 1/2 Uhr.
Letzter Sonnabend.
Große Gala-Sports-Vorstellung!
Karl-Eugen-Troupe,
Gymnastik in höchst Vollend.
Red & Best, Manögekomiker.
Der mysteriöse Deckenläufer?
Clown Pepino
mit seinem Tierzirkus.
Zum Schluss: „Sevilla“.
Avis! Sonntag 3 1/2 Uhr:
„Sevilla“ ungekürzt!
Nur noch 3 Tage!
Zirkus Barum
nebst gr. Raubtier-Dressurschau.
Berlin N., Triftstraße,
an der Müllerstraße.
Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Parade-Abend
mit vollst. neuem Programm!
Letzter Sonntag! Letzter Sonntag!
Sonntag, den 30. März,
nachmittags 4 Uhr:
Fremden- u. Familien-Vorstellung.
In dieser Vorstellung zahlen
Kinder unter 10 Jahren halbe
Preise, außer Sperrsitze und
Logenplätze. — Abends 8 Uhr:
Gala-Sport-Abend.
In all. Vorstell. Vorführ. d. ges.
samten Raubtierdressuren und
Auftr. all. übr. Attraktionen.
Abendszahl. Kind. volle Preise.
Volks-Theater
Neukölln, Hermannstr. 20.
Sonntag, den 30. März:
Die Ehebrecherin.
Schauspiel in 3 Akten von
Schamberg u. Weiß.
Anfang 8 Uhr.
Montag, 31. März, geschlossen.
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr.
Die Novitäten:
Des Löwen Erwachen.
Bunter Teufel.
Flohs Seitensprünge.
Für den Inhalt der Zigarette
übernimmt die Redaktion dem
Substitutum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert.
Gastspiel des Philharmonischen Blasorchesters
aus Mailand. Dirigent: Maestro Loreto Tesone.
Musik: 2. Garde-Regiments z. F. Dirig.: Oberm. Graf.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen bei freiem
Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert Eintritt.

Die Bürgerschaft

für streng reelle Bedienung bietet Ihnen das Verkaufssystem der Deutschen Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.

„Selbstkostenpreis + 10 Proz. Nutzen“

Durch diese Verkaufsart machen die Käufer nicht nur erhebliche Ersparnisse, sondern werden auch vor jeder Uebervorteilung geschützt. Gemäß ihrer beim Amtsgericht niedergelegten Statuten ist die Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H. an obige Vertriebsart gebunden und macht sich strafbar, wenn sie mehr als 10 Proz. auf den Selbstkostenpreis aufschlägt.

Wir verkaufen z. B.	Herren-Ulster	-Paletots	-Anzüge
	Selbstkostenpreis 18.—	24.—	31.— 39.—
	Verkaufspreis 19.80	26.40	34.10 42.90

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.

Chausseestr. 27 (nahe Invalidenstr.) Gr. Frankfurter Str. 4 (Ecke Fruchtstraße) Turmstr. 80 (neben kl. Tiergarten) Neukölln, Bergstr. 7/8 (Ecke Prinz-Handjerystr.)



Zeitungs-Ausgabebestellen und Inseraten-Annahme.

- Zentrum: Albert Dahnisch, Adelerstr. 174, am Koppenplatz.
2. Wahlkreis: W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14, hochpöckerre. S. und SW. Hermann Berner, Gneisenaustr. 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Brinckenstr. 31, Hof rechts dort.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 120. — Richard Adelsbuch, Vetschburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis: Südosten: Paul Böhm, Kaufmännischer Platz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Buch, Ammannstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit): Salomon Kolesch, Salzpeleierstr. 8.
- Wedding: J. Dönnich, Müllerstr. 34a, Ecke Ullricher Str., Laden.
- Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
- Gesundbrunnen: Fischer, Beckenstr. 6, Laden.
- Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Weisenhagener Str. 22.
- Adlershof: Karl Schwarzlose, Altmärkerstr. 60.
- Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Köpenickerstr. 6.
- Baumgartenweg: H. Hornig, Gartenbäckerstr. 13, L.
- Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Heinrich Broske, Wühlstr. 5, Laden.
- Bohnsdorf, Falkenberg und Falkenhorst: Paul Gensch, Bohnsdorfer, Wenzelschloßhaus, Paradies.
- Charlottenburg: Gustav Scharberg, Selenheimerstraße 1.
- Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Wähle, Stadtrandstr. 99.
- Erkner, Neu-Zittau: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
- Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf: E. Schäfer, Petershagen.
- Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: H. Bernies, Wühlstr. 5 in Steglitz.
- Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Bertmann, Friedrichshagener, Köpenicker Straße 16.
- Grünau: Hans Klein, Friedrichstr. 10.
- Johannisthal, Rudow: Max Bonshar, Pariserstr. 6.
- Karlshorst: Richard Müller, Köpenickerstr. 9, II.
- Königs-Wusterhausen, Wildau: Friedrich Baumann, Bohnsdorferstr. 8.
- Köpenick: Emil Böhler, Fischerstr. 6, Laden.
- Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Gartenbergstraße 1 (Laden).
- Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: P. Seyberg, Kaulsdorfer, Herbinandstraße 17.
- Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.
- Marienfelde: Emil Weiser, Berliner Str. 114 II.
- Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Leh, Wolterstraße.
- Neukölln: H. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden; Neukölln, Brigg: Robert, Stegriedstraße 28/29.
- Nieder-Lohme: Karl Freitag.
- Nieder-Schöneeweide: Wilhelm Unruh, Brückenstr. 10, II.
- Nowawes: Wilhelm Dabbe, Friedrichstr. 7.
- Ober-Schöneeweide: Wilfried Haber, Wilhelmshofstr. 17, II.
- Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Erz-Buchholz, Blankenburg: Rihmann, Wühlstr. 30.
- Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: H. Gurtich, Wühlstr. 56, Laden.
- Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: K. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
- Schenkedorf & Königs-Wusterhausen: Chr. Dantsche, Dorfstr. 10.
- Schöneberg: Wilhelm Böhmier, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
- Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Wühlstr. 64.
- Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Kienast, Wühlstr. 10.
- Teltow: Wilhelm Dornow, Teltow, Berliner Str. 16.
- Tempelhof: Joh. Krohn, Dorffstr. 62.
- Treptow: Rob. Gramenz, Kiebsplatzstraße 412, Laden.
- Weißensee, Helmersdorf: R. H. Hermann, Sedanstr. 105, part.
- Wilmsdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schuber, Wühlstr. 27.
- Zeuthen, Niedersdorf: Ernst Häting, Zeuthen, Niedersdorfer Str. 14.
- Sämtliche Zeitungsverleger sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Wachsmann & Co

Reinickendorfer Strasse 15
neben der Feuerwache — Aufgang Ravenestrasse

Möbel

solide, geschmackvolle und moderne
Wohnungs-Einrichtungen

sowie einzelne Ersatzstücke, Polsterwaren
Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren, Betten
Bett-, Tisch- und Steppdecken

Kinderwagen **Schuhwaren**

mit und ohne Anzahlung
bei ganz leichter Abzahlung

Herren-
Damen-
und
Kinder-
Garderobe
auf
Teilzahlung

redit!

Das größte Abonnementshaus feinsten
Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine

Monats-Garderobe direkt an Private.

Anzüge und Paletots von 10 M. an.

Friedrichstr. 108 Eingang Johannisstr.
durch den Hausflur.

vis-a-vis der Karlstraße.

Ohne Anzahlung

lietern an jedermann
Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bezugsfristiger Abzahlung
komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne

Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen,

Portieren, Gardinen, Lein- und Bettwäsche, Steppdecken,
Teppiche, Betten, Kronen, Kinderwagen usw.
in modernster Ausführung. — Ferner

Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
Größte Auswahl neuester Fassons.

S. DORN, Weinmeisterstraße 9
Ecke Alte Schömanner Straße.

1 M.
wöchentlich Teilzahlung
liefern elegante
Herren-Moden
Ersatz für Mass
Mass-Anfertigung
Feinste Verarbeitung.
Garantie: tadelloser Sitz

J. Kurzberg, Mass-Schneiderei
Rosenhaler Str. Nr. 36, I Hackescher Markt
Frankfurter Allee 104, parterre Ecke Friedenstr.
Reinickendorfer Str. Nr. 4, I am Weddingplatz

Möbel
Komplette
Einrichtungen
mit und ohne
Anzahlung
zu ganz leichten Bedingungen

Diskret - Reell - Kulant

154 Richard Krumbeck Berlin O. 154
Frankfurter Allee 154

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
I.: Neue Friedrichstr. 33
an der Zentral-Parkthalle
II.: Turmstr. 67, I. Etage,
lietern an jedermann elegante
Herren-Garderoben
nach Maß
unter Garantie für tadellosten Sitz
gegen wöchentliche Teilzahlung
von **1 Mark** an.
Zuschneiderei u. Werkstatt im Hause.
Auf Wunsch Besuch des Reisenden
mit neuesten Stoffmustern.
Besondere Abteilung für fertige Garderobe.
Sonntags geöffnet.

In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

WYBERT TABLETTEN



**VOR HUSTEN
HEISERKEIT
KATARRH**
Preis 1 Mk. erhältlich
in Apotheken & Drogerien

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavaliereu wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide gearbeitet, von 9—18 M. Ferner Gelegenheitskäure in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesen-Posten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide gearbeitet, früher bis 150, jetzt 20—35 M. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche sowie Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen. — Vorwärtsleser erhalten 10% extra.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zuzüglich fettgedruckte Worte). Stellungsuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (lederbaste) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Braun, Gadeicher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leier des „Vormärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Vorzährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus leinwandstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Es lohnt nur bei Max Weh, 88, Große Frankfurterstraße 88, alle bekannte Firma, zu kaufen. Man wird reell und billig bedient. Wenig getragene, teilweise auf Seide, von Kavaliereu nur kurze Zeit getragene Jacketanzüge, Rodanzüge, Gehrodanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Paletots, Hüter, Hosen, einzelne Jacken und Smoking werden zu billigen Preisen verkauft. Die elegantesten Sachen sind auch teilweise sehr billig zu haben. 88, Große Frankfurterstraße 88. Bitte im eigenen Interesse auf die Firma zu achten, 2 große Fenster. 58/3

Zehn Prozent Rabatt Vormärts-learn.
Totalverkauf von angekauften Gardinen, Stores, Künstlergardinen, Bettdecken, Rouleaus jetzt laibhaftig billig.
Gardinenreife, Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,75 ufm. E. Weihenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Lieferant an der Kropfenstraße.
Teppiche mit Befehlern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 ufm. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Lieferant.

Möbel auf Teilzahlung Pringenstraße 92. 57/20*
Bräutlingen verkaufte Ruhbaumwirtschaft, herrliche Küchenmöbel, Gasofen, Wandbilder, Küchengeräte 180,—, Umbaustraße 40,—, Säulenstrasse 30,—, Korum, Neue Schindlerstraße 11, II. Händler verleben.
Teilzahlung. Möbel für Stube und Küche von 15,— Anzahlung an. Einzelne Möbelstücke von 5,— Anzahlung an. Kleinste Ratezahlung, Kunden, welche in anderen Geschäften ihr Konto beglichen haben, bekommen bei mir alles ohne Anzahlung. Auch Teppiche, Gardinen, Käufer, Bilder, Uhren ufm. Lammengasse, Blumenstraße 2. 2198*

Musikinstrumente.
Sechshügel, gut erhalten, billig abzugeben im Pianomagazin, Potsdamerstraße 27B, vorn I. 7/25
Violino, großes, vorzügliches Ton, 120,—, Jander, Lützowstraße 9. 58/2

Angelarten. Fischreicher See, Schloß Wehnen. Wohlgemuth.
Vermietungen.
Größtes Berliner Gartelhof im Osten der Stadt für sofort sehr preiswert zu vermieten. Offerten unter A 3 an die Haupt-Expedition des „Vormärts“. 3538

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außerordentlich billig! Vormärtsleier 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Braun, Gadeicher Markt 4 (Bahnhof Börse), Sonntags geöffnet.

Ohne Geld 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Hüter, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Schuh- oder Bekleidungsartikel (Kleider, Hosen, Jacken, Schuhe) (Schleicher Bahnhof). *

Laubholz verkauft Gefäßholz, Buchen, Eichen, 1. 58/7
Rosenhochstämme, Obstbäume billig. Sendel, Gärtnerei, Neudamm, Köpenicker Allee. 732*

Monatgarderobe, große Auswahl, in allen Größen. Anzüge, Sommerpaletots, Hüter, wenig getragen, verkauft außerordentlich billig. Brunnenstraße 151. Kein Laden, nur erste Etage. Fahrgeld wird vergütet.

Wanddecken, zurückgeleite, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.
Küchenschiffe, Möbelstücke, Aluolmeere, Schränke und Kleiderbügel, laibhaftig billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Lieferant. 2018*

Wanddecken, zurückgeleite, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.
Küchenschiffe, Möbelstücke, Aluolmeere, Schränke und Kleiderbügel, laibhaftig billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Lieferant. 2018*

Fahrräder.
Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, I. Etage. 798*

Wohnungen.
Friedrichshain, Georgenstraße 63, Stube, Küche, Korridor, renoviert. 56/11*
Pantstraße 67 schöne Wohnungen 19 Mark.
Goldenerstraße 41. Freundliche Stube, Küche, Was, Korridor, renoviert, sofort billig zu vermieten. Dauermieter bezügliche Umzug. 1026*

Wandbilder 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Hüter, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Schuh- oder Bekleidungsartikel (Kleider, Hosen, Jacken, Schuhe) (Schleicher Bahnhof). *

Monatgarderobe verkauft Kleider, Rosenstraße 59. 58/5*
Wohnung! Pringenstraße 19 und Mariannenstraße 23. Genau auf Hausnummer achten! Herren- und Damenanzüge, auch Monatsgarderobe zu den denkbar billigsten Preisen lauten Sie nur bei Blum, Pringenstraße 19 und Mariannenstraße 23.

Wanddecken, zurückgeleite, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.
Küchenschiffe, Möbelstücke, Aluolmeere, Schränke und Kleiderbügel, laibhaftig billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Lieferant. 2018*

Wanddecken, zurückgeleite, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.
Küchenschiffe, Möbelstücke, Aluolmeere, Schränke und Kleiderbügel, laibhaftig billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Lieferant. 2018*

Fahrräder.
Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, I. Etage. 798*

Wohnungen.
Friedrichshain, Georgenstraße 63, Stube, Küche, Korridor, renoviert. 56/11*
Pantstraße 67 schöne Wohnungen 19 Mark.
Goldenerstraße 41. Freundliche Stube, Küche, Was, Korridor, renoviert, sofort billig zu vermieten. Dauermieter bezügliche Umzug. 1026*

Wandbilder 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Hüter, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Schuh- oder Bekleidungsartikel (Kleider, Hosen, Jacken, Schuhe) (Schleicher Bahnhof). *

Monatgarderobe verkauft Kleider, Rosenstraße 59. 58/5*
Wohnung! Pringenstraße 19 und Mariannenstraße 23. Genau auf Hausnummer achten! Herren- und Damenanzüge, auch Monatsgarderobe zu den denkbar billigsten Preisen lauten Sie nur bei Blum, Pringenstraße 19 und Mariannenstraße 23.

Wanddecken, zurückgeleite, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.
Küchenschiffe, Möbelstücke, Aluolmeere, Schränke und Kleiderbügel, laibhaftig billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Lieferant. 2018*

Wanddecken, zurückgeleite, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.
Küchenschiffe, Möbelstücke, Aluolmeere, Schränke und Kleiderbügel, laibhaftig billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Lieferant. 2018*

Fahrräder.
Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, I. Etage. 798*

Wohnungen.
Friedrichshain, Georgenstraße 63, Stube, Küche, Korridor, renoviert. 56/11*
Pantstraße 67 schöne Wohnungen 19 Mark.
Goldenerstraße 41. Freundliche Stube, Küche, Was, Korridor, renoviert, sofort billig zu vermieten. Dauermieter bezügliche Umzug. 1026*

Wandbilder 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Hüter, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Schuh- oder Bekleidungsartikel (Kleider, Hosen, Jacken, Schuhe) (Schleicher Bahnhof). *

Monatgarderobe verkauft Kleider, Rosenstraße 59. 58/5*
Wohnung! Pringenstraße 19 und Mariannenstraße 23. Genau auf Hausnummer achten! Herren- und Damenanzüge, auch Monatsgarderobe zu den denkbar billigsten Preisen lauten Sie nur bei Blum, Pringenstraße 19 und Mariannenstraße 23.

Wanddecken, zurückgeleite, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.
Küchenschiffe, Möbelstücke, Aluolmeere, Schränke und Kleiderbügel, laibhaftig billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Lieferant. 2018*

Wanddecken, zurückgeleite, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.
Küchenschiffe, Möbelstücke, Aluolmeere, Schränke und Kleiderbügel, laibhaftig billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Lieferant. 2018*

Fahrräder.
Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, I. Etage. 798*

Wohnungen.
Friedrichshain, Georgenstraße 63, Stube, Küche, Korridor, renoviert. 56/11*
Pantstraße 67 schöne Wohnungen 19 Mark.
Goldenerstraße 41. Freundliche Stube, Küche, Was, Korridor, renoviert, sofort billig zu vermieten. Dauermieter bezügliche Umzug. 1026*

Wandbilder 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Hüter, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Schuh- oder Bekleidungsartikel (Kleider, Hosen, Jacken, Schuhe) (Schleicher Bahnhof). *

Monatgarderobe verkauft Kleider, Rosenstraße 59. 58/5*
Wohnung! Pringenstraße 19 und Mariannenstraße 23. Genau auf Hausnummer achten! Herren- und Damenanzüge, auch Monatsgarderobe zu den denkbar billigsten Preisen lauten Sie nur bei Blum, Pringenstraße 19 und Mariannenstraße 23.

Wanddecken, zurückgeleite, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.
Küchenschiffe, Möbelstücke, Aluolmeere, Schränke und Kleiderbügel, laibhaftig billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Lieferant. 2018*

Wanddecken, zurückgeleite, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.
Küchenschiffe, Möbelstücke, Aluolmeere, Schränke und Kleiderbügel, laibhaftig billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Lieferant. 2018*

Fahrräder.
Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, I. Etage. 798*

Wohnungen.
Friedrichshain, Georgenstraße 63, Stube, Küche, Korridor, renoviert. 56/11*
Pantstraße 67 schöne Wohnungen 19 Mark.
Goldenerstraße 41. Freundliche Stube, Küche, Was, Korridor, renoviert, sofort billig zu vermieten. Dauermieter bezügliche Umzug. 1026*

Wandbilder 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Hüter, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Schuh- oder Bekleidungsartikel (Kleider, Hosen, Jacken, Schuhe) (Schleicher Bahnhof). *

Monatgarderobe verkauft Kleider, Rosenstraße 59. 58/5*
Wohnung! Pringenstraße 19 und Mariannenstraße 23. Genau auf Hausnummer achten! Herren- und Damenanzüge, auch Monatsgarderobe zu den denkbar billigsten Preisen lauten Sie nur bei Blum, Pringenstraße 19 und Mariannenstraße 23.

Wanddecken, zurückgeleite, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.
Küchenschiffe, Möbelstücke, Aluolmeere, Schränke und Kleiderbügel, laibhaftig billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Lieferant. 2018*

Wanddecken, zurückgeleite, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.
Küchenschiffe, Möbelstücke, Aluolmeere, Schränke und Kleiderbügel, laibhaftig billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Lieferant. 2018*

Fahrräder.
Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, I. Etage. 798*

Wohnungen.
Friedrichshain, Georgenstraße 63, Stube, Küche, Korridor, renoviert. 56/11*
Pantstraße 67 schöne Wohnungen 19 Mark.
Goldenerstraße 41. Freundliche Stube, Küche, Was, Korridor, renoviert, sofort billig zu vermieten. Dauermieter bezügliche Umzug. 1026*

Die neuen städtischen Steuern in Berlin

gelangen bereits vom 1. April ab zur Erhebung. Besteuert wird das in Berlin gebraute sowie das nach Berlin von auswärts eingeführte Bier. Außerdem unterliegen der Besteuerung:

- 1. Kinematographische Vorstellungen,
2. Spezialitätenvorstellungen, Varietévorstellungen, Pantomimen- und Kunstlaufvorführungen auf Eisbahnen in geschlossenen Räumen, auch wenn sie nur Bestandteile anderer, nicht steuerpflichtiger Veranstaltungen sind; ferner Rennen, Kabarettvorstellungen, sowie solche Theatervorstellungen, bei denen im Zuschauerraum das Rauchen gestattet ist oder Getränke verabreicht werden,
3. Zirkusvorstellungen und
4. Tanzbelustigungen.

Die Steuer für Kinematographische Vorstellungen beginnt bei einem Eintrittsgeld von 30 Pf. mit 5 Pf. und steigt auf 50 Pf. bei einem Eintrittsgeld von 2-2,50 M. Bei einem höheren Eintrittsgeld werden für jede weitere angefangenen 50 Pf. je 15 Pf. Steuern erhoben. Die unter Nr. 2 bezeichneten Veranstaltungen werden bei einem Eintrittsgelde von 40 Pf. mit 10 Pf. Steuern belegt. Mit Erheben höheren Eintrittsgeldes steigt auch die zu entrichtende Steuer. Bei Zirkusvorstellungen werden bei einem Eintrittsgelde von 90 Pf. 10 Pf. erhoben.

Für Tanzbelustigungen werden Steuern bei einem Eintrittsgelde von 1,25 M. erhoben, und zwar 15 Pf., die sich steigern mit der Erhöhung des Eintrittsgeldes.

Verzert von der Steuer sind Veranstaltungen, die Zwecken der Wissenschaft, des Unterrichts und der Belehrung dienen und kinematographische Darbietungen, die von hiesigen Unterrichtsanstalten oder von Instituten veranstaltet werden, die mit Rücksicht auf ihren gemeinnützigen Zweck aus Mitteln der Stadt Berlin unterstützt werden.

Die Steuerordnung, die der Kommunalrat der Berliner Bevölkerung beschert hat, hat entgegen der sonstigen Gepflogenheit diesmal recht schnell die Zustimmung der Aufsichtsbehörden gefunden. Am 8. März wurde die Steuerordnung beschlossen und bereits am 11. März vom Oberpräsidenten und unterm 20. März vom Minister genehmigt. Die Aufsichtsbehörden haben im vorliegenden Falle mit einer selten anzutreffenden Regigkeit gearbeitet.

Der Magistrat hat nun eine Reihe Bestimmungen getroffen, die sich auf die Ausführung der beschlossenen Steuerordnung beziehen. Soweit es sich um

die Biersteuer

handelt, werden die städtischen Steuerstellen mit der Festsetzung, Erhebung und Einziehung der Steuer beauftragt. Diese Steuerstellen dienen zugleich als Biersteuerkontrollstellen für das von auswärts eingeführte Bier. Was das in Berlin gebraute Bier betrifft, so werden die Berliner Brauer verpflichtet, vom 1. April 1913 ab Bücher zu führen, aus denen nach Bierorten getrennt für jeden Tag die Menge des insgesamt gebrauten Bieres ersichtlich ist, außerdem muß ersichtlich sein das nach der Steuerordnung steuerpflichtige Bier sowie das aus Berlin ausgeführte Bier, für das bekanntlich eine Rückvergütung gewährt werden muß, weil Doppelbesteuerung nicht zulässig ist.

Die Steuerstellen sind zu dem Zweck der Erledigung dieser Steuerangelegenheit werktätig von 9-1 Uhr geöffnet.

Für das in Berlin eingeführte Bier ist, wie wir schon früher mitgeteilt haben, die kaum glaubliche Bestimmung getroffen, daß nur in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends Bier in den vom Magistrat bezeichneten Einfuhrstellen eingeführt werden darf. Als Einfuhrstraßen gelten bis auf weiteres neben den Eisenbahnen und den Wasserwegen folgende Straßen:

Table with 4 columns: Eingeführtes Bier aus oder über, Vorgeschiedene Einfuhrstraße, Zuständige Steuerklasse, Biersteuerkontrollstelle Straße, Nummer. Rows include Wilmsdorf, Schöneberg, Tempelhof, Neukölln, Treptow, Stralau, Nichtenberg, Himmelsburg, Nichtenberg, (Friedrichsberg-Vorhagen), Weißensee, Wilhelmshagen, Hohen-Schönhausen, Panlow, Charlottenburg, Reinickendorf, Köpenick.

Die Steuerdeputation kann im Wege der Vereinbarung mit solchen Steuerpflichtigen, die die nötige Gewähr bieten, widerruflich monatliche Gesamtnachweisungen zulassen. Die Steuerpflichtigen haben sich zu verpflichten, Bücher zu führen, aus denen bei Berliner Brauereien die verlangten Angaben zu ersehen sind; das in dem freien Verkehr Berlins gebrachte Bier ist von dem in einem mit der Brauerei verbundenen Ausschank übergeführten und von dem in der Brauerei und im Haushalt des Brauers verbrauchten Bier getrennt nachzuweisen und der Steuerdeputation das Recht einzuräumen, daß deren Beamte die Geschäftsräume betreten und die Geschäftsbücher zwecks Prüfung der Nachweisungen einsehen.

Für die Bierfahrer solcher Steuerpflichtigen, mit denen Vereinbarungen getroffen sind, kann die Steuerdeputation Erlennungskarten ausgeben, die die Fahrer immer bei sich zu führen und auf Verlangen vorzuzeigen haben.

Steuer auf Lustbarkeiten

sind die Steuerstellen zuständig nach dem Stadtbezirk, in dem die Lustbarkeit veranstaltet wird. Die Steuerdeputation wird Aufsichtsbeamte und Steuererheber mit der Kontrolle beauftragen und diese Personen mit Ausweisarten versehen. Für steuerpflichtige Veranstaltungen der Kinematographentheater dürfen nur Eintrittskarten verausgabt werden, die von der Steuerklasse vorgeschrieben

sind. Die Herstellung der mit dem Stempel der Steuerklasse versehenen Eintrittskarten geschieht durch bestimmte vom Magistrat beauftragte Firmen. Wünsche bezüglich Farbe und Text sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Die Eintrittskarten werden von den Steuerstellen in der Zeit von 9-1 Uhr an die Besitzer abgegeben. Auch hier können besondere Vereinbarungen über die Abwicklung getroffen werden. Diejenigen Veranstalter, die im Besitze eines größeren Bestandes von Eintrittskarten sind, müssen diese Karten mit einem Verzeichnis bei der zuständigen Steuerstelle einreichen, allerdings nur insoweit es sich um steuerpflichtige Veranstaltungen handelt.

Diese Ausführungsbestimmungen zeigen allein schon, zu welchen Klärungen die neuen Steuerordnungen führen. Der Kommunalrat hat sich mit der Schaffung der Bier- und Lustbarkeitssteuer bei der Berliner Bevölkerung in einer Weise „beliebt“ gemacht, die ihm noch recht unangenehm werden dürfte.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Ladeburg b. Bernau O.-B. steht uns das Lokal von Höhe zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

In Rüdny b. Bernau ist das Lokal von Damerath von der Lokalliste zu streichen, weil sich D. weigert, uns sein Lokal zur Verfügung zu geben. Es ist somit als gesperrt zu betrachten.

Die Adresse des Genossen Karl Kohr, Obmann der Lokalkommission des Kreises Zeltow-Beeskow ist von heute ab Neustädter, Neue Jonastr. 38 IV.

Die Lokalkommission.

Wilmsdorf-Salensee. Montag, 31. März, abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Vikariats, Wilhelmstraße 115: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes über das letzte Geschäftsjahr. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Die Agitationsarbeiten zur Landtagswahl.

Tempelhof. Die Genossen aus allen Bezirken werden ersucht, am Sonntagvormittag von 10 1/2 Uhr an, im „Wilhelmshagen“ zu erscheinen. Die Arbeiten zur Gemeindevahl erfordern alle Kräfte.

Schmargendorf. Am Sonntag, 9 Uhr, Flugblatt-Verbreitung vom Waldlager aus.

Groß-Beßen. Am Sonntag, den 30. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, Generalversammlung im Lokale von Halpapp, Körbisstr. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes. Neuwahl desselben. Vereinsangelegenheiten.

Schönholzer bei Königswinterhausen. Am Sonntag, den 30. März, nachmittags 2 Uhr, bei Otto Paersch: Generalversammlung des Wahlvereins. Wichtige Tagesordnung. Am selben Sonntag, früh 7 Uhr: Flugblattverbreitung von bekannter Stelle aus, auch Radfahrer wollen erscheinen.

Rosenthal. Sonntag, den 30. März, morgens 8 Uhr: Handzettelverbreitung.

Bernau. Sonntag, den 30. d. M., findet in Sophienstädt auf dem Grundstück des Herrn Heinrich Seger eine öffentliche Versammlung statt. Referent: Parteisekretär Paul Brühl. Die Genossen treffen sich zur Abfahrt 1/2 12 Uhr beim Schützenhaus.

Berliner Nachrichten.

Das Photographieren von Kassenbeamten.

Aus Anlaß der in letzter Zeit vorgekommenen Defraudationen bei hiesigen Banken haben diese Geldinstitute sich entschlossen, sich zum Zwecke einer größeren Sicherung in den Besitz der Photographien der bei ihnen beschäftigten Kassenbeamten zu setzen. Auch an den Magistrat der Stadt Berlin haben sich die Banken gewandt mit dem Ersuchen, der Magistrat möge auch von seinen Kassenbeamten ein gleiches verlangen, um so die getroffene Maßnahme mehr zu verallgemeinern und nicht nur auf die Kassenbeamten bei den Banken zu beschränken. Durch die Art, wie der Magistrat die Sache anfaßt, fühlen sich die städtischen Kassenbeamten ernst verletzt. Der Magistrat hatte nämlich „zum Zwecke der Photographierung von Kassenbeamten“ eine Summe in den Etat eingestellt. Das konnte nur als eine Art Zwangsphotographierung betrachtet werden, die fast an das Photographieren auf dem Polizeipräsidium für das Verbrecheralbum erinnert. Auf Vorhalt in dem Etat-Ausschuß erklärte denn auch der Magistrat, daß er das nicht so meine und die hierauf bezügliche Bemerkung wurde aus dem Etat gestrichen. Der Magistrat will nun in der Weise zum Ziele kommen, als er an die Kassenbeamten das Ersuchen richtet, die Photographien einzuschicken, und der Kammerer hat sich bereit erklärt, den Anfang zu machen mit der Hergabe seiner Photographie zu dem anzulegenden städtischen Photographiealbum. Dadurch glaubt man der Anordnung den Stachel zu nehmen.

Wir können stichhaltige Gründe für die Maßnahme des Magistrats nicht erblicken. In einer großen Verwaltung werden Unregelmäßigkeiten trotz scharfer Kontrolle nicht immer ganz zu vermeiden sein und die Zahl der vorgekommenen Unterschlagungen ist auch nicht so sehr erheblich. Im wesentlichen handelt es sich um Unterschleife bei Eintreibung von Steuern. In solchen Fällen wird man sich auch durch den Besitz von Photographien nicht schützen können. Man muß eben die Einrichtungen und die Kontrolle so zu gestalten versuchen, daß städtische Gelder möglichst gesichert sind. Außerdem können auch Unregelmäßigkeiten durch andere Personen als Kassenbeamte vorkommen, so daß erst recht erhellt, daß die Magistratsmaßnahme, ein städtisches Photographiealbum zu schaffen, kaum einen anderen Zweck erreichen wird als den, eine Reihe von städtischen Beamten in der erheblichsten Weise unnötigerweise zu verletzten.

Eine Kinderlesehalle

wird jetzt auch von der Stadt Berlin eingerichtet. Als Heim werden ihr die Räume einer bisher für Erwachsene bestimmt gewesenen Lesehalle angewiesen, die mit der Volksbibliothek in der Ehrenbergstraße verbunden war. Die Kosten der ersten Einrichtung (hauptsächlich Anschaffung von Mobiliar sowie von Büchern und Zeitschriften) sind durch den Etat für 1913 bereitgestellt worden aus Mitteln der Leo-Stiftung und der Cohn-Stiftung, die beide die Mehrung und Ausgestaltung der Volksbibliotheken und der Lesehallen fördern wollen. Lange genug hat es gedauert, bis der Magistrat die Notwendigkeit, besondere Kinderlesehallen zu schaffen, erkannte und anerkannte. Jetzt hat er selber in den Erläuterungen zum Etat betont, daß es nicht gut möglich ist, in einer und derselben Lesehalle die Ansprüche der Erwachsenen und der Jugend zu erfüllen. Er weist darauf hin, daß in anderen deutschen Städten bereits Kinderlesehallen mit gutem Erfolg eingerichtet worden sind. Es ist immer wieder dasselbe erbärmliche Schauspiel: Berlin muß andere Städte sich zum Muster nehmen, statt anderen ein

Muster zu sein. Dazu kommt noch, daß diese erste Kinderlesehalle der Stadt Berlin nicht mal die erste Kinderlesehalle in Berlin ist. Es bestehen hier bereits einige von einem Verein eingerichtete Kinderlesehallen, deren Betrieb sich bewährt haben soll. Denselben Vorgang haben wir Mitte der 90er Jahre mit den Lesehallen für Erwachsene erlebt. Auch für sie hat die Stadt Berlin ihre erste Lesehalle nicht früher eingerichtet, als bis ein Verein aus eigenen Mitteln eine Lesehalle geschaffen hatte. Die jetzt endlich zustande kommende erste Kinderlesehalle der Stadt soll im Laufe des Monats April eröffnet werden. Sie wird nicht in den Abendstunden, sondern nachmittags an allen Wochentagen für die Jugend offen stehen. Ihr ausgesprochener Zweck ist, die Kinder dem üblen Einfluß der Straße zu entziehen und sie vor den Gefahren der Schundliteratur zu behüten. Im Hinblick auf diesen Zweck versteht es sich von selber, daß es bei dieser einen, im äußersten Osten der Stadt untergebrachten Kinderlesehalle nicht lange bleiben kann. Auch andere Stadtteile werden in Bälde ihre Kinderlesehallen erhalten müssen.

Ein schwerer Automobilunfall

hat sich am Donnerstagabend gegen 8 Uhr in Charlottenburg zugetragen. Zur genannten Zeit wollte der 33jährige Maler Felix Jylinski aus der Windmühlstraße 6 den Fahrweg der Bismarckstraße an der Ecke der Wilmsdorfer Straße überfahren, achtete jedoch nicht darauf, daß die Automobilbesitzer IA 9004 in ziemlich schnellem Tempo herannahen. Auf die Warnungssignale des Chauffeurs trat J. zunächst zurück, geriet dann aber in der Verwirrung doch gegen den Kraftwagen und wurde umgestoßen. Er erlitt eine Gehirnerschütterung, eine Quetschung des Rückgrates und mußte, nachdem er auf der Unfallstation in der Berliner Straße Notverbände erhalten hatte, in das Krankenhaus Bestend eingeliefert werden.

Nächtliche Einbrüche in hiesige Gemeindefschulen.

Eine dreiste Diebesbande treibt gegenwärtig in Berlin ihr Unwesen. Die Gesellschaft führt Einbrüche in hiesige Gemeindefschulen aus. Sie benutzte die Ferien dazu, um in die jetzt weniger besetzten Schulgebäude nachts einzubringen. Fast alle Schränke werden erbrochen und ihres Inhalts beraubt. Hauptsächlich haben es die Täter auf Beigen abgesehen, die die Lehrer in den Schränken aufzubewahren pflegen. So wurden beispielsweise die 78. und 147. Gemeindefschule in der Grenzstraße von nächtlichen Dieben heimgesucht. Ferner wird ein Einbruch aus der Gemeindefschule in der Prinzenallee gemeldet.

Stellungs- und Mittellosigkeit haben den 30 Jahre alten Handlungsgehilfen Hellmut Weiß aus der Rogatzstraße 8 zu Neukölln in den Tod getrieben. Der junge Mann schloß sich mit einem Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe. Die Wirkung des Schusses war sofort tödlich. Die Leiche wurde beschlagnahmt und dem Schauhaufe in Berlin zugeführt. — Auf dem Bahnhof Selbstmord verübt hat in der Nacht zu gestern der 68 Jahre alte Schleifer August Rehnert aus der Reppelerstraße zu Nieder-Schönhausen. Er hatte sich dort mit einem Strich an einem Galen erhängt.

Wegen Wechselstichungen verhaftet wurden gestern in Steglitz zwei Berliner Bankiers, die Inhaber der Firma Straube u. Co.

Die Versteigerung der Parfövalballons der Luftfahrbetriebsgesellschaft, die gestern nachmittag in einem Johannissthaler Restaurant stattfinden sollte, wurde zur nicht geringen Ueberschuldung zahlreicher Requirierer aufgehoben. Schon vor einer Zeit war ein Versteigerungstermin öffentlich bekanntgemacht worden, doch wurde auch damals schon die Auktion im letzten Augenblick verhindert. Die Luftfahrbetriebsgesellschaft verhandelte wiederholt mit den Gläubigern und riet, eine öffentliche Versteigerung zu vermeiden, da durch privaten Verkauf der Ballons ein höherer Ertrag zu erwarten sei. Nachdem die Verhandlungen mit der Bitterfelder Luftfahrzeuggesellschaft sich zerschlagen haben, schweben neue Unterhandlungen mit einem holländischen Konfession, das die beiden Kreuzer für einen ausländischen Flugplatz erwerben will. Jedenfalls dürften sowohl der „Stollwert“ als auch „P. L. IX.“ demnächst enteert und abgerüstet werden. Wie uns aus Gläubigerkreisen mitgeteilt wird, soll nunmehr gegen die Luftfahrbetriebsgesellschaft Konkursantrag gestellt werden.

Straßenbahnunfälle. Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich am Donnerstagabend gegen 7 Uhr in der Bräunstraße ereignet. Dort wollte vor dem Hause Nr. 13 die achtjährige Schülerin Erna Federhahn kurz vor einem in der Richtung nach dem Böttcher Bahnhof fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 11 über das Gleis laufen. Obwohl der Wagenführer nach Kräften bremste, konnte er den Wagon nicht mehr rechtzeitig zum Stehen bringen. Die Kleine wurde umgestoßen und geriet unter den Vorderperren. Das Mädchen trug eine schwere Kopfverletzung und einen Bruch des linken Armes davon. Die Verunglückte erhielt auf der nächsten Unfallstation Notverbände und wurde von dort nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht. — Von einem bedauerlichen Unfall ist der Bauart Kuprecht aus Zehlendorf betroffen worden. Als er am Werderschen Markt einen Straßenbahnwagen der Linie 80 während der Fahrt besteigen wollte, kam er zu Fall und geriet mit dem linken Bein unter den Schuprahmen des Anhängewagens. Durch Anheben des Wagens wurde der Verunglückte befreit und nach der nächsten Unfallstation geschafft. Hier stellte der Arzt einen Knochenschuß und Quetschungen an beiden Beinen fest. Geheimrat Kuprecht wurde nach seiner Wohnung gebracht.

In der Säuglingsfürsorgestelle 1 findet im April wieder monatlich Unterricht in Säuglingspflege statt mit praktischen Übungen, wöchentlich einmal. Meldungen, schriftlich oder mündlich, von 2 bis 4 Uhr im Bureau des Kinderhauses Blumenstr. 97.

Der Berliner Volkmarkt findet in diesem Jahre in der Kinderhalle des städtischen Zentralviehhofes, Eldenaerstraße, am 24., 25. und 26. Juni statt. Die Verkaufsstellen und Lagerplätze werden von der Direktion des Viehhofes angewiesen, die auch den Interessenten über die einschlägigen Verhältnisse Auskunft erteilt. Nähere Bestimmungen über die Aufsicht und Abfahrt, den Marktverkehr und die Höhe der zu entrichtenden Gebühren werden noch zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden.

Das Schloß Weihensee geht mit dem 1. April in die Hände eines neuen Pächters, des Delonomen E. Niemann, über, der jahrelang das Etablissement Friedrichshagen verwaltete.

Dachstuhlbrand in der Bernauer Straße. Ein größerer Dachstuhlbrand brach in der Nacht zum Freitag in der Bernauer Str. 107 im Norden Berlins aus. Da die Feuerweh von vier verschiedenen Seiten aus alarmiert wurde, so waren bald mehrere Löschzüge zur Stelle. Das Feuer herrschte im Dachstuhl des Hinterhauses. Der Löschangriff erfolgte mit zwei Schlauchleitungen, doch dauerte es fast eine Stunde, bis der Brand erlosch war. Die Aufräumungsarbeiten hielten die Wehr dann noch anderthalb Stunden am Brandplatz fest. Der Dachstuhl ist größtenteils zerstört.

Gefundene Leichen. Western vormittag 11 1/2 Uhr sahen Passanten in der Spree an der Weidenammer Brücke eine männliche Leiche treiben. Zwei Männer bestiegen den dort liegenden Rettungskahn und holt die Leiche an Land. Als sich infolge des Vorganges und des dort stark pulsierenden Verkehrs Menschen ansammelten, erschien die Polizei. In den Taschen des Toten wurde ein Gefangenschafts- und verschiedene Briefschaften gefunden, unter anderem ein Brief,

den ein Schuhmann dem anwesenden Polizeikommissar vorlas. Das Gesicht des Ertrunkenen war ebenso wie die Hände mit einer schwarzen Schlammkruste bedeckt. Die Kleidung des Toten bestand in einem dunklen Jackett, in Hose und Weste sowie Zugschuhen. — Aus der Spree gefischt wurde gestern vor dem Abendsteg bei Hirschenbrunn die Leiche eines unbekannt, ungefähr 30 bis 35 Jahre alten Mannes, die nach ihrem Aussehen schon ungefähr 4-6 Wochen im Wasser gelegen haben mag. Das Fehlen des rechten Beines sowie andere Verunstaltungen der Leiche scheinen von Schiffskränen her zu kommen. Der Tote, der kaum noch zu erkennen ist, ist mittelgroß und schlank und trug einen schwarzen oder dunkelblauen Jackettanzug mit einer schwarz und weiß gefärbten Weste, ein weißes Vorhemdchen und niedrigen weichen Stiefeln, einen graubraunen langen Anorak und schwarze Schuhschäfte. Geld sowie irgendwelche Papiere, die zur Feststellung der Persönlichkeit des Toten hätten führen können, wurden bei der Leiche nicht gefunden.

Zeugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie am 18. Februar zwei Personen beim Landemfahren von einem Wagen der Straßenbahnlinie 55 in der Blücherstraße, Ecke Rittenwalder Straße, angefahren und unter die Elektrizität gerieten, werden gebeten, sich bei Harnoch, Knefelbedstr. 62, zu melden.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Die Wahlmännerwahl für die Landtagswahl am Freitag, den 18. Mai d. J., soll für die II. Wählerabteilung in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags, für die I. Wählerabteilung von 1 bis 2 Uhr nachmittags und für die III. Wählerabteilung von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends stattfinden. — Die Auslegung der Wählerlisten für die bevorstehende Landtagswahl soll am Sonnabend, den 12. April, von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends, Sonntag, den 13. April, von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr abends und Montag, den 14. April, von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in folgenden Auslegungslökalen erfolgen: 1. Turnhalle der 17., 18. und 19. Gemeindefschule, Wefersstr. 12/13; 2. Turnhalle des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Str. 209/210; 3. Turnhalle der Realschule, Wobbeinstr. 84/81; 4. Turnhalle der Albrecht-Dürer-Oberrealschule, Emserstr. 108/107; und 5. Turnhalle der 10. und 20. Gemeindefschule, Stuttgarter Str. 35/38. Abschriften der Urwähler- und der Abteilungslisten können unter Begleichung der Steuerbeiträge auf Wunsch an Wahlvereine und hiesige Bürger gegen Bezahlung abgegeben werden.

Charlottenburg.

Eiserverein für freie Erziehung. Auf die am Mittwoch, den 2. April, im Volkshaus, Rosinenstr. 3 (großer Saal) stattfindende Wählerversammlung wird hierdurch besonders hingewiesen. Zur Ausführung gelangt: Bekämpfung Aberglaube oder was uns der Wald erzählt. — Großes Märchenpiel in zwei Akten mit Gesang und Reigen von Verthold Schröder, aufgeführt von 50 Kindern der Mitglieder. Eintritt für Erwachsene 30 Pf., für Kinder 10 Pf. Saalöffnung 2 Uhr. Anfang 8 Uhr. Schemen sind zu haben: Konsumniederlage, Wafstr. 23; Vorwärts-Verlag, Fehlfeldstr. 1; Striener, Kaiserin-Augusta-Allee 44; Kunzschke, Weimarer Str. 31; Franz, Potsdamer Str. 17; Gräß, Spreerstr. 56; und im Volkshaus, Rosinenstr. 3 (Stieghaus). Offene Kasse findet nicht statt.

Lichterfelde.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorsitzende zunächst den Bericht des Vorstandes. Redner gab einen Überblick über die Tätigkeit im letzten Geschäftsjahr. Leider mußte konstatiert werden, daß die Mitglieder an den Parteiarbeiten nicht in der gewünschten Weise teilgenommen haben. Besondere Klagen brachte sowohl die Genossin Osburg beim Bericht über die Frauenagitation, wie Genosse Albrecht bei Erstattung des Berichts vom Bildungsausschuss vor. Letzterer verwies namentlich auf die erfolglosen Anstrengungen der Gegner, die proletarische Jugend für ihre Interessen einzufangen. Aus dem Bericht des Bibliothekars ist hervorzuheben, daß die Bereinigung von Büchern nach der Reorganisation der Bibliothek wesentlich zugenommen habe. Die Reorganisation des Vorstandes hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Heinrich Wieden, Kassierer Hermann Weber; 2. Hofmann; Schriftführer Träger; Kassierer Osburg; Revisoren Edert und Allan; Bildungsausschuss und Bibliothekskommission Feinig, Kallist, Knabe und die Genossin Spirituelle; Leiterin der Kinderzählungskommission Genossin Kuntz; Lokalkommission Weibel und Hahn. Nach Aufnahme von drei neuen Mitgliedern, teilte der Vorsitzende mit, daß eine Reorganisation der örtlichen Organisation geplant sei.

Eine rege Debatte entspann sich alsdann über die Nichtbeteiligung verschiedener Genossen an der Landtagswahl. Im Verlaufe derselben gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach dem Vorstand eine eingehende Untersuchung der einzelnen Fälle anheimgegeben wird.

Sodann wurde über die Nichtbeteiligung des Genossen Vorkardt an der Wahl verhandelt. Nachdem die in dieser Sache bereits gepflogenen Verhandlungen vom Genossen Wieden noch einmal kurz rekapituliert worden waren, trug Vorkardt seine Gründe vor, die ihn an der Ausübung des Wahlrechts gehindert hätten. Im übrigen bemerkte der Redner: Der Bericht von der Generalversammlung des dritten Reichstagswahlkreises könne den Anschein erwecken, als ob allein der Vorstand jenes Kreises die Angelegenheit untersucht und sich ein Urteil darüber gebildet habe. Tatsächlich sei sie untersucht worden von der öffentlichen Versammlung des fünften Landtagswahlkreises, von der Kreisversammlung des vierten Reichstagswahlkreises und von dem Vorstand des Lichterfelder Wahlvereins, von diesem sogar zweimal. Alle diese Körperschaften hätten in seiner Gegenwart verhandelt, seine Gründe gehört und sie für ausreichend befunden. Bei der Kandidatenaufstellung im vierten Kreis habe der Vorsitzende gefragt, ob Einwendungen erhoben werden. Da habe sich niemand zum Wort gemeldet. Die zuständigen Vertreter des dritten Kreises hätten in all diesen Veranstaltungen des vierten Kreises Zutritt und Stimme gehabt. Dagegen habe der Vorstand des dritten Kreises ihn, Vorkardt, nie befragt, ihn zu keiner Sitzung eingeladen, sondern stets in seiner Abwesenheit verhandelt. Auch zur Generalversammlung des dritten Kreises sei er nicht eingeladen worden, obgleich er gern hingegangen wäre, um jede gewünschte Auskunft zu geben. So habe auch die Generalversammlung ihren Beschluß gefaßt, ohne ihn gehört zu haben.

Nach teilweise erregter Debatte beschloß die Versammlung mit 30 gegen 19 Stimmen, die von Vorkardt angeführten Gründe für seine Nichtbeteiligung an der Wahl als stichhaltig zu erachten.

Hierauf teilte Genosse Wieden noch mit, daß der Kassierenbericht infolge Erkrankung des Kassierers erst in der nächsten Mitgliederversammlung erstattet werden soll. Des weiteren wies Redner darauf hin, daß für die Gemeindevertretung zwei Neuwahlen zu erfolgen hätten und zwar eine im Osten, wo unsere Genossen die Sitze zugesprochen hätten, und eine im Westen, wo das Mandat Wagner erledigt sei.

Steglitz-Friedenau.

Für die Schulentastungsfeier am Sonntag, den 30. März, im „Albrechtshof“ in Steglitz ist vom Jugendauschuss ein festes, dem Ernst der Feier entsprechendes Programm ausgewählt worden. Frau Clara Bohm-Schuch wird die Ansprache halten und ein gutes Männerquartett wird einige Stimmungsvolle Lieder singen. Die Feier beginnt pünktlich 8 Uhr. Die Arbeiterkassen, besonders die Arbeitervereine, sind dazu freudig eingeladen; um eine Störung der Feier zu verhindern, wird jedoch gebeten, nicht zu spät zu kommen.

Lankwitz.

Mit der Reorganisation des Wahlvereins sowie mit der Neuwahl des gesamten Vorstandes befahte sich die außerordentliche

Generalversammlung des Wahlvereins. Die eingelaufenen Anträge über die Einführung der Hausnummerung und die Umgestaltung der Wahllokale in Bezirksabende wurden einstimmig angenommen. Zum Vorstandsbericht teilte der Vorsitzende, Genosse Schimmeier, mit, daß ein großer Teil Parteigenossen Lankwitz durch Fortzug verlassen habe, hingegen die Organisierung der Frauen erfreuliche Fortschritte gemacht hätte. Der Kassierenbericht, welchen Genosse Rißer erstattete, ergab einen günstigen Abschluß der Finanzen. Auch die Veranstaltungen des Bildungsausschusses, die sich gegen das Vorjahr mehr als verdoppelt haben, fanden allseitige Anerkennung. Da rege Arbeitsfreudigkeit unter den Genossinnen und Genossen herrschte, ergaben sich bei Vornahme der Neuwahlen zum Vorstand keine Schwierigkeiten. Wiedergewählt wurden als 1. Vorsitzender Schimmeier, als 2. Vorsitzender Wilhelm Richter, als Kassierer R. Rißer, als Schriftführer Robert Schöffer, als Revisor Genossin Rosa Kobrad; neu gewählt wurde Albert Schulz. Auch die Posten der Revisoren, der Hauskassierer, des Bildungsausschusses, der Lokal-, Kinder-, Agitations- und Gemeindeforschung wurden prompt besetzt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß die gut besuchte Versammlung.

Tempelhof.

Die Ausfaltung unserer Genossen aus der Armenkommission scheinen auch fernerhin die Bürgerlichen zum Prinzip erhoben zu haben. Obgleich durch das freiwillige Ausscheiden zweier Armenpfleger sowie durch Verstärkung dieser Kommission um ein Mitglied drei neue Mitglieder gebraucht werden, fand der Vorschlag des Genossen Franz in der Gemeindevertretung unsere Genossen Schmidt und Eiteloff in diese Kommission zu wählen, keine Gegenliebe. Man will nämlich unter sich bleiben und glaubt wohl, mit der neuen Einteilung der Armenpflegbezirke alles getan zu haben. Aus dem Bericht der Volksbibliothek, die sich günstig entwickelt, ist zu entnehmen, daß im vergangenen Jahr die Zahl der ausgeliehenen Bücher von 37 000 auf 45 000 gestiegen ist. — Bei der Feststellung der Jahresrechnung des Realgymnasiums und der Luise-Genriette-Schule wurden Ersparnisse gemacht. Immerhin bleiben die Zuschüsse, welche die Gemeinde für die höheren Schulen zahlt, ganz enorm. Die in anderen Gemeinden bisher angelegten zahlenmäßigen Vergleiche über die Ausgaben der Gemeinde für Volksschüler und Schüler an höheren Lehranstalten sind in unserer Gemeinde bisher nicht möglich gewesen. Auf Anregung des Genossen Franz soll die verprochene Abrechnung über den Bau des Realgymnasiums baldigst vorgelegt werden.

Die Abänderung des Ortsstatuts betreffend die Gewährung an Witwen- und Waisengeld infolge Austritts aus der Brandenburgischen Witwen- und Waisenversorgungsanstalt ergab, daß die Hinterbliebenen der von der Gemeinde beschäftigten Beamten, die bis zum 1. April 1913 der Kasse angeschlossen sind, ihre Unterstützung aus dieser Kasse erhalten. Die Hinterbliebenen der nach dieser Zeit anzustellenden Beamten erhalten die Unterstützung in Zukunft aus einem hierzu angelegten Fonds der Gemeindefasse. Nach Erledigung einiger unmittelbarer Beanstandungen des Ortsstatuts der Pflichtfortbildungsschule beschworste Gen. Schmidt die Abschaffung der Pragerstraße, die in diesen Schulen von „Pädagogen“ noch gepflegt werde. Die bürgerlichen Herren zeigten sich als Freunde dieser Erziehungsmaßnahme. — Bei Vergebung der Arbeiten zur Ausführung der Hausanbahnung für 1913 fiel der Zuschlag auf eine Tempelhofer Firma, die nur unerheblich teurer war als ihr nächster Konkurrent in Marienborf. Wie sich aus den geforderten Offerten ergibt, fiel bei Uebernahme dieser Arbeiten in eigene Regie nicht nur der alte Zankapfel, sondern die Gemeinde heimste obendrein noch einen kleinen Gewinn ein. Genosse Schmidt erinnerte an das Versprechen des verstorbenen Bürgermeisters und griff im Laufe seiner Ausführungen den derzeitigen Tiefbaumeister in heftiger Weise an. Dieser selbst erwiderte nicht, wohl aber versuchte der Vorsitzende die Tiefbaumeister vorgehaltene Rücksichtslosigkeit abzumildern. — Hierauf fanden einige Straßenlandjäger zwecks Regulierung in der Schöneberger Straße ihre Erledigung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragten Schöffe Jung und eine Anzahl Vertreter an, ob dem Vorsteher die Stellungsbewerbung bekannt sei, wonach Neukölln Expansionsbestrebungen geltend mache und das Kriegsministerium mit der Gemeinde Neukölln heimlich Verhandlungen führe, die dahin abzielen, Teile des östlichen Tempelhofer Feldes nach Neukölln einzugemeinden. Der Vorsteher erwiderte, daß er davon Kenntnis erhalten und alsbald das Kriegsministerium um Auskunft gebeten habe, ob etwas Wahres daran sei. Freilich seien wegen des Verkaufs des westlichen Teiles des Tempelhofer Feldes auch heimliche Verhandlungen mit Berlin gepflegt worden, ohne Tempelhof davon in Kenntnis zu setzen. Inzwischen dürfte das Ministerium sich wohl überzeugt haben, daß eine Umgemeindung von Gebietsteilen ohne Zustimmung der Gemeinde nicht möglich sei. Eine dahin gehende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Zur Gemeindevorsteher-Wahl. Nächsten Sonntag, vormittags 11 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, findet im Gemeindeforschungszimmer, Dorstr. 42, die Erloswahl für den aus der Gemeindevertretung ausgeschiedenen Tischlermeister Hahn statt. An den Wählern des zweiten Bezirkes wird es liegen, ob das letzte Mandat, welches die Bürgerlichen in der dritten Klasse noch im Besitz haben, behalten oder von der Sozialdemokratie erobert wird. Die Bürgerlichen entziehen zwar keine öffentliche Agitation, um so intensiver arbeiten sie aber die Wähler im Geheimen. Als ihr alleiniger Kandidat gilt der Eigentümer Steinwegmeister Fein, der noch als Durchfallskandidat aus dem 1. Bezirk bekannt ist. Demerkt sei, daß Herr Fein Arbeiten für die Gemeinde ausführt und daher als Gemeindevorsteher nicht gerade als die geeignetste Persönlichkeit betrachtet werden kann.

Die Gegner glauben, daß die günstigen Chancen, welche die Sozialdemokratie sich im Laufe der Zeit hier zu erobern verstanden hat, durch die Bezirkseinteilung zunichte gemacht wird. Das darf den bürgerlichen Nachbarn nicht gelingen!

Arbeiter, Parteigenossen! Da die Wahl an einem Sonntag stattfindet, entstehen keine Opfer an Arbeitsverhältnissen. Keiner bleibe der Wahl fern in der Meinung, daß es auf seine Stimme nicht ankomme, da uns der Sieg doch sicher sei. Nur die kurze Zeit noch aus zu eifriger Propaganda für die Wahl des Kandidaten der Sozialdemokratie, den Eigentümer Schriftsteler Dekar Ewald! Er wird es für seine Pflicht erachten, den geringen Einsatz, den die herrschende Klasse der Arbeiterklasse bei Schaffung des Gemeindevorstandes gelassen, nach Kräften auszunutzen.

Lichterfelde.

Nach zehnjähriger Erörterung ist die Gemeindevertretung zu dem Entschluß gekommen, die Gemeindesteuer von 125 auf 115 Proz. herabzusetzen. Da der Gemeindevorsteher Poetsch sein Amt am 1. April d. J. niederlegt, ist an dessen Stelle als befohlener Gemeindevorsteher Herr Dr. Rath aus Schöneberg auf zwölf Jahre gewählt worden. Das Anfangsgehalt beträgt 5000 M., steigend bis 7500 M. Von 93 eingegangenen Bewerbungen wurden sechs zur engeren Wahl gestellt. Von diesen erhielt Dr. Rath 9 und der Magistratssekretär Schaldach 4 Stimmen.

Schmargendorf.

Die Gründung eines Arbeiter-Turnvereins am hiesigen Orte bezweckt eine zu heute Sonnabend, abends 9 Uhr, nach dem Lokal „Waldläufer“, Warmenländer Straße, einberufene Besprechung. Interessenten, auch Frauen und Mädchen sowie Jugendliche, werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Die Abonnenten des „Vorwärts“ werden gebeten, in Bekanntheitstreffen für diese Zusammenkunft zu agitieren.

Rotawes.

Für die Benutzung ihres Müllabfahrsplatzes will die Gemeinde in Zukunft Gebühren erheben. Diese Absicht hat nicht nur bei der „Wirtschaftsgenossenschaft der Rotaweser Haus- und Grundbesitzer“

die vor zwei Jahren die von der Gemeinde wegen angeblicher Inrentabilität ausgegebene Müllabfuhr übernahm, sondern auch in den Kreisen der der Genossenschaft nicht angeschlossenen Hausbesitzer große Enttäuschung ausgelöst. In einer kürzlich stattgehabten öffentlichen Versammlung befahte sich die Haus- und Grundbesitzer mit der beabsichtigten Neuerung eingehend und nahmen folgende Entschlüsse an: „Die heutige Versammlung von Hausbesitzern protestiert gegen die Erhebung von Gebühren für Benutzung des Müllabfahrsplatzes, da der Müllabfuhr, besonders im Hinblick auf die künftige Erhöhung der Grundwertsteuer, überlassen ist. Sie befürchtet ferner, daß eine große Zahl von Hausbesitzern dann Müll in den Gärten vergräbt und die wilde Müllabfuhr überhandnimmt, mithin in hygienischer Hinsicht dem Orte enormer Schaden zugefügt wird. Die Versammlung bittet im Interesse der Sauberkeit und der regelmäßigen Abfuhr des Mülls von der Gemeinde absehen zu wollen, um so mehr, als für Kontrolle usw. ein erheblicher Teil der Einnahmen verloren gehen wird.“ Wie man sieht, verstehen es die Hausagrarien sehr gut, die Methode ihrer großen Kollegen in der Landwirtschaft nachzuahmen; sobald es ihnen an den Geldbeutel geht, erheben sie ein großes Geschrei, als ob sie alle zugrunde gehen müßten. Es ist doch nicht mehr als recht und billig, wenn die Gemeinde, die sich gegenwärtig in einer finanziellen Notlage befindet, für die Benutzung des Müllabfahrsplatzes, dessen Kosten doch auch verzinst und amortisiert werden müssen, eine geringe Gebühr erhebt.

Spandau.

Die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag hatte sich zunächst wiederum mit der Vermietung des alten Rathauses zu beschäftigen. Die Stadtverordneten Prager teilte, sind drei Reststanten auf daselbe vorhanden, die aber erhebliche Vorbehalte machen. Angenommen wurde die Magistratsvorlage, wonach die Vermietung des alten Rathauses und der Stadthäuser an das Städtische und Kreisratshaus auf drei Jahre zum Mietpreis von 9000 M. jährlich erfolgt. Sämtliche Reparaturen und Reparaturen hat das Kreisratshaus zu tragen. Ein Antrag des Stadtverordneten Ruppel, die Pachtsumme von 9000 auf 11 000 M. zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Eine weitere Vorlage verlangte die Grenze für die Zinshöhe der Anleihe von 61 468 000 M. dahin zu erweitern, daß der Rest der Anleihe mit einem Zinsfuß bis 4 1/2 Prozent aufgenommen werden kann, während nach den bisherigen Beschlüssen die Anleihe nur zu 4 Prozent aufgenommen werden konnte. Auf Anfrage des Stadtrats Ruppel, zu welchen Zwecken die Anleihe bisher gebient habe und wozu sie noch verwendet werden solle, gab Stadtrat Weber folgende Auskunft: Es sind u. a. bisher verwendet zu Straßenregulierungen 1 735 000 M. (vorgesehen 4 805 000 M.), für die Straßenbahn sind die bereitgestellten Mittel verbraucht, für Kanalisation und Wasserleitung wurden 1 818 000 M. verausgabt (vorgesehen 1 847 000 M.), für die Gasanstalt wurden 2 188 000 M. verausgabt (vorgesehen 3 335 000 M., für den Rathausneubau wurden bisher 2 320 000 M. verausgabt, für die Heerstraße wurden bisher 1 800 000 M. verausgabt (vorgesehen 2 156 000 M.), für Entfestigungen wurden 1 050 000 M. verausgabt. Genosse Pöck führte aus, daß die Stadt bisher ungefähr 35 Millionen Mark Schulden habe. Da von der großen Anleihe nicht mehr viel übrig bleiben dürfte und daher nicht allzuviel mit 4 1/2 Proz. zu verzinzen sei, stimmten er und seine Freunde der Vorlage zu. Ohne weitere Debatte wurde die Vorlage angenommen. Für Verbreitung des Bürgerfestes vor dem neuen Rathaus um einen Meter wurden vom Magistrat 6200 M. verlangt. Die Tiefbaudeputation sprach sich gegen den Antrag aus. Genosse Pöck erbat gleichfalls um Ablehnung der Vorlage. Das Publikum lachte heute schon darüber, wenn in Spandau etwas gebaut werde, weil es doch nachher gleich umgeändert werden muß. Man hätte doch vorher sehen müssen, daß der Bürgerfestig zu schmal ist. Genau so sei es mit dem Rathausneubau gewesen. Nachdem derselbe vollständig fertiggestellt war, baute man ein kostspieliges Gerüst, um die Jaeger der Uhr zu vergolden. Oberbürgermeister Koelge führte aus, daß der Magistrat ursprünglich beabsichtigt hatte, den Bürgerfestig um 6 Meter zu verbreitern, aber im Hinblick auf die hohen Kosten (etwa 35 000 M.) vorläufig sich mit der Verbreiterung um 1 Meter begnügte. Nach anschließender Debatte, in welcher sich fast sämtliche Stadtverordnete gegen die Vorlage aussprachen, wurde dieselbe abgelehnt.

Das Gehalt der Straßenbahnschaffner wird für die ersten drei Monate auf 95 M. festgesetzt, dann steigt dasselbe auf 100 M. bis zum Höchstbetrage von 135 M. — Ein Antrag Pöckel und Genossen (lib.) verlangt Bildung einer Kommission, welche alle städtischen Bauabmissionen vorzuzurufen und zu genehmigen hat. Genosse Pöck sprach sich gegen den Antrag aus. Eine Forderung in dem selbigen Submissionswesen könne erst eintreten, wenn Stadtverordnete und Magistratsmitglieder an städtischen Submissionen sich nicht beteiligen dürften und die Stadt städtische Arbeiten in eigener Regie ausführe. Es wurde Ueberweisung des Antrages an den Submissionsauschuss beschlossen. Die Benutzung der Jubiläumsturnhalle durch die „Freie Turnerschaft“ rief eine lange und teilweise scharfe Debatte hervor. Genosse Pöck gab zunächst die Gründe bekannt, aus denen der Magistrat angeblich dem Stadtverordnetenbeschlusse nicht beigetreten ist, die Jubiläumsturnhalle auch der „Freien Turnerschaft“ zur Verfügung zu stellen. Die Halle soll danach schon so in Anspruch genommen sein, daß kein Tag mehr frei sei. Dieser Grund sei nicht stichhaltig, denn man habe die Halle ja außer den Kriegervereinen auch dem Militär zu dem hochpatriotischen Jahrbundesturnmahl zur Verfügung gestellt. (Wuirufe!) und große Unruhe. Der Stadtv.-Vorsteher rief den Redner zur Ordnung.) Der Oberbürgermeister habe sein Wort, das er bei der Wiederwahl gebraucht, jeden Bürger als gleichberechtigt zu behandeln, nicht gehalten. Redner bat, die Halle, welche aus allgemeinen Mitteln gebaut sei, auch der „Freien Turnerschaft“ zur Verfügung zu stellen und auch vor einem eventuellen Konflikt nicht zurückzusicheren. Stadtv. Ruppel gab im Auftrage der Liberalen Fraktion die Erklärung ab, daß dieselbe nach dem Grundsatz: gleiches Recht für alle dafür eintreten werde, daß die Halle auch der „Freien Turnerschaft“ zur Verfügung gestellt werden solle. Stadtv. Köhning (Komm. Wahlv.) führte aus, daß seine Fraktion nach dem Verhalten des Stadtv. Pöck nicht dafür stimmen könne, die Halle der „Freien Turnerschaft“ zur Verfügung zu stellen. (Genosse Pöck: Auch ein Arbeitervertreter!) Genosse Pöck trat hierauf gleichfalls sehr energisch für Gleichberechtigung ein. Oberbürgermeister Koelge erklärte u. a., daß für Leute, die derartig die städtischen Einrichtungen herunterreißen und das Königshaus verunglimpfen, kein Platz in der Halle sei. Genosse Pöck gab hierauf bekannt, daß er in nächster Versammlung den Antrag stellen werde, die Jubiläumshalle, eventuell die Halle der 5. Gemeindefschule der Freien Turnerschaft zur Verfügung zu stellen. Hierauf geheime Sitzung.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt

Wasserstand	am 27. 3.	seit 26. 3.	Wasserstand	am 27. 3.	seit 26. 3.
	cm	cm)		cm	cm)
Regel, Mühlberg	458	+14	Saale, Großsch.	1907	-22
Regel, Mühlberg	188	-4	Saale, Spandau	60	-10
Regel, Mühlberg	236	+12	Saale, Rathenow	122	-8
Ober, Ratibor	—	—	Spre, Spandau	110	-8
Krofen	144	+2	Spre, Bestrom	92	0
Krofen	150	+3	Spre, Mühlberg	217	-15
Krofen, Schimm	88	0	Spre, Mühlberg	324	-10
Krofen, Landsberg	78	-3	Spre, Mühlberg	488	-18
Spre, Barchau	20	-1	Spre, Mühlberg	304	+9
Spre, Barchau	190	+24	Spre, Mühlberg	348	-7
Spre, Barchau	+50	+64	Spre, Mühlberg	183	-27
Spre, Barchau	260	+65	Spre, Mühlberg	186	-8
Spre, Barchau	190	+35	Spre, Mühlberg	157	-27

*) + bedeutet Anst., - Fall. — *) Unterpostel. — *) Gekündigt am 26. um 12 Uhr vormittags; 216 cm.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Ueber die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung, die sich bis zu die späten Abendstunden ausdehnten, tragen wir noch folgendes nach:

Ueber die Etats der städtischen Werke referiert Stadtdr. Gölz (Fr. Fr.)

Stadtdr. Salinger (N. L.) bemängelt die fragwürdige Propaganda, die die Gasverwaltung mache und die schon zu Protestversammlungen der beteiligten Privatinteressenten geführt habe.

Stadtrat Rost nimmt die Verwaltung in Schutz und stellt außerdem im Auftrage der Gasdeputation eine frühere Anführung des Stadtdr. Gölz betr. Kohlenlieferungsangebote richtig.

Stadtdr. Gölz behält sich vor, seinen Gewährsmann nochmals zu interpellieren.

Stadtdr. Stabthagen (Soz.): Auf unseren Rieselgütern sollen Arbeitsverträge in Kraft sein, die das Gegenteil von sozialem Empfinden zeigen.

Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches

wird dadurch ausgeschlossen. Ueber diesen Ausschluß haben wir hier wiederholt zu sprechen gehabt, und der Magistrat hat zugestimmt, daß der Ausschluß gegen die guten Sitten und das Gesetz verstoße. Und das geschieht über den Kopf des Kuratoriums hinweg; das hätte ich für unannehmlich. Auch sonst enthält der Vertrag sehr viel Tadelnswürdiges. Sollen wir dem Rat der Boden ausgesprochen durch die Bestimmungen über die Entlassung; entlassen wird danach sogar derjenige, der ev. von seinen Verwandten oder von seiner Frau, Geschenke annimmt! Und diese Vertragsformulare sind von einzelnen Beamten unter Androhung der Entlassung zur Unterschrift vorgelegt worden! Das ist ein der Stadt gänzlich unwürdiges Verhalten;

die Stadt soll ihre wirtschaftliche Hebermacht nicht in dieser unglücklichen Weise ausnützen! Solche Verträge müssen endlich aufgehoben werden. Eigentümlicherweise sollen ähnliche Verträge auch in anderen städtischen Verwaltungsabteilungen eingeführt sein. Ich bitte den Magistrat, der Sache nachzugehen, die schon etwa ein Jahr lang der Öffentlichkeit bekannt ist. Kein Richter wird diesen allgemeinen Ausschluß des § 616 für gültig erachten; gäbe es solche richterlichen Erkenntnisse, so wäre das beschämend.

Stadtrat Alberti: Der Ausschluß beruht auf einer Magistratsverfügung. Die Sanitätsverwaltung hat keineswegs unrichtig gehandelt. Die Stadt handhabt auch diese Bestimmungen in der allerbarmlichsten Weise. (Widerspruch bei den Soz.) Die „Annahme von Geschenken“ ist selbstverständlich nicht in dem Sinne gemeint, wie der Vorredner ausführte, es handelt sich um Geschenke, die anständigerweise ein Beamter oder Angestellter nicht annehmen sollte.

Stadtdr. Rosenow fragt, wie weit die Angelegenheit des Westhafens gediehen ist.

Stadtbaurat Krause: Der Eisenbahnanschluß ist vom Minister jetzt genehmigt; es sind aber noch Einzelfragen zu erörtern. Die Fertigstellung des Baues wird sich vielleicht noch ein Jahr hingziehen.

Stadtdr. Rosenow: Auch an dieser Verzögerung trägt allein die Staatsbahnverwaltung die Schuld, nicht wir.

Die „Polizeikosten“

waren in der vorigen Sitzung zurückgestellt worden. Ref. Stadtdr. Löfer (N. L.)

Stadtdr. Dr. Rosenfeld: Die proletarische Jugendbewegung wird von der Polizei unglücklich schikaniert. Vor kurzem, Ende Februar, fanden 12 Jugendversammlungen statt mit dem Thema „Die wahren und die falschen Freunde der Arbeiterjugend“. Dieses Thema hatte es der Polizei angefallen; sie erklärte es für politisch und löste 8 von den 12 Versammlungen auf. Diese Auflösung steht im striktem Widerspruch zum Gesetz. Man hat aber auch

Polizeihunde gegen die Jugend

gehört, um möglichst viel junge Leute unter 18 Jahren festzustellen! Eine Woche später fand eine Versammlung mit dem gleichen Thema statt, und da schritt die Polizei nicht ein! Dieses Vorgehen der Polizei gegen die Jugend müssen wir hier brandmarken. Als dem fortschrittlichen Jugendverein „Eugen Richter“ ausgesetzt wurde, Leute unter 18 Jahren nicht zu einer Jahrhundertfeier zuzulassen, hat sich die liberale Presse fürchterlich aufgeregt; die Arbeiterjugendversammlungen werden aufgelöst und niemand findet etwas darin!

Die Jugendheime

für die Arbeiter sucht man unmöglich zu machen, indem man die Vaupolizei gegen sie mobilisiert. Und derselbe Herr v. Jagow sitzt in einem Ausschuß für ein großes Jugendheim für Berlin! Die Heimleiter werden wegen Schankkonzessionsübertretung und Steuerhinterziehung zur Verantwortung gezogen, weil sie den Alkoholismus bekämpfen. In den Jugendheimen wird keine Politik getrieben, darum ist das Vorgehen der Polizei absolut ungerechtfertigt. Herr v. Jagow veranstaltet gegen die proletarische Arbeiterjugend ein wahres Aeseltreiben.

Die Jugendbewegung ist eine wahre Kulturbewegung (Widerspruch); ich hoffe, daß die Kritik an den gerügten Verhältnissen Widerhall finden wird! (Beifall bei den Soz.)

Stadtdr. Dove: Diese Ausführungen haben manches Berechtigte, aber auch Sie (zu den Soz.) kümmern sich ja nur um die Dinge, die Sie angehen, und was uns angeht, läßt Sie kalt. Die Erörterung des Reichsvereinsgesetzes gehört in den Reichstag. — Der Oberbürgermeister sollte seine guten Beziehungen nach oben benutzen, um die Absperrungen der Linden usw. auf ein geringeres Maß zu reduzieren.

Stadtdr. Dr. Rosenfeld: Also weiter hat der Vorredner zum Polizeikapitel nichts vorzubringen! Daß die Jahrhundertfeier und der famose Kirchgang nicht mehr „Volk“ gesehen haben, hat nicht an den Absperrungen gelegen, sondern daran, daß das Volk eben nicht aufgeführt ist. Den Jugend- wie den Rosenparagrafen haben beim Vereinsgesetz auch die Liberalen geschluckt!

Stadtdr. Dove: Hier können wir diese Beschwerden praktisch nicht austragen.

Von den städtischen Steuern ist die neue Biersteuer, die mit 1 1/2 Millionen M. etabliert war, zufolge der Herabsetzung des Steuerfußes von 50 auf 30 Pf. auf 1 Million M. herabgesetzt. Die Grundsteuer ist mit 1 1/2 Millionen M. eingestellt. Der Magistrat rechnet auf eine Einnahme von 1,13 M. pro Heftliter. Die Gemeinde-Einkommensteuer soll mit 100 Proz. die Grund- und Gebäudesteuer mit 180 Proz. in Form von 3,1 vom Tausend der gemeinsamen Werte und die Gewerbesteuer mit 165 Proz. zur Erhebung gelangen. Der Etat für 1913 balanziert mit 373,083507 M.

Vor der

Abstimmung über den Gesamtetat

erklärt

Stadtdr. Heimann: Ich habe schon in meinen Ausführungen bei der ersten Lesung keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir mit dem Entwurf nicht einverstanden sind; sowohl zahlreiche der Einzelansätze im Hoch- und Tiefbau, Armenwesen, Schulwesen, wie insbesondere die Art der Bilanzierung fordern unseren Widerspruch heraus. Es ist uns nicht gelungen, in der Spezialberatung Verbesserungen durchzusetzen; im Gegenteil, wo Änderungen beschlossen worden sind, stellen diese für uns nur Verschlechterungen dar. Das Bild des Etats jetzt ist noch unerschütterlicher als vorher. Ganz abgesehen von den Ausstellungen im einzelnen legt der Etat in seiner Gesamtheit die Richtlinien fest, nach denen die Verwaltung geführt wird. Mit diesen Verwaltungsprinzipien sind wir nach keiner Richtung einverstanden; ein näheres Eingehen darauf kann ich mir heute ersparen und mich auf die Feststellung beschränken, daß wir sowohl grundsätzlich wie aus Gründen der Etatifizierung den Etat ablehnen werden.

Der Etat wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt.

Die Vermehrung der etatsmäßigen Beamtenstellen

im Rechnungsjahr 1913 wieder unverändert nach dem Magistratsvorschlag genehmigt.

Mit dem Vorentwurf für den Erweiterungsbau der V. Realschule, Stephanstraße 1/2, hat sich der eingesetzte Ausschuß nach längerer Beratung einstimmig einverstanden erklärt. Die Versammlung beschließt in gleichem Sinne.

Auf dem städtischen (Zemmerischen) Gasthausgrundstück in Treptow soll der Kasinopavillon einen Neubau ersetzt werden; der Mieter hat die Baukosten von 12 000 M. mit 6 Proz. zu verzinsen.

Die Versammlung stimmt zu.

Das ehemalige Johannistift bei Pläthensee soll zu einer

Anstalt für Leichterkranke

hergerichtet werden, die vornehmlich zur Evaluierung des Birchow- und des Roabiter Krankenhauses zu dienen hat. Die Kosten sind auf 200 000 M. angesetzt. Die Versammlung wird vom Magistrat um ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem Projekt ersucht. Die Vorlage geht an einen Ausschuß.

Zwecks Durchführung von

Reformen auf dem Gebiet der Fürsorge-Erziehung

soll in Struveshof eine landwirtschaftliche Erziehungsanstalt neu erbaut werden. Im ganzen sollen etwa 200 Zöglinge untergebracht werden. 120 schulfähige Zöglinge will man zu landwirtschaftlichen Arbeitern ausbilden; 24 bis 30 ältere, besonders schwer erziehbare Zöglinge sollen absonderlich in einem sog. festen Hause Unterkunft finden; endlich ist eine besondere Abteilung für 60 schulpflichtige, geistig schwach begabte Zöglinge geplant. Der Vorentwurf veranschlagt die Kosten des Neubaus auf 1 1/2 Millionen M., wovon 100 000 M. als erste Rate bereits in den Etat für 1913 eingestellt sind.

Die Versammlung nimmt die Vorlage an.

Zur Verstellung von Gartenanlagen auf einem Teil des sog. Aufmarschgeländes am Viktoriapark werden 200 000 Mark verlangt, wovon 120 000 M. im Etatsjahr 1913 zur Verwendung kommen sollen.

Die Beratung dieser Vorlage wird vertagt. Schluß gegen 11 Uhr.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Cohennendorfer. Neufs. Comabend, nachmittags 6 Uhr, im Sitzungssaal, Berliner Straße 48/49: Stadtberatung.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Neufährn. Sonntag, den 30. März: Begehung des Reichspostmuseums. Treffpunkt 7,11 Hermannplatz (Apothek) oder 7,12 Pankstraße vor dem Parkeum, Volzstraße Ecke Wasserstraße.

Kautschuk-Wahlkampf. Am Sonntag, den 30. März, nach Mauersteiner Wäldchen. Treffpunkt um 2 Uhr in Kautschuk an der Röhre, um 2 1/2 Uhr in Kautschuk, Berliner Ecke Pankstraße.

Adlershof. Am Sonntag, den 30. März, findet eine Partie der Jugendlichen nach den Röhrenbergen statt. Abstoßen im Freien. Abmarsch Punkt 9 Uhr vom Jugendheim. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Wetterprognose für Sonnabend, den 29. März 1913.

Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit etwas Regen und ziemlich frühen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Möbel advertisement with text: Ganze Wohnungseinrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter, gediegender Arbeit ampliert. Wilh. Lambrecht, Berlin SW., Simeonstr. 19. Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

Gustav Blumenfeld & Co.

Gegenüber dem Rathaus NEUKÖLLN Berliner Strasse 47-48

Als besondere Vergünstigung für Umzugs-Einkäufe:

Sonnabend 29. März

Montag 31. März

Dienstag 1. April

Mittwoch 2. April

Donnerstag 3. April

Freitag 4. April

Doppelte Rabattmarken oder 10% bar!

Neuköllner Spar-Verein!

Reichs-Spar-Verein!

Eigene Prämien-Marken!

Hermannstraße 257 Neukölln am Hermannplatz

Möbel-Rollkrug

Neukölln Berliner Straße 1 am Hermannplatz

Stube und Küche bestehend aus: 20 Bettstellen, 1 Tisch, 2 Matratzen mit 2 Stühlen, 2 Kleiderschränke, 1 Küchenschrank, 1 Kleiderschrank, 1 Küchentisch, 1 Spiegel, 1 Küchenstuhl, 1 Spiegelschrank, 1 Küchenschrank. Wochenrate 1.50 Mark

2 Stuben u. Küche bestehend aus: 35 Kleiderschrank, 1 Truhea, 1 Wäschespind, 1 Sofa, 1 Waschtelle, 1 Tisch, 2 Bettstellen, 4 Stühlen und 2 Matratzen mit 1 farbige, komplett. Küche. Wochenrate 2.50 Mark

2 Stuben und Küche bestehend aus: 60 In Nussbaum u. modern. Ausführung, 1 mod. Kleiderschrank, 1 mod. Vertiko, 2 engl. Bettstellen, 2 Matratzen, 1 Waschtelle, 2 Nachtschränke, 1 Plüschsofa, 1 moderner Umbau, 1 Tisch, 4 Stühle u. 1 moderne komplette farbige Küche. Wochenrate 3.00 Mark

1 modernes Schlafzimmer, 1 modernes Speisezimmer, 1 modernes Wohnzimmer, 1 modernes Herrenzimmer in allen Holz- und Stilarten. Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren. Anzahlung von 40-60 Mark. Wochenrate 4 M. Anzahlung 5 Mark. Wochenrate 1 M.

Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet!



Mass-Anfertigung

Vorzüge meiner Fabrikate!

Nur ganz

Moderne Frühjahrs-Kostüme

Ulster ♦ Mäntel ♦ Röcke

sind am Lager reich sortiert! Meine Fabrikate sind bekannt reell, tadellos im Sitz u. Arbeit. Stoffe u. Zutaten erstklassig!

Durch Ersparnis der teuren Ladenmiete sind die Preise sehr billig

Damen-Mäntel-Fabrik

Neukölln
nur Reuterstrasse 63
a. d. Kaiser-Friedrich-Strasse

Paul Linck

Neukölln
nur Reuterstrasse 63
a. d. Kaiser-Friedrich-Strasse

Billigste und beste Bezugsquelle für
Herrenhüte
in jeder Preislage ist
Radloff, Charlottenburg,
Berliner Straße 51.

Vogelliebhaber
finden hier große Auswahl in Bier- und Singvögeln. Nistkäse in Holz und Metall in jeder Preislage.

China-Nachtigall, 4 R., nur prima Schläger, zum Ausbücheln, Reichhalt. 30. Kanarienvogel, 0,95 R., Weiße Reihhühner, Zuchtpaar 10 R.
Rote Kardinäle prima Sänger — 22 R. —

Preis Krüger's Zoolog. Handlung, Postfachstr. 87, am Karl-Marx-Pl. Fernspr.: Steinplatz 13496.

Schleuder-Dähne
Zigarren-Zigaretten-Engros.
Private erhalten Engrospreise!
Berlin S., Kottbuserdamm 23.

Zöpfe und Perücken
Gegr. 1808
Haargeschäft
Neukölln, Erkstr. 3

Nur Original
Schultheiß' Märzenbier, 36 Fl. 3⁰⁰
Schultheiß' Versandbier, 30 Fl. 3⁰⁰
Patzhofer-Bier, hell, 36 Fl. 3⁰⁰
Patzhofer-Bier, dunk., 30 Fl. 3⁰⁰
Champagner-Weiß-Bier, 36 Fl. 3⁰⁰
Liefert ohne Pfand Amt Sturfurt 5019.
Paul Schätzel, Yorckstr. 71.

Zahnpraxis B. Wieser,
Wilmersdorfer Str. 60-61, Nähe Kantstraße.
Sprechstunden 8-1, 3-7, Sonntags 9-1 Uhr. Nach vorheriger Anmeldung auch abends von 7-9 Uhr. Telefon: Wilhelm 89.
Kostenloses Zahnziehen.
Zahnersatz ohne Gaumenplatte, Plomben, Stützähne, Goldkronen.
Reparaturen sofort. **Mäßige Preise.**
Kulante Zahlungsbedingungen.

HERREN KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36.

M. Schulmeister
Berlin SO 26, Dresdener Str. 4
Hochbahn-Station Kottbuser Tor



„Cutaway“
die grosse Mode!
„Cutaway“ mit Weste
38⁵⁰ 42⁰⁰ 46⁰⁰ 48⁰⁰
52⁰⁰ 56⁰⁰ 60⁰⁰ Mark
Dazu passende Beinkleider
8⁵⁰ 10⁰⁰ 12⁵⁰ 14⁰⁰
16⁰⁰ 18⁰⁰ 20⁰⁰ Mark
Jackett und Weste
in 24 Grössen am Lager
26⁰⁰ 28⁰⁰ 32⁵⁰ 36⁰⁰
38⁰⁰ 42⁰⁰ 46⁰⁰ 52⁰⁰ M.
Verlangen Sie bitte
die neueste Modenbeschreibung
„Der gute Geschmack“
porto- u. kostenfrei

Bei 3 Mark Anzahlung **Kredit für Alle!** Möbel-Kredit! Bei 5 Mark Anzahlung

Einzel-Möbel Spinde, Vertikos, Trumeaus, Sofas, Garnituren, Betten, Tische, Stühle usw.

oder **1 kompl. Zimmer** oder **1 komplette Küche** in eleganter, bunter Ausführung.

Sonntag v. 12-6 Uhr geöffnet.

Wilhelm Frese ältestes **Kredithaus**
Berlin N., Weinbergsweg 9
vis-à-vis Walhalla-Theater.
Bitte genau auf die Firma zu achten.

2 Zimmer-Einrichtung 12 Mark Anzahlung
Wochenraten **1 Mark** an.
Kredit an jedermann
Lieferung überall hin franko.
Vergleichen Sie meine Preise, ehe Sie anderwärts kaufen

Ohne Anzahlung
Herren- und Damenmoden, Stepp- u. Tischdecken, Bezüge, Teppiche, Gardinen, Uhren, Bilder.

Brautleute welche sich ein freundliches Heim gründen wollen, und Vermieter, die ihre Zimmer gut zu vermieten beabsichtigen, aber nicht in der Lage sind, gleich zahlen zu können, werden nirgends **vorteilhafter, günstiger u. reeller kaufen** wie im

Möbelkaufhaus M. Goldstaub
Ecke Gneisenaustr. 38 Zossener Str. 38 Parterre u. I. Etage.
An jedem Stück ist der Preis deutlich vermerkt. Uebervorteilung daher gänzl. ausgeschlossen.
Langjährige Garantie für Haltbarkeit der Möbel. — Bei Krankheit und Arbeitslosigkeit größte Rücksicht.
Auch Sonntags geöffnet.

Wochenrate 1 Mark

Kredit eventl. ohne Anzahlung erhalten Sie im

Möbel- u. Waren-Kredithaus
H. Lövisohn, Charlottenburg
132¹ Wilmersdorfer Strasse 132¹
Ganze Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne Möbel-Ersatzstücke
Herrn-, Damen- und Kinder-Garderobe
auf bequemste Teilzahlung
Bei Bareinkäufen billigste Preise.
Vorzeiger dieses erhält beim Einkauf 2 M. Rabatt

Wochenrate 1 Mark

Leihhaus Apollo neben Apollo-Theater **Friedrichstr. 215 I.**
Kaufen Sie von Kavalieren getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster (auch auf Seide gearbeitet), Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, enorm billig.
Sonntags geöffnet.
Friedrichstraße 215, an der Kochstraße.

Konzert-Café „Zeppelin“ Neukölln.
225 Hermannstr. 225
nahe der Kindl-Brauerei.